

# lww info

ZEITSCHRIFT DES LANDESWOHLFAHRTSVERBANDES HESSEN

*nachricht • bericht*



**LWV**

50 Jahre soziales Hessen



Foto: Privat

## Reform des Sozialstaates – eine Herkulesaufgabe

Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

eine Publikation des Hessischen Städtetags titelte vor kurzem: „40 Jahre Sozialhilfe in Deutschland: Sozialhilfequote mehr als verdreifacht“. Während bei Verabschiedung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in 1963 lediglich 1 % der Bevölkerung Sozialhilfe bezog, waren es Ende 2002 rund 3,3 %. Diese Zahlen belegen einmal mehr, unter welchen Druck der Sozialstaat Deutschland inzwischen gekommen ist, wie groß der Reformbedarf in fast allen Bereichen des sozialen Systems ist. So hat es denn auch keine großen Jubelfeiern zum 40-jährigen Bestehen des BSHG gegeben. Das durchaus als erfolgreich zu bezeichnende Paragrafenwerk hat sich eher ohne großes Aufsehen verabschiedet und ist, nach den eiligen Beschlüssen im Vermittlungsausschuss, in das Sozialgesetzbuch (SGB) als dessen XII. Teil eingegangen. Die Hoffnungen, die im Vorfeld gerade von kommunaler Seite mit der Sozialhilfereform verbunden waren, haben sich leider nicht, oder doch nur zu einem kleinen Teil, erfüllt. Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen wurde nicht aus dem Sozialhilferecht herausgenommen und in ein eigenständiges Leistungsgesetz mit gerechter Kostenverteilung überführt. So werden der LWV und seine Schwesterverbände auch in Zukunft dafür eintreten müssen, dass dieses Thema auf der politischen Agenda bleibt.

Wollen wir den Sozialstaat in seinem Kern erhalten, müssen wir mit allen Kräften weiter an der Reform von Haupt und Gliedern arbeiten. Reformfähigkeit haben die Beteiligten bewiesen, die im Dezember eine Vereinbarung zur Zukunft des Betreuten Wohnens in Hessen paraphierten. Das Hessische Sozialministerium, die Kommunalen Spitzenverbände und der LWV waren sich einig darüber, dass die Kompetenzen für das Betreute Wohnen, schon jetzt ein sozialpolitisches Erfolgsmodell, künftig gebündelt werden sollen. Für 4 Jahre, von 2005 – 2008, werden sie beim LWV konzentriert, der dabei die Aufgabe übernommen hat, das Betreute Wohnen weiter kräftig auszubauen. Weiter vorankommen wollen wir auch mit der Verwaltungsreform beim LWV. Sicherheit bei künftigen Reformschritten, auch Sicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, verleiht die vor kurzem bis zum 31.12.2005 verlängerte Dienstvereinbarung. Durch Einführung und Ausbau des Betreuten Wohnens konnten wir die Kosten bisher um rund 550 Mio. € dämpfen. Dies sind besonders bemerkenswerte Beispiele dafür, wie wir den Sozialstaat reformieren und somit in seiner Substanz stärken können. Ich freue mich darauf, mit Ihnen gemeinsam die vor uns liegenden Aufgaben angehen zu können.

Ihr

Uwe Brückmann

### IMPRESSUM

**LWV-Info. Zeitschrift des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen**

**Herausgeber:**

Landeswohlfahrtsverband Hessen  
Öffentlichkeitsarbeit – Pressestelle  
Ständeplatz 6 – 10, 34117 Kassel  
Tel.: (05 61) 10 04 – 22 13 / 23 68 / 25 36  
Fax: (05 61) 10 04 – 26 40  
pressestelle@lww-hessen.de  
<http://www.lww-hessen.de>

**Redaktion:**

Jörg Daniel (jda) (verantw.)  
Rose-Marie von Krauss (rvk)

**Redaktionsmitarbeit:**

Monika Brauns (mbr)

**Satz und Druck:**

Grafische Werkstatt von 1980 GmbH,  
Kassel

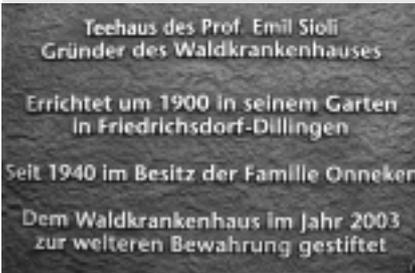
Redaktionsschluss: 2. Februar 2004  
Nächster Redaktionsschluss: 3. Mai 2004

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Nachdruck von Beiträgen dieser Zeitschrift, Vervielfältigung, Übersetzung, Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, elektronisches Publizieren sowie Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen – auch auszugsweise – sind nur unter Angabe der genauen Quelle und gegen Übersendung eines Belegexemplares gestattet.



Veranstaltung zum Thema Forensik in Riedstadt (s. S. 18). Foto: Jörg Daniel



Jubiläumsveranstaltung im Waldkrankenhause (s. S. 24). Foto: Dieter Becker



Mitarbeiterversammlung der FRAPORT AG – ein Partner des LWV (s. S. 30). Foto: Stefan Rebscher

<b>Kurz notiert</b>	<b>4</b>
<b>LWV-Etat 2004 eingebracht</b>	<b>12</b>
<i>Überörtliche Sozialhilfe übersteigt Milliardengrenze</i>	
<b>Berufliche Integration</b>	<b>14</b>
<i>Drei Projekte finanziell unterstützt</i>	
<b>Festigt die westfälische Identität</b>	<b>16</b>
<i>Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)</i>	
<b>Forensik: LWV-Ausbaustrategie kommt voran</b>	<b>18</b>
<i>Neuer Standortvorschlag / Netz der Beiräte komplett</i>	
<b>Ehrensache Ehrenamt</b>	<b>21</b>
<i>Proyecto Esperanza e.V.</i>	
<b>Qualität ist erlernbar</b>	<b>22</b>
<i>Fortbildung im ZSP Bergstraße zum Qualitätsmanagement</i>	
<b>Jubiläum 50 Jahre LWV</b>	
<i>Teehaus erinnert an Psychiatriereformer Sioli</i>	24
<i>Ausstellung zeigt Bilder aus HPE Weilmünster</i>	24
<i>Eddie Rosner – Biografie spiegelt Tragik eines Jahrhunderts</i>	25
<i>Qualitätssicherung – Leitlinien sollen helfen</i>	26
<i>LWV-Gedenkstätte wurde 20 Jahre</i>	27
<i>Auftakt zu LWV-Modellprojekt</i>	28
<i>Top Stories?</i>	29
<i>Ausstellung zeigt Bilder aus HPE Weilmünster</i>	29
<b>Partner des LWV</b>	<b>30</b>
<i>FRAPORT AG – Startbahn für berufliche Karrieren</i>	
<b>„You say good bye and I say hello“</b>	<b>33</b>
<i>Mitarbeiterveranstaltungen beim LWV</i>	
<b>Großmut und Mildtätigkeit</b>	<b>34</b>
<i>500. Geburtstag von Landgraf Philipp von Hessen</i>	
<b>Buchbesprechungen</b>	<b>36</b>
<i>„Gelebte Hysterie“ / „Psychiatrie in Gießen“</i>	
<b>Kurz notiert</b>	<b>38</b>
<b>Personalien</b>	<b>46</b>
<i>Erfolge / Jubiläen / Ruhestand / Neue Namen / Trauer</i>	

## Institutsambulanz für Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz eröffnet



Trafen sich bei der offiziellen Einweihung der neuen Außenstelle der Klinik Rheinhöhe (v.l.): Martin Schmela, Psychologe; Thomas Becker, LWV-Fachbereich Einrichtungen; Tanja Noppe, Sekretärin; Klemens Kropp, Krankenpflegedirektor der Klinik Rheinhöhe; Dr. Birgit Hachenburg-Bangert, Ärztl. Leiterin der Ambulanz und Dr. Doris Mallmann, Ärztl. Direktorin der Klinik Rheinhöhe.

Foto: M. Cetto/Rhein-Lahn-Zeitung

Der LWV hat im vergangenen November eine neue psychiatrische Institutsambulanz für Kinder und Jugendliche in Bad Ems (Rheinland-Pfalz) eröffnet. Sie ist die erste, die außerhalb Hessens entstanden ist. „Die länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Einrichtung dieser

neuen Institutsambulanz war und ist vorbildlich. Es kann so eine erhöhte Nachfrage mit Erfolg abgedeckt werden. Dafür danke ich allen Beteiligten“, so LWV-Landesdirektor Lutz Bauer bei der offiziellen Eröffnung der fünften Institutsambulanz der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie

des Kindes- und Jugendalters (KPPKJ) Rheinhöhe in Bad Ems.

Die KPPKJ Rheinhöhe verfügt über 59 stationäre Plätze in Eltville und in der Außenstelle in Idstein. Zum Angebot der Rheinhöhe gehört außerdem eine Tagesklinik in Wiesbaden mit 12 Plätzen sowie Institutsambulanzen in Wiesbaden, Idstein, Neu-Anspach, Eltville und jetzt in Bad Ems. Die Klinik Rheinhöhe hat neben ihrer Zuständigkeit für die hessischen Landkreise Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis sowie die Stadt Wiesbaden einen die Bundesländer übergreifenden Versorgungsauftrag auch für den Rhein-Lahn-Kreis. In den Einrichtungen der Klinik Rheinhöhe werden jährlich rd. 2.000 Kinder und Jugendliche behandelt. Diese Zahl sowie die Tatsache, dass in den vergangenen zehn Jahren eine Steigerung der Fallzahlen von über 90 % zu verzeichnen war, unterstreicht die Notwendigkeit der ambulanten Behandlungsangebote sowie den Aufbau der neuen Institutsambulanz in Bad Ems.

In den 19 LWV-Institutsambulanzen werden alle bei Kindern und Jugendlichen auftretenden psychiatrischen Erkrankungen behandelt. In der neuen Institutsambulanz in Bad Ems sind derzeit eine Fachärztin und ein Psychologe sowie eine Sekretärin tätig. Eine Erweiterung der Stellen ist geplant. (rvk)

## Nummer gegen Kummer

Unter 0 18 05 – 31 30 31 ist seit einigen Monaten eine bundesweite Sucht- und Drogen-Hotline 24 Stunden täglich erreichbar. Unter dem Dach der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sind hier acht regionale Drogennotrufeinrichtungen zusammengeschlossen und bilden ein sich gegenseitig unterstützendes und ergänzendes Netz. Sie bieten mit

der neuen Hotline zusätzlich zu ihren bestehenden Notruf-Angeboten telefonische Beratung, Hilfe und Informationen durch erfahrene Fachleute aus der Drogen- und Suchthilfe. Das Angebot steht sowohl Menschen mit Suchtproblemen als auch deren Angehörigen, Freunden oder Kollegen für 12 Cent pro Minute offen. (rvk)

## Abgeordneter Horst Klasen verstorben

Verstorben ist im Dezember des vergangenen Jahres der einzige Abgeordnete der Republikaner in der LWV-Verbandsversammlung, Horst Klasen. Ein Nachrücker für Klasen aus dem Wahlkreis I konnte noch nicht berufen werden. (jda)

## Grundstein für Tagesklinik Korbach gelegt



Legten gemeinsam den Grundstein (v. l.): Jürgen Hammerschlag, Betriebsleiter ZSP Haina; Dr. Peter Barkey, Vorsitzender der Betriebskommission des ZSP Haina; Karl Suck, Architekt; Dr. Lutz Lenhard, Ärztlicher Leiter der Tagesklinik; Lutz Bauer, LWV-Landesdirektor und Klaus Friedrich, Bürgermeister der Stadt Korbach.  
Foto: ZSP Haina/Kloster

Den Grundstein für den Neubau einer psychiatrischen Tagesklinik in Korbach haben Anfang Dezember vergangenen Jahres Vertreter des LWV Hessen, des LWV-eigenen Zentrums für Soziale Psychiatrie (ZSP) Haina/Kloster und der Stadt Korbach gelegt. Nach Bauende kann die Außenstelle des ZSP Haina ihre Aufgaben als Tagesklinik und als Institutsambulanz unter wesentlich verbesserten Bedingungen erfüllen. Für die Erwachsenenpsychiatrie im Landkreis Waldeck-Frankenberg werde ein positives, zukunftsweisendes Zeichen gesetzt, waren sich LWV-Landesdirektor Lutz Bauer und der Korbacher Bürgermeister Klaus Friedrich einig. Die Zahl der ambulanten psychiatrischen Behandlungen wachse seit Jahren, auch, weil die Aufenthaltsdauer in den vollstationären Bereichen zugunsten einer ortsnahen (Weiter-)Betreuung zurückgehe. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert baue der LWV im ganzen Land das von Fachleuten, Betroffenen und ihren Angehörigen gewünschte Netz einer gemeindenahen und dezentralen psychiatrischen Versorgung auf. Dies bestehe aus einem gestuften Behandlungsangebot mit den Säulen

Stationär – Teilstationär – Ambulant. Mit der Tagesklinik in Korbach unterbreite der LWV an insgesamt 43 Standorten in Hessen ambulante Behandlungsangebote, ergänzte der LWV-Chef.

### Raumnot in der Ambulanz

1999 errichtete der LWV Hessen im ehemaligen „Alten Forsthaus“ der Waldeck'schen Dominalverwaltung in der Friedrich-Bangert-Straße 18 die psychiatrische Tagesklinik mit 15 Plätzen. Seit der Eröffnung wurden neben den Aufgaben einer Tagesklinik auch die einer Institutsambulanz wahrgenommen. Die ambulanten psychiatrischen Behandlungen stiegen auf rund 3.000 jährlich. Besonders hier besteht zurzeit Raumnot. Nach Abschluss des Erweiterungsbaues in der Enser Straße stehen zusätzliche Therapieräume für Gruppenaktivitäten der Tagesklinik wie auch Funktionsräume für die Patienten in ambulanter Behandlung zur Verfügung. Die Kosten für den Erweiterungsbau liegen bei rund 957.000 €, die durch Eigenmittel des ZSP Haina finanziert werden.  
(jda/rvk)

## Neu erschienen

### Schulungs- und Informationsveranstaltungen 2004 zum Schwerbehindertenrecht

Neben bewährten Schulungsveranstaltungen werden erstmals Seminare zu den Themen

- Integrationsvereinbarung
- Sehbehinderung und Blindheit im Arbeitsleben
- Auswirkungen der Verwaltungsmodernisierung auf die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen

angeboten.



**Die Broschüre ist  
INFO kostenlos erhältlich bei:**

Landeswohlfahrtsverband Hessen  
Integrationsamt  
Ständeplatz 6 – 10  
34117 Kassel  
Tel.: 05 61 / 10 04 – 0  
Fax: 05 61 / 10 04 – 26 50  
EMail: [kontakt-integrationsamt@lww-hessen.de](mailto:kontakt-integrationsamt@lww-hessen.de)

## Heinz Schlegel folgt Uwe Brückmann

Nach seiner Wahl zum Ersten Beigeordneten legte Uwe Brückmann sein Abgeordnetenmandat in der LWV-Verbandsversammlung für den Wahlkreis V nieder. Als Nachrücker wurde Heinz Schlegel aus Rotenburg/Fulda berufen, der künftig die CDU-Fraktion im Satzungs- und Rechtsausschuss vertreten wird. Die Funktion Brückmanns als haushaltspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion übernahm der Vorsitzende selbst: Landrat Fritz Kramer wird sich künftig in Finanzfragen für seine Fraktion zu Wort melden.  
(jda)

## Richtfest für neurologische Intensivstation im Klinikum Weilmünster

Foto: Dieter Nobbe



Auf dem Rohbau der künftigen neurologischen Intensivstation im Klinikum Weilmünster gGmbH wurde Anfang Dezember vergangenen Jahres der Richtbaum aufgestellt. Das im April mit einem Kostenvolumen von 3,78 Mio. € begonnene Bauvorhaben geht zügig voran. Das stellten beim Richtfest Erster Beigeordneter Uwe Brückmann als Vorsitzender des Aufsichtsrates und für den Klinikei-

gentümer LWV Hessen sowie Paul Erdhütter, Geschäftsführer des Klinikums, fest. Mit der neuen Intensivstation, die einen weiteren großen Schritt hin zu einer modernen patientenorientierten Versorgung darstelle, werde das Klinikum seinen sehr guten Ruf festigen, den es durch gleichbleibend hochqualifizierte Arbeit erworben habe, sagte Brückmann. Die Baumaßnahme wird mit Mitteln

aus dem Landeskrankenhausbauprogramm (3,07 Mio. €) und Eigenmitteln der Klinik (710.000 €) finanziert.

Bei der Planung der neuen Abteilung stand vor allem die Versorgung in lebensbedrohlichen Situationen im Mittelpunkt, bei denen eine möglichst frühzeitig und vollständig einsetzende Behandlung an oberster Stelle steht. Der halbkreisförmige Neubau wird über 8 intensivmedizinische Betten verfügen. Diese können über einen zentral gelegenen Pflegestützpunkt gut überwacht werden. Behandelt werden sollen hier vor allem Hirninfarkte, Hirnblutungen, Durchblutungsstörungen, Epilepsie und Gehirntumore.

Darüber hinaus ermöglicht die neue Intensivstation durch ihre räumliche und organisatorische Einbindung in die Klinik betriebswirtschaftlich optimierte Abläufe und trägt so auch zu den ökonomischen Erfordernissen des Klinikbetriebes bei. Erst kürzlich war ein neues Zentrallabor für das Klinikum in Betrieb gegangen. (jda/rvk)

## Personalleiter-Seminar

38 Personalleiterinnen und Personalleiter aus LWV-Einrichtungen trafen sich zu einem zweitägigen Erfahrungsaustausch Ende Januar in Kirchheim (Landkreis Hersfeld-Rotenburg). Zu diesem Treffen hatte der LWV-Servicebereich Personal aufgrund der positiven Resonanz zum Vorjahres-Seminar eingeladen. Themenschwerpunkte bildeten in diesem Jahr der Tarifvertrag über Entgeltumwandlung, Handlungsempfehlungen zum EuGH-Urteil über Bereitschaftsdienst sowie eine erste Bilanz der LWV- Personalentwicklungs- und Stellenbörse. Zum Thema Arbeitsrecht hielt der Direktor des Arbeitsgerichts Marburg, Hans Gottlob Rühle, ein Referat.

Auch in diesem Jahr gaben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine



Aufmerksame Zuhörer in Kirchheim.

Foto: Peter Erbe

positive Rückmeldung, so dass diese Personalleiter-Seminare fester Be-

standteil der internen LWV-Kommunikation werden. Peter Erbe/(rvk)

### Internet-Relaunch ist im Netz

Unter gleicher Webadresse, aber völlig verändert, ist der LWV seit Mitte Dezember 2003 mit seiner neuen Internetpräsentation im Netz. Basierend auf einem Content-Management-System (CMS) wurde das Informations- und Serviceangebot überarbeitet und erweitert. CMS bedeutet eine vom Inhalt getrennte, durchgehend einheitliche Struktur und Gestaltung. Inhalte können auf relativ einfache Weise eingestellt werden.

Erwähnenswert sind einige Neuerungen. Statt des zwar netten, aber wenig informativen „Hallo“ des alten Auftritts stehen Neuigkeiten jetzt gleich auf der Startseite. Ebenso sind die stark nachgefragten Stellenangebote sowie die öffentlichen Ausschreibungen durch Links auf der Startseite direkt aufrufbar. Neu ist der über dem Inhalt angezeigte Navigationspfad, der bei der Orientierung hilfreich ist. Neu ist auch die Suchmaschine, die Inhalte leichter auffindbar macht. Wegen des großen Interesses der Öffentlichkeit wurde ein

Bereich „Geschichte“ angefügt. Ein Kalender informiert über hessenweite LWV-Veranstaltungen. Erwähnenswert sind schließlich auch die zahlreichen Illustrationen, die die Inhalte optisch bereichern.

#### Nach wie vor barrierefrei

Schon bei seinem Internetstart 1999 ging der LWV barrierefrei ins Netz. Als sozialer Dienstleister, der sich im Rahmen seiner Aufgabenstellung für Menschen mit Behinderungen einsetzt, sah er sich von Anfang an in der Pflicht, seine Seiten auch für blinde und wesentlich sehbehinderte Menschen zugänglich zu machen. Auch bei dem neuen Auftritt wurde großer Wert auf Barrierefreiheit gelegt – sie wurde sogar noch wesentlich verbessert. So steht neben vielen anderen Verbesserungen nun auch eine reine Textversion zur Verfügung. Unterstützt wird das Bestreben, barrierefrei zu sein, zusätzlich durch das W3C/WAI-zertifizierte CMS. (Dieter Mühlhausen)



#### Was bedeutet W3C/WAI?

Die WAI-Richtlinien liefern fundierte Anhaltspunkte zur barrierefreien Programmierung. **WAI** (Web Accessibility Initiative) ist eine Initiative des **W3C** (World Wide Web Consortium), die sich ausschließlich den Standards der Barrierefreiheit widmet. Die WAI-Richtlinien sind durch die Europäische Kommission empfohlen und finden in Deutschland breite Anerkennung. WAI unterscheidet zwischen drei Konformitätsstufen, die insgesamt ein Höchstmaß an Barrierefreiheit gewährleisten. Unser CMS garantiert eine Barrierefreiheit auf Stufe **AA** für die Grafikversion und auf Stufe **AAA** für die Textversion.

### Schüler der Johann-Peter-Schäfer-Schule erkunden Großbritannien



Margate, Canterbury und London waren die Ziele einer Studienfahrt von 22 blinden und sehbehinderten Kindern und Jugendlichen der Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg im November letzten Jahres.

Eine Woche waren die Schüler mit ihren Lehrern und einem Zivildienstleistenden per Bus in Großbritannien unterwegs. Einer der Höhepunkte war der Besuch der britischen Hauptstadt, wo die Schüler sogar die Pferde der Guards streicheln durften. (mbr)

Foto: Annett Walker

## Sieger beim 5. European Songfestival



Freude in Offenbach: „Die Combo – Musik(er) mit Ausstrahlung -“ gewann im vergangenen Jahr das 5. European Songfestival in Bielefeld, ein Wettbewerb, der durch die European Association for people with a Handicap ins Leben gerufen wurde. Das Bild zeigt die Mitglieder der Band aus den Werkstätten Hainbachtal gGmbH bei der Siegerehrung in Bielefeld. Foto: Stefan Lange

### Neu erschienen

#### BETREUTES WOHNEN

#### für Menschen mit körperlicher Behinderung

#### – Erläuterungen –

Neuaufgabe, Oktober 2003



#### Die Broschüre ist kostenlos erhältlich bei:

Landeswohlfahrtsverband Hessen  
Öffentlichkeitsarbeit  
Informations- und Kommunikationsgestaltung

Ständeplatz 6 –10

34117 Kassel

Tel.: 05 61 / 10 04 – 20 60

Fax: 05 61 / 10 04 – 26 40

E-Mail: [luK@lwv-hessen.de](mailto:luK@lwv-hessen.de)

## Dienstvereinbarung zur Verwaltungsreform aktualisiert

Eine Reform, die durch einen ganzheitlichen Ansatz und durch ihre nachhaltige Wirkung den Umbau des LWV zu einem sozialen Dienstleister befördert. Das hatten sich Verbandsspitze und Selbstverwaltungsgremien 1995 vorgenommen, als sie grünes Licht für den Reformprozess gaben. Ein Prozess, bei dem es galt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit auf den Weg zu nehmen, denn nur so konnte das Vorhaben gelingen. Um die Beteiligung der Beschäftigten zu sichern und den Wandel sozial zu flankieren, wurde bereits 1996 zwischen Behördenleitung und Personalrat eine erste Dienstvereinbarung über die Verwaltungsreform abgeschlossen. Mehrfach wurde sie verlängert und lief schließlich zum 31. Dezember 2003 in der alten Form aus. Die zwischen den Vertragspartnern ausgehandelte und unterzeich-

nete Neufassung, die zum 1. Januar 2004 in Kraft trat, sieht folgende wichtige Änderungen vor:

Durch den engen Finanzspielraum des öffentlichen Sektors sollen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stärkerem Kostenbewusstsein verpflichtet werden.

Dabei ist die „materielle Privatisierung“, also die Auslagerung von Aufgaben, nicht vorrangiges Ziel der Organisationsentwicklung, wird jedoch nicht vollständig ausgeschlossen, wenn eine wirtschaftlichere Leistungserbringung es erfordert.

Bereits spürbares Ergebnis der Verwaltungsreform ist eine aufgabengerechte Organisationsstruktur. Die Zusammensetzung des Beirates, der den Reformprozess begleitet, wurde daher der veränderten Organisationsgliederung angepasst.

Die Aufgaben des Beirates wurden

ferner präzisiert und gestärkt.

Sowohl die Mitarbeit der Personalvertreter im Beirat wie auch die Mitwirkung der betroffenen Mitarbeiter bei Reformmaßnahmen wird ausdrücklich bestätigt. Dies gilt auch für Arbeits- und Projektgruppen.

Der Katalog der Reformgegenstände wurde aktualisiert, da einige Bereiche bereits weitgehend umgesetzt sind. Neu ist die Vorgabe einer andauernden Qualitätssicherung. Ausbildung, Fortbildung und Qualifizierung sind nach wie vor unverzichtbare Bestandteile des Reformprozesses.

Der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen wird bis zum 31. Dezember 2005 verlängert. Zum Ablauf dieser Frist soll auch die Vereinbarung insgesamt wiederum einer Prüfung unterzogen werden. (jda)

## Arbeitsschutz: EU-Recht stärkt betriebliche Ebene

Nicht immer muss EU-Recht detailversessene Vorgaben bis hin zum berühmten Krümmungswinkel der Normbanane machen. Dass es auch anders geht, zeigen die EG-Rahmenrichtlinien zum Arbeitsschutz bzw. die darauf aufbauenden nationalen Vorschriften: Detaillierte Vorgaben werden dort nicht mehr gemacht, sondern nur Schutzziele und allgemein gehaltene Anforderungen formuliert. Nach vollständigem Inkrafttreten der Betriebssicherheitsverordnung können 17 Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften sowie ca. 60 Unfallverhütungsvorschriften zum Arbeitsschutz bis 2008 entfallen.

Die Konsequenz: Für die Anwender medizinischer Produkte, Büro- und Kommunikationsgeräte und anderer Arbeitsmittel ergeben sich erweiterte Entscheidungsfreiräume. Es wächst aber auch die Eigenverantwortung in den Betrieben und Dienststellen. Für Josef Kreuzer, Leiter des Funktionsbereiches Arbeitssicherheit der Hauptverwaltung, Anlass, Führungskräfte auf deren gestiegene Verantwortung hinzuweisen: „Für die Eigenbetriebe, Eigengesellschaften und Verwaltungen des LWV Hessen haben unsere Fachkräfte für Arbeitssicherheit eine Muster-Arbeitsschutzorganisation erarbeitet, die von Landesdirektor Lutz Bauer zur Umsetzung herausgegeben wurde.“

Auch wachse die Verantwortung der Mitarbeiter/innen bei der Einschätzung von Gefährdungen am Arbeitsplatz. Hier helfe der Funktionsbereich Arbeitssicherheit mit einer übersichtlichen Handlungshilfe, die nun auch in EDV-Form vorläge, ergänzt der Sicherheitsingenieur. Die Handlungshilfe sei Grundlage zur Beurteilung der Arbeitsbedingungen in allen Tätigkeitsbereichen des LWV Hessen. Auch stünden die Fachkräfte für Arbeitssicherheit bei der Analyse gern mit Rat und Tat zur Seite.

Doch Gefährdungen können nicht nur von der Technik ausgehen: Zu den Erfahrungen des Pflegepersonals in

der Psychiatrie gehört auch die von mitunter gewalttätigen Übergriffen durch Patienten. Auch dies sei daher ein lohnendes Feld präventiven Gesundheitsschutzes (siehe Reportage im LWV-Info Nr.3/2002). Mittlerweile konnte dieses Projekt, in dem Mitarbeiter/innen im Umgang mit Gewalt geschult werden, mit Unterstützung der Unfallkasse Hessen auf alle Zentren für Soziale Psychiatrie ausgedehnt werden. Mit dem Konzept „Part 2000“ erhalten die Mitarbeiter eine Ausbildung als Trainer und betriebliche Multiplikatoren.

Die wenigen aufgezeigten Beispiele zeigen die direkten Auswirkungen der Europäischen Arbeitsschutzgesetzgebung im LWV Hessen. Das Schutzziel, die Arbeit so zu gestalten, dass eine Gefährdung für Leben und Gesundheit vermieden und die verbleibende Gefährdung möglichst gering gehalten wird, sei durch das Zusammenwirken der betrieblichen Führungskräfte sowie den Mitgliedern der Arbeitsschutzausschüsse in den Betrieben und Verwaltungen auf gutem Wege, resümiert Kreuzer. (jda)

### KuZ-Programm bis Mai 2004

Das Kulturzentrum Eichberg (KuZ) des Zentrums für Soziale Psychiatrie Rheinblick in Eltville bietet gemeinsam mit der Gemeinde Kiedrich bis zur Sommerpause 2004 wieder ein buntes Programm an:

**Fr., 5.3.2004,  
20 Uhr**

**Bürgerhaus Kiedrich**  
(im Rahmen des  
Rheingauer Kultur  
Festivals)

**Pe Werner**  
„Beinfreiheit“  
(VVK 17 € / AK 20 €)

**Fr., 12.3.2004,  
20 Uhr**

**KuZ Eichberg**  
(im Rahmen des  
Rheingauer Kultur  
Festivals)

**Queens of Spleens**  
Neues Programm:  
„Lustspiele“  
(VVK 9 € / AK 12 €)

**Do., 1.4.2004,  
20 Uhr**

**Bürgerhaus Kiedrich**  
(im Rahmen des  
Rheingauer Kultur  
Festivals)

**Hannes Wader**  
„Konzerte 2004“  
(VVK 17 € / AK 20 €)

**Fr., 16.4.2004,  
20 Uhr**

**KuZ Eichberg**

**Biber's Corner präsentiert:  
Werner Lämmerhirt**  
„Gitarrenguru“  
(VVK 9 € / AK 12 €)

**Sa., 1.5.2004,  
10 – 16 Uhr**

**Gärtnerei Eichberg**

**1. Maiflohmarkt und  
Frühlingsfest**  
Kultveranstaltung und  
Volksfest mit Rheinblick  
(Standplatz 18 €)



**INFO** Eintrittskarten und weitere Informationen sind erhältlich bei:  
**Kulturzentrum Eichberg**

Kloster-Eberbach-Straße 4 • 65346 Eltville

Tel.: 0 61 23 / 6 02 – 6 52 • Fax: 0 61 23 / 6 02 – 5 10

E-Mail: kuz-eichberg@gmx.de •

Internet: www.kuz-eichberg.de

## Neues Café-Bistro lädt ein



Ein Blick in das neu gestaltete Bistrocafé.

Foto: ZSP Bergstraße

Einen integrativen Treffpunkt schaffen – dieser Gedanke stand wohl bei der Neugestaltung des Festsaaes im ZSP Bergstraße in Heppenheim Pate,

als man dort aus dem eher selten genutzten Veranstaltungsraum ein neues schickes Café-Bistro machte, welches nun zugleich als Betriebsre-

staurant dient. Die hauseigenen Handwerker des ZSP übernahmen einen Großteil der Renovierungsarbeiten und sorgten dafür, dass der Raum seit Mitte des vergangenen Jahres in neuem Glanz erstrahlt.

Seit Oktober 2003 gibt es auch eine Gaststättenkonzession. Nun heißt das Café-Bistro „Am Eckweg“ neben Patienten, deren Angehörigen und Mitarbeitern des ZSP auch die Öffentlichkeit herzlich Willkommen. Die Kleinkunstabühne bietet die ideale Möglichkeit, Gastlichkeit und Kultur miteinander zu verbinden. Alle Gäste haben die Möglichkeit, in angenehmer Atmosphäre zu frühstücken und Mittag zu essen. Kaffee und Kuchen werden ganztägig angeboten. Die Küche bietet einen täglich wechselnden Speiseplan an, auf dem neben einem Vollkostmenü auch vegetarische Gerichte und ein Diätmenü stehen. (jda)

### Neu erschienen

#### Behinderung und Ausweis

- Anträge
- Verfahren bei der Versorgungsverwaltung
- Merkmale für Nachteilsausgleiche
- GdB-Tabelle

Stand September 2003



**INFO** Die Broschüre ist kostenlos erhältlich bei:

Landeswohlfahrtsverband Hessen  
Integrationsamt  
Ständeplatz 6 -10  
34117 Kassel  
Tel.: 05 61 / 10 04 - 0  
Fax: 05 61 / 10 04 - 26 50  
EMail: kontakt-integrationsamt@lwv-hessen.de

## LWV-Landesdirektor verabschiedet Mitarbeiter



LWV-Landesdirektor Lutz Bauer verabschiedete im Januar die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zentrums für Soziale Psychiatrie (ZSP) Werra-Meißner. Die Trägerschaft des ZSP ist zum 1.1.2004 vom LWV auf die Kreiskrankenhaus Eschwege GmbH übergegangen (s. LWV-Info 4/2003). Bauer dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für deren gute sowie engagierte Arbeit und hob deren Anteil an der hohen fachlichen Qualität in der Versorgung der psychisch kranken Menschen im Werra-Meißner-Kreis hervor. Heinz-Walter Eisenhuth, Geschäftsführer der Kreiskrankenhaus GmbH, und deren Aufsichtsratsvorsitzender, Landrat Dieter Brosey, begrüßten bei der Veranstaltung ihre neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und sagten zu, anständige und faire Arbeitgeber zu sein. (rvk)

Foto: Jochen Schütz

## LWV unterstützt 20 Wohnplätze für Menschen mit geistiger Behinderung

Im letzten Quartal des vergangenen Jahres überreichte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer Bewilligungsbescheide in Höhe von insgesamt rund 559.000 € an zwei Träger von Wohnprojekten für Menschen mit geistiger Behinderung.

### Betreutes Wohnen in Calden

Mit rd. 157.000 € (zum Teil als Darlehen) beteiligt sich das LWV-Integrationsamt an der Schaffung von acht Plätzen im Betreuten Wohnen für Menschen mit geistiger Behinderung auf dem „Kastanienhof“ in Calden. Die Mittel erhielt der Eigentümer des „Kastanienhofes“, die Werk-Hilfe e. V., für notwendige Umbau- und Renovierungsarbeiten. Sie wird die Räume danach an die Lebenshilfe e. V. Kassel zur Nutzung im Rahmen des Betreuten Wohnens vermieten. „Bei diesem neuen Wohnprojekt für Menschen mit geistiger Behinderung kooperieren erstmals zwei Träger erfolgreich, was aus unserer Sicht eine sinnvolle und notwendige Vernetzung unterschiedlicher Wohn- und Betreuungsangebote darstellt“, so LWV-Landesdirektor Lutz Bauer.

Der „Kastanienhof“ war weitgehend ungenutzt, bis die Werk-Hilfe e. V. im vergangenen Jahr ein neues Nutzungskonzept vorlegte. Das sieht u. a. vor, im ersten Obergeschoss sowie im Dachgeschoss sechs Wohneinheiten im Rahmen des Betreuten Wohnens einzurichten und im Dachgeschoss weiterhin die Verwaltung unterzubringen. Die sechs Wohneinheiten umfassen vier Ein-Personen-Appartements sowie zwei Zwei-Personen-Appartements. Fünf dieser Appartements sollen rollstuhlgerecht gestaltet werden. Bevor das Gebäude genutzt werden kann, muss u. a. ein ebenerdiger Zugang geschaffen, ein Aufzug eingebaut und aus brandschutzrechtlichen Gründen ein Sicherheitstreppehaus an das Gebäude angebaut werden. Zudem sind umfangreiche Innenausbauten notwendig. Das Integrationsamt



Ein Blick auf den Kastanienhof.

Foto: Werk-Hilfe e. V.

finanziert dieses Wohnprojekt mit, weil alle Bewohner in einer Werkstatt für geistig behinderte Menschen beschäftigt sind.

Im Erdgeschoss, so sieht das Konzept der Werk-Hilfe e. V. vor, soll in Absprache mit der Gemeinde ein ambulantes und integratives Pflege- und Begegnungszentrum für alte und behinderte Menschen eingerichtet werden.

### Neubau in Lich

Mit insgesamt rund 402.260 € beteiligen sich das LWV- Zielgruppenmanagement „Menschen mit geistiger Behinderung“ und das LWV-Integrationsamt am Neubau eines Wohnhauses für Menschen mit geistiger Behinderung der Lebenshilfe Gießen e. V. in Lich. „Mit dem Neubau passt die Lebenshilfe ihr Wohnangebot bedarfsorientiert den veränderten Bedürfnissen älterer Menschen und mobilitätseingeschränkter Bewohne-

rinnen und Bewohnern an. So behalten die Menschen mit geistiger Behinderung ein hohes Maß an Selbstständigkeit durch spürbar verbesserte Rahmenbedingungen“, so LWV-Landesdirektor Lutz Bauer.

Mit 102.260 € beteiligt sich das LWV-Zielgruppenmanagement „Menschen mit geistiger Behinderung“ am Neubau der Wohnanlage in Lich, wo 12 Ersatzplätze für das Wohnheim „Crednerstraße“ geschaffen werden. Die Wohneinrichtung „Crednerstraße“ ließ sich den veränderten Bedarfen der Bewohnerinnen und Bewohner nicht mehr baulich anpassen. An den Investitionskosten des Neubaus beteiligt sich darüber hinaus auch das LWV-Integrationsamt mit rund 300.000 €. Das ist deshalb möglich, weil die Bewohner fast alle in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) tätig sind. (rvk)

# LWV-ETAT 2004 EINGEBRACHT: ÜBERÖRTLICHE SOZIALHILFE ÜB



*Haushaltsrunde: Vertreter von Kommunalen Spitzenverbänden, Landkreisen, kreisfreien Städten und LWV im Januar in Fernwald.*

Foto: Wolfgang Decker

seien rund 83 % aller Ausgaben des Verwaltungshaushaltes Sozialhilfeleistungen. Ein Großteil der Kostensteigerungen entstehe durch das neu geschaffene Grundsicherungsgesetz, welches den Kreis der Anspruchsberechtigten verbreitere und die sog. "verschämte Armut" abbauen soll. Rechne man diese Leistungen heraus, blieben gegenüber dem Vorjahr noch immer Mehrausgaben von 37,8 Mio. €. Dies sei auf die demografische Entwicklung und auf die verbesserte medizinische Versorgung bei den Menschen mit Behinderungen zurückzuführen, sagte der LWV-Kämmerer. Menschen mit Behinderungen seien jünger als der Durchschnitt der Bevölkerung. So liege z. B. das Durchschnittsalter eines Heimbewohners bei 40 Jahren. Auch steige die Zahl der mehrfach- und schwerstbehinderten Menschen, erläuterte Brückmann.

Angesichts der Kostensteigerungen bei der überörtlichen Sozialhilfe gäbe es keine Alternative zu einer maßvollen Anhebung des Hebesatzes, da, bliebe dieser unverändert, wegen der schwächeren Finanzkraft der Kommunen im kommenden Jahr eine nicht mehr anderweitig auszugleichende Deckungslücke im LWV-Haushalt entstehen würde. Der LWV werde weiterhin mit ganzer Kraft an einer wirkungsvollen Kostendämpfung bei den sozialen Transferkosten arbeiten und so bereits jetzt spürbare Entlastungen verstärken, versicherte Brückmann. Hierbei stünde im Mittelpunkt, die klassische Dreiteilung in der Behindertenhilfe „stationär – teilstationär – ambulanz“ zu Gunsten vernetzter und durchlässiger Angebote aufzuheben. Hier wolle der LWV sein Erfolgsmodell „Wohnen im Verbund“ weiter vorantreiben. Die bereits gestarteten Modellprojekte würden zeigen, dass das „Wohnen im Ver-

**E**rstmalig liegen die Ausgaben für die überörtliche Sozialhilfe, das ist vor allem die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, jenseits der Milliarden-grenze – gerechnet in Euro. Der Haushaltsentwurf für 2004, der zur Plenartagung der LWV-Verbandsversammlung im Dezember erstmals von Erstem Beigeordneten und Kämmerer Uwe Brückmann eingebracht wurde, wird daher ohne eine Anhebung des Hebesatzes für die Verbandsumlage aller Voraussicht nach nicht auskommen. Der Entwurf sieht einen Hebesatz von 15,23 % (2003: 13,99 %) vor. Ob er sich bei Verabschiedung des Haushaltes im März 2004 in dieser Höhe bestätigen wird, hängt noch von Entscheidungen außerhalb des Verbandes ab.

„Eine Anhebung ist wegen anhaltender Fallzahl- und Kostensteigerungen in der überörtlichen Sozialhilfe nicht zu umgehen, obwohl der LWV durch seine innovativen Konzepte auch im kommenden Jahr Einsparungen in Millionenhöhe erzielen wird. Bei der Personalkostenentwicklung schaffen wir eine ‚schwarze Null‘. Im Haushalt 2004 setzen wir den Restbetrag der Rücklage ein, auch um damit – soweit es geht – auf die katastrophale Finanzlage in den Landkreisen und kreisfreien Städten zu reagieren,“ umriss Brückmann die Haushaltsplanung vor den Abgeordneten.

## Kostensteigerungen

Das Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt wachse im kommenden Jahr um rund 7,4 % auf 1,238 Mrd. € in Einnahme und Ausgabe, so Brückmann in seiner Haushaltsrede. Hauptursache sei die Steigerung bei der überörtlichen Sozialhilfe um 78,1 Mio. € auf nun 1,030 Mrd. €. Damit

# ERSTEIGT MILLIARDENGRENZE

bund“ integrierte und passgenaue Wohnformen zur jeweiligen Lebenssituation der Menschen anbieten könne. Daher setze der LWV den Ausbau des Betreuten Wohnens fort, Ende 2003 stünden 6.364 finanzierte Plätze zur Verfügung (1995: 4.110 Plätze, 2000: 5.905 Plätze).

## Kostendämpfung erfolgreich

Auch setze der LWV den bereits eingeschlagenen Weg der Kostendämpfung seiner Verwaltungsausgaben fort. Der Haushaltsentwurf komme trotz gestiegener Fallzahlen und neuer Aufgaben durch das Grundsicherungsgesetz mit einer "schwarzen Null" bei den Personalausgaben aus, der Personalkostenanteil für Haupt- und Regionalverwaltungen könne mit 3,71 % sogar noch unter dem Anteil des Vorjahres gehalten werden.

Die Einbringung des Haushaltes für 2004 erfolge trotz einiger finanzieller Unwägbarkeiten, die mit der konjunkturellen Entwicklung wie auch mit gesetzgeberischen Vorhaben der Bundesregierung zusammenhänge, die erst Ende Dezember 2003 im Vermittlungsausschuss entschieden wurden. Hier und auch bei der Novellierung des Landesblindengeldgesetzes könnten sich noch Änderungen ergeben, die dann zur Verabschiedung des Haushaltes im März 2004 eingearbeitet werden sollen. Die schwierige finanzielle Situation der Kommunen mache es auch unmöglich, Leistungskürzungen bei sozialen Aufgaben, die die Landesregierung im Rahmen der Operation „Sichere Zukunft“ angekündigt habe, aufzufangen: „Der Haushaltsentwurf sieht vor, dass der LWV diese Einrichtungen, wie beispielsweise Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen, in etwa dem Umfang dieses Jahres weiter fördert. Wir können aber nicht zusätzlich für das Land Hessen einspringen“, machte der Kämmerer deutlich.

Zusammen mit dem Haushaltsplan legte Brückmann den Abgeordneten auch die Wirtschaftspläne der kaufmännisch geführten Einrichtungen des LWV vor. Hessenweit halte die LWV-Unternehmensgruppe in ihren Kliniken 4.500 teil- und vollstationäre Betten und Plätze – überwiegend in psychiatrischen Kliniken – vor. Der Träger LWV beschränke sich bei seinen Kliniken auf eine strategische Steuerung, entscheidender Faktor sei hier die Marktentwicklung. Dass die Kliniken erfolgreich am Markt operierten, könne man daran erkennen, dass die Kliniken trotz erheblichen Kostendrucks ausgeglichene Wirtschaftspläne für das Jahr 2004 vorgelegt hätten.

Das Paket des Haushaltsplanes 2004 mit den Budgets der Zielgruppenmanagements und den Wirtschaftsplänen der kaufmännisch geführten Einrichtungen wurden von der Verbandsversammlung zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Die zweite Lesung mit Verabschiedung des Etats ist für den 17. März 2004 vorgesehen.

## Fernwald

Die Erwartungen der kommunalen Seite auf spürbare Entlastungen

durch die am Ende sehr hektischen und daher wohl an manchen Stellen undurchdacht wirkenden Entscheidungen des Vermittlungsausschusses hätten sich nur zu einem kleinen Teil erfüllt. Mit diesem Fazit leitete LWV-Landesdirektor Lutz Bauer das alljährliche Treffen von Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände, der Landkreise und kreisfreien Städte und des LWV in Fernwald bei Gießen ein, bei dem es wiederum hauptsächlich um die Haushaltsdaten beim LWV ging. Heftige Zustimmung der kommunalen Vertreter war ihm hier gewiss. Enttäuscht zeigte sich Bauer vor allem über den Beschluss zum Bundessozialhilfegesetz (BSHG), welches nun als XII. Teil in das Sozialgesetzbuch (SGB) eingegliedert würde. „Unsere Forderung, für die Eingliederungshilfe behinderter Menschen ein zukunftstaugliches Leistungsgesetz außerhalb der Sozialhilfe zu beschließen, wurde nicht auf den Weg gebracht. Nach wie vor ist eine vernünftige Finanzierung, die nicht ausschließlich die kommunale Seite belastet, in weiter Ferne“, sagte der Landesdirektor, bevor Erster Beigeordneter Uwe Brückmann die Teilnehmer der Veranstaltung mit den LWV-Haushaltsdaten vertraut machte. (jda)

## Haushalt 2004 – 1. Lesung

	Haushalt 2004	Veränderungen
<b>Verwaltungshaushalt</b> Einnahme/Ausgabe	1.238.522.700 €	+ 7,4 %
<b>Vermögenshaushalt</b> Einnahme/Ausgabe	75.460.700 €	- 14,0 %
Sozialhilfe	1.030,6 Mio. €	+ 78,1 Mio. €
Fallzahl Sozialhilfe	53.003 Fälle	+ 1.597 Fälle
Hebesatz Verbands- umlage	15,23 %	+ 1,24 Prozentpunkte
Verbandsumlage	842,8 Mio. €	+ 55,8 Mio. €

# Drei Projekte zur Förderung beruflicher Integration finanziell unterstützt

**G**leich drei anerkannte Träger der Behindertenhilfe erhielten an einem Tag im vergangenen Dezember von LWV-Landesdirektor Lutz Bauer Bewilligungsbescheide für Projekte zur beruflichen Integration. „Ich freue mich, diese Bescheide noch offiziell in diesem Jahr überreichen zu können, handelt es sich bei allen drei Projekten um sinnvolle und notwendige Einrichtungen zur beruflichen Integration behinderter Menschen in Hessen“, erklärte Landesdirektor Bauer.

## **Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e. V.**

Einen Bewilligungsbescheid über 786.000 € überreichte der LWV-Chef im Beisein von Landrat Dr. Karl Ihmels an Gerhard Geis, den Ersten Vorsitzenden der Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e. V.. Der Verein plant die Errichtung einer Werkstatt mit 60

Arbeitsplätzen für geistig behinderte Menschen in Löhnberg.

Durch den neuen Standort in Löhnberg könne, so Gerhard Geis, die Überbelegung in der Hauptwerkstatt in Braunfels abgebaut werden, zudem verringerten sich die Fahrzeiten für viele Mitarbeiter/innen, die künftig in Löhnberg arbeiten werden. Bauer unterstrich bei der Bescheidübergabe die gute Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg, die in den benachbarten Landkreisen Lahn-Dill und Limburg-Weilburg vielfältige Angebote für Menschen mit Behinderungen bereithalte. In den drei Sparten Wohnheim, Werkstätten und dem Betreuten Wohnen verfüge die Lebenshilfe gegenwärtig über 629 anerkannte Plätze zum Wohnen und Arbeiten für Menschen mit geistigen Behinderungen. Alle Einrichtungen seien nach den Qualitätsnormen der ISO 9000 zertifiziert.

Für die Errichtung einer neuen Werkstatt für Menschen mit geistigen Behinderungen in Löhnberg hat die Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg bereits ein Grundstück in Löhnberg erworben. Von den 60 Arbeitsplätzen werden 30 neu geschaffen, 30 sind als Ersatzarbeitsplätze für den Hauptstandort Braunfels vorgesehen, da dort aus bautechnischen Gründen künftig Arbeitsplätze entfallen. In der neuen Werkstatt werden künftig für bis zu 20 Bewohner der Heilpädagogischen Einrichtung Weilmünster des

LWV Plätze im Rahmen der beruflichen Rehabilitation angeboten. Diese Menschen nahmen bisher lediglich an Arbeitstherapieangeboten des Klinikums Weilmünster teil.

Der Investitionsumfang für die Werkstattumbauten beträgt insgesamt voraussichtlich rd. 2,86 Mio. €. An der Finanzierung beteiligen sich neben dem LWV auch das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und das Hessische Sozialministerium. Die Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e. V. komplettiert die Finanzierung mit einem Eigenanteil. Der Finanzierungsanteil des LWV wird zum Teil als Zuschuss und zum Teil als Darlehen gewährt.

## **Behindertenwerk Main-Kinzig e. V.**

Martin Berg, der Geschäftsführer des Behindertenwerks Main-Kinzig e. V., erhielt von Landesdirektor Bauer – in Anwesenheit des Kreisbeigeordneten und Sozialdezernenten des Main-Kinzig-Kreises, Erich Pipa einen Bewilligungsbescheid über 383.000 € zur Errichtung einer Werkstatt für seelisch behinderte Menschen in Bad Soden-Salmünster. Das Geld stellt der LWV für Erwerb, Umbau und Ausstattung einer neuen Werkstatt in Bad Soden-Salmünster zur Verfügung, die nun 30 Arbeitsplätze für Menschen mit einer seelischen Behinderung bereitstellt. Außerdem wird mit den Mitteln die



Am 19. Dezember in Wetzlar (v. l.): Landrat Dr. Karl Ihmels, LWV-Landesdirektor Lutz Bauer, Lebenshilfe-Vorsitzender Gerhard Geis, stellv. Lebenshilfe-Geschäftsführerin Heidrun Schneider und Armin Gutwald, Bereichsleiter Werkstätten.

Foto: Hans-Ulrich Pöllnitz

maschinelle Ausstattung der Reha-Werkstätten in Hanau und Gelnhausen ergänzt, die vom gleichen Träger betrieben werden. Für die Errichtung einer neuen Werkstatt für Menschen mit seelischen Behinderungen erwarb das Behindertenwerk in Bad Soden-Salmünster ein früheres Druckereigebäude. Mit Ausnahme des Bürobereiches befinden sich alle Flächen im Erdgeschoss des Gebäudes, sind somit gut zugänglich und als Werkstatt für Menschen mit einer seelischen Behinderung gut geeignet. Dort soll der Produktionszweig „Mailingservice“, also ein Post- und Versanddienst mit allen dazugehörigen Nebenarbeiten, stattfinden. Mit dem Zuschuss kann in Hanau-Großauheim eine Scanneranlage zur Datenarchivierung installiert werden, die bis zu 20 Werkstattplätze bereithält. Am Standort Gelnhausen soll ein Druck- und Kopierservice größeres Gewicht erhalten. Dazu werden dort neue Geräte angeschafft. Der Investitionsumfang für die Werkstattumbauten beträgt insgesamt voraussichtlich rd. 1,16 Mio. €. An der Finanzierung beteiligt sich neben dem LWV auch das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und das Hessische Sozialministerium. Das Behindertenwerk Main-Kinzig e. V. komplettiert die Finanzierung mit einem Eigenanteil. Der Finanzierungsanteil des LWV wird zum Teil als Zuschuss und zum Teil als Darlehen gewährt. Bauer lobte bei diesem Termin das Behindertenwerk Main-Kinzig als

guten Partner, welcher im Kreisgebiet vielfältige Angebote für Menschen mit Behinderungen in rund 40 Einrichtungen mit rund 600 Mitarbeiter/innen bereithalte.

### Schottener Reha-Einrichtungen

Einen Bewilligungsbescheid über 425.000 € überreichte Landesdirektor Lutz Bauer an die Geschäftsführer der Gemeinnützigen Schottener Reha-Einrichtungen GmbH, Margot Balsler und Gerhard Schemenau, für den geplanten Neubau für die außerbetriebliche Ausbildung und für berufsvorbereitende Maßnahmen in Schotten. An der Bescheidübergabe vor Ort nahm Landrat Rudolf Marx teil. Das aus der Ausgleichsabgabe stammende Geld stellt der LWV für den Neubau eines Gebäudes des Ausbildungszentrums zur Verfügung, welches somit seine Kapazitäten in der außerbetrieblichen Ausbildung (75 Plätze) und in den berufsvorbereitenden Maßnahmen (40 Plätze) halten kann und gleichzeitig Arbeitsplätze in der Region sichert. Die Gebäudesubstanz und das Raumangebot der bisherigen Gebäude hatten sich als unzureichend erwiesen.

Bauer unterstrich bei der Bescheidübergabe die gute Partnerschaft mit den Schottener Reha-Einrichtungen, die in Mittelhessen eine Vielzahl von Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe und der Altenhilfe betreiben. Mit der Förde-

rung stärke der LWV den Hauptstandort Schotten, bei dem sich herausgestellt habe, das die für die Ausbildung von Menschen mit Behinderungen vorhandenen Räumlichkeiten unzureichend seien. Auch hätten diese Mängel durch eine Sanierung des Gebäudebestandes nicht behoben werden können, daher sei einvernehmlich die Entscheidung zu einem Neubau getroffen worden. Es sei vorgesehen, im Neubau ein Ausbildungsrestaurant, die Ausbildungsküche, den Ausbildungsbereich Hauswirtschaft sowie Unterrichts- und Büroräume unterzubringen. Das Ausbildungsrestaurant solle auch als Kantine für die Mitarbeiter der Werkstatt dienen. Der Investitionsumfang für den Neubau beträgt insgesamt voraussichtlich rd. 1,6 Mio. €. An der Finanzierung beteiligen sich neben dem LWV auch das Hessische Sozialministerium und die Europäische Union (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung). Die Schottener Reha-Einrichtungen komplettieren die Finanzierung mit einem erheblichen Eigenanteil. Der Finanzierungsanteil des LWV wird zum Teil als Zuschuss und zum Teil als Darlehen gewährt. Die LWV-Gelder, mit denen alle drei Projekte gefördert werden, stellt das LWV-Integrationsamt aus Mitteln der Ausgleichsabgabe zur Verfügung. Aus der Ausgleichsabgabe werden Angebote für berufstätige Behinderte gefördert – dazu gehören neben den genannten Einrichtungen auch private und öffentliche Unternehmen. (jda/rvk)

# Festigt die westfälische Identität

# - Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) -

## Die Geschichte

Die Geschichte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) begann vor fast 180 Jahren: Am 29. Oktober 1826 eröffnete der Oberpräsident und Landtagskommissar Freiherr von Vincke den 1. Westfälischen Provinziallandtag im Schloss zu Münster. Damit erhielt Westfalen erstmals eine politische Gesamtvertretung, die lediglich zwischen 1933 und 1950 gleich fünf Mal ihren Namen änderte,

## Auf dem Weg zu sozialen Dienstleistungen – Die Höheren Kommunalverbände

Ein modernes und funktionsfähiges Sozial- und Gesundheitswesen braucht professionelle Mitarbeiter/innen und professionelle Organisationsformen. Eine wichtige Rolle in diesem Feld spielen die sog. „Höheren Kommunalverbände“, in einigen Bundesländern mit Aufgaben der überörtlichen Sozialhilfe, der psychiatrischen Versorgung und spezifischer schulischer Angebote betraut. Um sich auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, sind diese Verbände in den vergangenen Jahren in einen umfassenden Reformprozess eingetreten, der noch anhält. LWV-Info hat über den Wandel des LWV Hessen zum sozialen Dienstleister regelmäßig und umfassend informiert. Interessant dürfte aber auch sein, wie sich die Schwesterverbände des LWV modernisiert haben, an welcher Stelle im Reformprozess sie gegenwärtig stehen. Im LWV-Info Nr. 2/2002 haben wir, unterbrochen von den „Jubiläumsausgaben“, mit einer Serie aktueller Porträts über die Höheren Kommunalverbände begonnen. Lesen Sie in dieser Ausgabe einen Bericht über den Landschaftsverband Westfalen-Lippe. (jda)



Das LWL-Landeshaus in Münster.

Foto: LWL

ehe sie 1953 ihre heute gültige Bezeichnung, Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe erhielt.

Mit den preußischen Reformen und der Gestaltung der regionalen Selbstverwaltung ist eng der Name des Freiherr vom Stein verbunden. Bereits im Mai 1826 war er zum Landtagsmarschall, dem Vorsitzenden des Provinziallandtages ernannt worden. Trotz formaler Gleichstellung blieb in der Gesellschaft die ständische Aufteilung in Bauern, Bürger und Adel noch lange spürbar und der Provinziallandtag besaß nur geringe Möglichkeiten, gestalterisch tätig zu werden. Für die Provinz bestimmte Gesetze konnten lediglich begutachtet und beraten sowie Petitionen und Beschwerden, die die Provinz betrafen, an den König gerichtet werden.

Seit 1842 gewährleistete ein von den Abgeordneten gewählter „Ständeausschuss“ – quasi der Vorgänger des LWL-Landschaftsausschusses – eine kontinuierliche Arbeit und überbrückte die zumeist zweijährige

Spanne zwischen den Landtagen.

Eine neue Qualität der Selbstverwaltung wurde mit der Provinzialordnung vom 1. August 1886 erreicht, die den Dualismus von staatlichem Verwaltungsbezirk (der Provinz) und kommunalem Selbstverwaltungskörper (dem Provinzialverband) einführte. Das in der Provinzialordnung festgeschriebene Recht des Kommunalverbandes auf Selbstverwaltung provinzieller Aufgaben durch die gewählten Organe Provinziallandtag, Provinzialausschuss und Provinzialbeamte, deren oberster der Landeshauptmann war, hat die späteren politischen Änderungen überdauert und wurde 1953 in die Landschaftsverbandsordnung übernommen.

Durch die neue Verfassung von 1919/20 wurde in der Weimarer Republik die provinzielle Selbstverwaltung demokratisiert und ihre Stellung im Staat gestärkt. Das passive Wahlrecht wurde stark ausgeweitet. Durch die Neuwahlen im September 1919 gelangten erstmals sozialde-



mokratische Abgeordnete in den Provinziallandtag. Dass der Landeshauptmann noch wenige Jahre zuvor Mitgliedsbeiträge an den „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ zahlte, lässt die politischen Spannungen dieser Zeit erahnen. Bei den folgenden Wahlen im Februar 1921 eroberten erstmals drei Frauen einen Platz im Provinziallandtag.

Mit Beginn der nationalsozialistischen Diktatur wurde die regionale Selbstverwaltung beseitigt. Nach 1945 begannen in Westfalen die Bemühungen zur Wiederherstellung der landschaftlichen Selbstverwaltung, ausgehend vor allem von dem am 2. Juni 1945 von der britischen Militärregierung zum Landeshauptmann ernannten Landesrat Bernhard Salzmann und der westfälischen Provinzialverwaltung.

Aus der von Salzmann im Oktober 1946 einberufenen Versammlung westfälischer Oberbürgermeister, Landräte und Oberkreisdirektoren entwickelte sich ein Gremium der Stadt- und Landkreise, das sich am 26. April 1948 als sogenannter Vorläufiger Ausschuss der Provinzialverwaltung konstituierte und im Juli 1949 schließlich durch den Innenminister als Beratender Ausschuss des Provinzialverbandes de facto anerkannt wurde.

Vehement forderten dieser Ausschuss, die Provinzialverwaltung unter Führung von Landeshauptmann Salzmann und zahlreiche Politiker eine gesetzliche Grundlage für die landschaftliche Selbstverwaltung. Unterstützung erhielten sie dabei von den kommunalen, wirtschaftlichen und karitativen Spitzenverbänden sowie den führenden Parteien nicht nur in Westfalen. Es dauerte jedoch bis zum Mai 1953, bis die Landschaftsverbandsordnung nach mehreren Verzögerungen verabschiedet werden konnte. Dabei erhielt sie im Landtag die überwältigende Zustimmung nahezu aller Parteien.

Seine Aufgaben behielt der Verband fast 50 Jahre, bis der Landtag als Ergebnis einer so genannten Verwaltungsstrukturreform vor drei Jahren den Straßenbau verstaatlichte und aus den beiden Landschaftsverbänden in Nordrhein-Westfalen herauslöste. Ursprünglich wollte die damalige Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten Wolfgang Clement die Landschaftsverbände ganz auflösen.

## Der LWL heute

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe engagiert sich heute auf den Feldern Soziales, Psychiatrie, Jugend und Kultur. Mit seinen rund 138 Einrichtungen und 12.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern übernimmt er Aufgaben, die sinnvoller Weise westfalenweit erfüllt werden. Im „Westfalenparlament“, der Landschaftsversammlung vertreten insgesamt 135 Abgeordnete die Region (CDU 70 Sitze, SPD 48, Bündnis 90/Die Grünen 9, FDP 5, UWG 3) und entscheiden über den Haushalt von 2,2 Milliarden Euro.

Als einer der größten Sozialhilfeträger Deutschlands sorgt der LWL für die Integration alter, kranker und behinderter Menschen. Der LWL unterstützt Menschen in Pflegeheimen, Altenheimen und Behinderteneinrichtungen. Das LWL-Integrationsamt schafft und sichert Arbeitsplätze für Behinderte, indem es mit seinen einzelnen Fachdiensten die Arbeitgeber bei der Eingliederung schwerbehinderter Menschen berät und behinderungsgerechte Arbeitsplätze gestaltet. Der LWL übernimmt die Kosten für notwendige Umbauten sowie spätere Anpassungen, die sich etwa aus veränderten Arbeitsbedingungen ergeben können.

Der LWL betreibt mit rund 8.000 Beschäftigten 14 Kliniken für Psychiatrie, Psychosomatik, Neurologie und die Behandlung von Suchtkrankheiten, dazu drei Pflege- und Förderzen-

## Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Zahlen und Fakten

- Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) ist einer von zwei Kommunalverbänden in Nordrhein-Westfalen. Getragen und finanziert wird er von den 18 Kreisen und neun kreisfreien Städten in Westfalen-Lippe. Dort leben rund 8,5 Millionen Menschen.
- Der Landschaftsverband
  - vermittelt und finanziert bedarfsrechte Hilfen für rund 160.376 behinderte, alte und kranke Menschen, Kriegs- und Gewaltopfer und alleinstehende Wohnungslose (Stand 2002);
  - schafft und sichert Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen;
  - berät 89 Jugendämter der Städte und Kreise sowie freie Träger der Jugendhilfe;
  - ist Träger von 138 eigenen Einrichtungen wie zum Beispiel 17 psychiatrischen Kliniken mit 29 angeschlossenen Tageskliniken sowie drei Pflege- und Förderzentren. Darüber hinaus ist er auch Träger von drei Erziehungshilfeeinrichtungen, einem Berufskolleg/ Fachschule, einer Aus- und Fortbildungseinrichtung der Jugendhilfe und 40 Sonderschulen;
  - der LWL ist überdies ein großer Träger der regionalen Kulturpflege und betreibt unter anderem siebzehn Museen.
- Zahl der Mitarbeiter/innen: rund 12.500, davon 1.400 in der Hauptverwaltung in Münster und 11.100 in den LWL-Einrichtungen
- Haushaltsvolumen 2004 (Verwaltungshaushalt):
  - Einnahmen: 2,2 Mrd. €
  - Landschaftsumlage: 1,28 Mrd. €
  - Finanzzuweisungen: 0,29 Mrd. €
  - Ausgaben: 2,2 Mrd. €
  - Größter Posten: Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge, Jugendhilfe: 1,8 Mrd. € (83,3 Prozent)
  - davon Eingliederungshilfe für behinderte Menschen: 1,25 Mrd. €
- Organe
  - die Landschaftsversammlung mit 135 Mitgliedern
  - der Landschaftsausschuss (18 Mitglieder) sowie Fachausschüsse
  - der Landesdirektor
- Vorsitzende der Landschaftsversammlung ist Maria Seifert; Direktor und Verwaltungschef des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe ist Wolfgang Schäfer.
- Adresse/Internet  
Landschaftsverband Westfalen-Lippe,  
Freiherr-vom-Stein-Platz 1,  
48133 Münster  
Tel.: 02 51 / 5 91 – 01  
Fax: 02 51 / 5 91 – 33 00,  
E-Mail: [lwl@lwl.org](mailto:lwl@lwl.org)  
[www.lwl.org](http://www.lwl.org)

tren sowie 29 Tageskliniken und 26 Institutsambulanzen. Hier werden Alterskranke, Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche betreut und behandelt. Dabei setzt auch der LWL auf eine gemeindenahere Versorgung, um die Verbindungen der Patienten zu Familie und Freundeskreis aufrecht zu erhalten. Drei Maßregelvollzugskliniken für psychisch kranke Straftäter gehören ebenfalls zum LWL.

Das LWL-Landesjugendamt berät 89 Jugendämter der Städte und Kreise und freie Träger der Jugendhilfe fachlich und finanziell bei ihrer Arbeit für Kinder, Jugendliche und Familien. Dazu gehört neben der finanziellen Förderung von Kindertagesstätten, Beratungsstellen und Familienbildungsstätten auch die Entwicklung eigener Förderprogramme wie beispielsweise ein Programm für Jugendprojekte gegen Rechtsextremismus. Der LWL ist Träger von drei Erziehungshilfeeinrichtungen, einem Berufskolleg/Fachschule und einer Aus- und Fortbildungseinrichtung der Jugendhilfe. In den 40 LWL-Sonderschulen lernen 6.000 behinderte Kinder und Jugendliche mit Sinnesbehinderungen, Körperbehinderungen oder auch Sprachbehinderungen für Alltag und Beruf.

Der LWL gestaltet und fördert die kulturelle Vielfalt Westfalens. Ziel ist die Festigung und Fortentwicklung der westfälischen Identität. Seine 17 Museen, wie etwa die Westfälischen Freilichtmuseen in Detmold und Hagen oder das Westfälische Industriemuseum mit Standorten u. a. in Hattingen, Bochum und Dortmund machen Kultur und Geschichte der jeweiligen Region erlebbar. Sechs Spezialämter beraten, fördern und bieten technischen Service rund um die Kultur. Das facettenreiche kulturelle Engagement des LWL umfasst ebenso die Vergabe von Kulturpreisen und kulturelle Auslandsbeziehungen.  
LWL/(rvk)

# Forensik: LWV-Aus Neuer Standortvorschlag



Informationsbedürfnis: Veranstaltung in Riedstadt am 15. Januar.

Foto: Jörg Daniel

**F**orensik: Kaum eine andere Aufgabe des LWV sorgt für ein ähnliches Interesse in der Öffentlichkeit, erzeugt immer wieder Emotionen und weckt Aufklärungsbedarf. Spekulationen über einen weiteren Ausbau der forensischen Klinik in Eltville hatten im Sommer des vergangenen Jahres für heftige Diskussionen gesorgt. Mittlerweile, nachdem der LWV klarstellte, dass eine Kapazität über die beschlossenen 57 Plätze hinaus nicht vorgesehen ist, hat sich die Debatte wieder versachlicht. Dafür stehen die Planungen in Riedstadt im grellen Licht einer kritischen lokalen Öffentlichkeit, nachdem der LWV seine Überlegungen zum Bau einer Klinik für psychisch kranke Rechtsbrecher auf dem Gelände des ZSP Philippshospital bekannt gab. Eine Bürgerinitiative startete sofort eine Unterschriftensammlung, LWV und ZSP-Verantwortliche standen den Bürgern im Januar in einer Informationsveranstaltung Rede und Antwort. Zu wichtigen Instrumenten der Bürgerinformation haben sich die Forensikbeiräte entwickelt, die nun an allen Klinikstandorten ihre Arbeit aufgenom-

men haben. Die Reihe der konstituierenden Sitzungen der Beiräte wurde im Dezember in der ältesten forensischen Klinik in Haina vorerst abgeschlossen.

## Riedstadt neuer Standortvorschlag

Das Bemühen aller Podiumsteilnehmer, sachlich und umfassend zu informieren, attestierten auch dezidierte Gegner der Überlegungen, auf dem Gelände des ZSP Philippshospital eine neue Klinik für psychisch kranke Rechtsbrecher zu errichten. Dennoch, die Skepsis vieler Bürgerinnen und Bürger war am Ende einer im Januar vom LWV gemeinsam mit ZSP und Gemeinde angebotenen ersten Informationsveranstaltung noch immer zu spüren, wenngleich andere Stimmen auch wachsendes Verständnis vermitteln. Vor allem dem von den Referenten immer wieder formulierten Appell, einer gesellschaftlich als wichtig erkannten Aufgabe müsse auch die Konsequenz einer mitwirkenden Umsetzung folgen, vermochten sich nicht alle anzuschließen. Einige verharrten auf ihrer

# baustrategie kommt voran

## Riedstadt – Netz der Beiräte komplett

Position eines „Forensische Psychiatrie ja, wenn es sein muss, aber nicht bei uns“.

Mehr als 400 Bürgerinnen und Bürger füllten die Sporthalle in Riedstadt-Crumstadt – nur wenige hundert Meter vom Psychiatriegelände entfernt – bis auf den letzten verfügbaren Stehplatz, als LWV-Landesdirektor Lutz Bauer die Zuhörer bat, die Veranstaltung als einen Beleg dafür zu nehmen, dass der LWV als Klinikbetreiber Sorgen und Vorbehalte ernst nehme und auf die Informationswünsche der Bürgerschaft eingehe. Er appellierte, sich ein realistisches Bild von der Arbeit in einer forensischen Klinik zu machen, nicht allein spektakuläre Verbrechen zu betrachten, die häufig mit forensischer Psychiatrie überhaupt nichts zu tun hätten. Die forensische Psychiatrie sei kein Auffangbecken für besonders grausame Delikte. Aufgabe und Ziel einer forensischen Klinik sei es, durch gezielte und dokumentierte therapeutische Arbeit für mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Psychisch kranken Rechtsbrechern könne in meisten Fällen wirksam geholfen werden, Rückfallstatistiken belegten dies. Joachim Hübner von der LWV-Hauptverwaltung und Axel Freese, Ärztlicher Direktor der forensischen Klinik in Eltville, illustrierten in ihren Beiträgen den rechtlichen Rahmen bzw. die therapeutische Praxis. Zahlreiche Fragen der Bürger problematisierten die Standortwahl Riedstadt. Diesen Faden griff Jörg Osmers, Abteilungsleiter im Hessischen Sozialministerium auf. Für den Standort Riedstadt spräche, dass man einen geeigneten Standort für Patienten benötige, die von den süd-hessischen Gerichten in den Maßregelvollzug eingewiesen würden. Auch fände sich am Standort Riedstadt die unentbehrliche psychiatrische Infra-

struktur wieder. Dort sei es auch möglich, qualifiziertes Personal zu gewinnen. In die Schusslinie der Bürger geriet Bürgermeister Gerald Kummer, dem zu Beginn der Frageunde vorgeworfen wurde, die Standortprüfung des LWV nicht rechtzeitig bekannt gemacht zu haben. Kummer wie auch LWV-Vertreter konnten allerdings verdeutlichen, dass die konkreten Standortprüfungen erst vor kurzem eingesetzt hätten und die Gemeinde frühzeitig eingebunden worden sei. Unmittelbar danach hätten sowohl Gemeinde wie auch LWV über die Standortprüfungen informiert. Wenige Tage vor der Informationsveranstaltung hatten Vertreter der eilig formierten Bürgerinitiative, dem Bürgermeister mehr als 3.000 Unterschriften als erste Etappe eines Bürgerbegehrens, das sich gegen den Bau der Klinik richtet, übergeben. Entschieden werden soll Mitte März durch die Verbandsversammlung des LWV und einen Beschluss der Hessischen Landesregierung. LWV und ZSP Philippshospital wollen der Bürgerschaft weitere Informationsangebote unterbreiten.

### Hanau: Es bleibt bei 15 Plätzen

In der neu geschaffenen Klinik in Hanau trat im November des vergangenen Jahres der Forensikbeirat zum ersten Mal zusammen. Erst kurz zuvor waren 15 Patienten aus der Außenstelle Gießen der forensischen Klinik Haina in die umgebaute Untersuchungshaftanstalt nach Hanau verlegt worden. Bei den Patienten konnte – auch wegen deren fehlender Mitwirkung – nicht der erwartete therapeutische Erfolg erzielt werden. „Hauptaufgabe der Hanauer Klinik wird daher die Sicherung dieser Patientengruppe sein, Vollzugslockerungen finden nicht statt“, erläuterte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer die künftige Arbeit der Klinik, die als geschlossene und gesicherte Einrichtung geführt werde. Die Option, 45 Plätze in der Klinik einzurichten, werde der LWV voraussichtlich nicht ausschöpfen können, weil das Land die Umbaupläne aus Kostengründen gestoppt hat. Nach einer Vereinbarung mit dem Land solle die Klinik vorerst mit lediglich 15 Plätzen betrie-



Start für die Beiratsarbeit in Hanau: Erste Sitzung im Rathaus. Foto: Wolfgang Tietz

ben werden. Der LWV-Chef zeigte sich erfreut darüber, dass durch die Belegung der Hanauer Klinik in Gießen dringend benötigte Therapieplätze neu vergeben werden konnten: „So können wir die erfolgreiche Therapie in Gießen unter etwas verbesserten Bedingungen fortsetzen.“ Die Klinik für forensische Psychiatrie Hanau wird als Betriebszweig des Zentrums für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn mit Sitz in Gießen geführt. Zum Ärztlichen Direktor der Klinik war zuvor bereits Dr. Volker Hofstetter bestellt worden.

### **Mit Haina Netz der Forensikbeiräte vollständig**

Die erste gerichtliche Psychiatrie in Hessen war in diesem Fall die letzte: Auch in der forensischen Klinik Haina (Kloster) hat sich Ende des vergangenen Jahres der Beirat für die dortige Klinik für forensische Psychiatrie konstituiert und schloss damit den Reigen der Beiratsgründungen ab. Damit habe der LWV an allen derzeitigen sechs Forensikstandorten in Hessen Beiräte zur Mitwirkung der Bürgerschaft eingerichtet, sagte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer anlässlich der ersten Sitzung in Haina. Insgesamt seien 145 Personen berufen worden, um als Bindeglieder zwischen Bürgerschaft und Klinik zu wirken. Der LWV-Chef sieht in der Arbeit der Beiräte ein wichtiges Instrument, über Aufgaben und Ziele der forensischen Psychiatrie zu informieren und aufzuklären. „Die Erfahrungen, die wir bisher mit den Beiräten machen konnten, sind durchaus ermutigend. Die Beiräte können einen Beitrag dazu leisten, die Klinik in der Region zu verankern und Vorbehalte und Vorurteile zu erörtern, damit sie ausgeräumt werden können.“ Auch in Riedstadt werde, sobald Klarheit über diesen Standort bestehe, ein Forensikbeirat eingerichtet. Der Beirat solle wie in Bad Emstal bereits in einer möglichst frühen Phase seine Arbeit aufnehmen. (jda)

## **Komplett: Beiräte in den Kliniken für forensische Psychiatrie des LWV Hessen**

### **Forensikbeirat der künftigen Klinik für forensische Psychiatrie Bad Emstal**

Vorsitzender: Bürgermeister Eckhard Bräutigam

Stellvertreterin: Cornelia Lehmann

Geschäftsführung: Zentrum für Soziale Psychiatrie Kurhessen, Bad Emstal, Betriebsleiter Herbert Dreisbach, Tel.: 0 56 24 / 60 – 3 10,

E-Mail: [herbert.dreisbach@zsp-kurhessen.de](mailto:herbert.dreisbach@zsp-kurhessen.de)

### **Forensikbeirat der Klinik für forensische Psychiatrie Eltville**

Vorsitzender: Bürgermeister Bernhard Hoffmann, Eltville

Stellvertreter: Bürgermeister Hans K. Tide, Kiedrich

Geschäftsführung: Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick, Eltville, Betriebsleiter Werner Bierschenk, Tel.: 0 61 23 / 6 02 – 2 21,

E-Mail: [w.bierschenk@zsp-rheinblick.de](mailto:w.bierschenk@zsp-rheinblick.de)

### **Forensikbeirat der Klinik für forensische Psychiatrie Hadamar**

Vorsitzender: Bürgermeister Hans Beresko

Stellvertreter: Dr. Jens Peter Müller

Geschäftsführung: Zentrum für Soziale Psychiatrie Am Mönchberg, Hadamar, Betriebsleiter Manfred Schmidt, Tel.: 0 64 33 / 9 17 – 2 71,

E-Mail: [betriebsleitung@zsp-hadamar.de](mailto:betriebsleitung@zsp-hadamar.de)

### **Forensikbeirat der Klinik für forensische Psychiatrie Haina (Kloster)**

Vorsitzender: Pfarrer Oliver Koch

Stellvertreter: Bürgermeister Rudolf Backhaus

Geschäftsführung: Zentrum für Soziale Psychiatrie Haina (Kloster), Betriebsleiter Jürgen Hammerschlag, Tel.: 0 64 56 / 91 – 2 00,

E-Mail: [Juergen.Hammerschlag@psych-haina.de](mailto:Juergen.Hammerschlag@psych-haina.de)

### **Forensikbeirat der Klinik für forensische Psychiatrie Haina (Kloster), Außenstelle Gießen**

Vorsitzender: Oberbürgermeister Heinz-Peter Haumann

Stellvertreter: Dr. Klaus-Dieter Greilich

Geschäftsführung: Zentrum für Soziale Psychiatrie Haina (Kloster), Betriebsleiter Jürgen Hammerschlag, Tel.: 0 64 56 / 91 – 2 00,

E-Mail: [Juergen.Hammerschlag@psych-haina.de](mailto:Juergen.Hammerschlag@psych-haina.de)

### **Forensikbeirat der Klinik für forensische Psychiatrie Hanau**

Vorsitzender: Oberbürgermeister Claus Kaminsky

Stellvertreter: Jakob Klinge

Geschäftsführung: Zentrum für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn, Betriebsleiter Siegfried Hüttenberger, Tel.: 06 41 / 4 03 – 2 22,

E-Mail: [huettenberger@zsp-mittlere-lahn.de](mailto:huettenberger@zsp-mittlere-lahn.de)

# Ehrensache Ehrenamt

Deutschlandweit sind nach Angaben des Familienministeriums rund 22 Millionen Menschen ehrenamtlich in Vereinen und Organisationen tätig. Ehrenamtliches Engagement in sozialen, kulturellen, umweltpflegerischen und vielen weiteren Aufgabenfeldern ist gesellschaftlich unentbehrlich.

**All diejenigen, die sich dort einsetzen, verdienen Anerkennung für Ihren Einsatz. In einer Reihe stellt LWV-Info Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Reihen des LWV vor, die sich in ihrer Freizeit beispielhaft ehrenamtlich einbringen.**

**D**amit die Hoffnung nicht ausstirbt, gründete Gisela Mai gemeinsam mit mehreren Kolleginnen und Kollegen in Kassel einen gemeinnützigen Verein mit dem Namen „Proyecto Esperanza e. V.“. Seine Aufgabe: Straßenkindern in Ecuador zu helfen. Ungewöhnlich daran ist: Gisela Mai und ihre Mitstreiter helfen nicht nur aus der Ferne, sondern auch bei der Verwirklichung ihres Traumes vor Ort. Durch Stellenteilung ist es der Vereinsvorsitzenden Mai und ihrer Stellvertreterin Tina Knipping möglich, das Projekt in einem ecuadorianischen Dorf selbst zu begleiten. Anfang Februar hat sich Gisela Mai erneut auf den Weg in die Region Rio Negro gemacht.

„Hilfe für Kinder ist niemals nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie ist eher wie ein Tropfen im Meer, welcher aufgefangen wird und sich weiterverbreitet.“ Diese Worte des englischen Schauspielers und Autors Peter Ustinov waren für Gisela Mai vor rund vier Jahren Beweggrund und Motivation, im von dem lateinamerikanischen Land so weit entfernt liegenden Kas-



Gisela Mai

Foto: privat

sel ein Projekt ins Leben zu rufen, durch das ein Kinderheim für ecuadorianische Straßenkinder entstehen sollte. Mai kannte die Situation in diesem Land durch vorausgegangene Besuche sehr gut und war vor allem von den Lebensbedingungen vieler Kinder besonders erschüttert: Ecuador zählt zu den ärmsten Ländern der Welt, es gibt dort rund 1 Mio. Kinder, die auf der Straße leben. Die Kinder sind mangelernährt, krank, oft drogenabhängig, gehen nicht zur Schule und sind gezwungen, für ihr tägliches Brot hart zu kämpfen. Oft schließen sie sich in Banden zusammen, der Weg in die Kriminalität ist vorgezeichnet. Alternativen gibt es keine.

Dagegen setzen Gisela Mai und die Mitglieder des Vereins ihr Projekt Hoffnung: Ein Kinderheim soll entstehen, welches für die Kinder dauerhafte Heimat, Schutz und vor allem ein Angebot an Bildung bedeuten sollte. Dies sollte nicht nur durch Spenden sammeln in Deutschland erreicht werden, sondern vor allem durch „Hilfe zur Selbsthilfe“: Nun ist man dabei, einen alternativen landwirtschaftlichen Betrieb aufzubauen, der ab einem gewissen Stadium die Selbstversorgung des Projektes sicherstellen wird. Dank des Engagements der Vereinsmitglieder und anderen Unterstützern kommt das Projekt gut voran: Ein Grundstück von 15 Hektar konnte bereits erworben werden. Die Infrastruktur und sogar ein erstes Gebäude wurden kürzlich fertiggestellt. Im Januar die-

ses Jahres begann der Bau des ersten Kinderhauses. Neben Gisela Mai und Tina Knipping sind vor Ort einheimische Mitarbeiter in das Projekt einbezogen.

Die Fortschritte konnten auch dank eines flexiblen Arbeitgebers erzielt werden: Um die ersten wichtigsten Schritte mit den Behörden und anderen Ansprechpartnern in Ecuador vereinbaren zu können, ließ sich Gisela Mai für ein Jahr von ihrer Tätigkeit als Fachkrankenschwester in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen ohne Bezüge beurlauben. Anschließend vereinbarten Gisela Mai und Tina Knipping ein ganz besonderes Jobsharingmodell: Die beiden Fachkrankenschwestern üben ihren Beruf in der psychiatrischen Kinder- und Jugendklinik Kassel jeweils ein halbes Jahr aus, die andere Jahreshälfte können sie in Ecuador mitarbeiten. So wurde es möglich, dass der Verein an beiden „Schauplätzen“ gut vorankam. (jda)

## Kurz gefragt:

*Sie stehen wieder kurz vor der Abreise nach Ecuador – Wie ist gegenwärtig der Stand des Projektes?*

Dank intensiver Vorarbeiten konnten wir mit dem Bau unseres ersten Kinderhauses, der „Casa Orquidia“ beginnen, ein Meilenstein in der Entwicklung des Projektes. Der Bau wird voraussichtlich 4 Monate dauern. Anschließend können die ersten 6 Kinder mit einer Erzieherin dort leben. Zur Zeit erstellen die Mitarbeiter in Ecuador ein Anforderungsprofil für die Beschäftigung einer Sozialarbeiterin, welche das Projekt langfristig leiten wird. Im Februar beginnen wir mit der Umsetzung der Pläne zur Permakultur (alternative Landwirtschaft). Durch intensiven Kontakt mit der Gemeinde Rio Negro erhielt unser Projekt innerhalb der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz, was eine wesentliche Voraussetzung für die soziale Integration unserer Kinder erfüllt.

*Das, was Sie bisher erreichen konnten, stimmt Sie das eher hoffnungs-*



Wieder Hoffnung geben: Junge in Ecuador.

Foto: Tina Knipping

*froh? Wo hatten Sie die größten Schwierigkeiten zu überwinden?*

Meines Erachtens nach traten die größten Schwierigkeiten durch die Missverständnisse auf, welche durch die doch sehr unterschiedlichen Kulturen entstanden. Es ist wichtig, die ecuadorianische Mentalität kennen zu lernen und zu respektieren, um Dinge verstehen zu können, die unseren deutschen Sichtweisen sehr fremd sind. Diese Unterschiede beziehen sich auf die Alltagssituationen der Menschen bis hin zum Umgang mit der dortigen Bürokratie. Sehr froh sind wir über die Hilfe von ecuadorianischen Mitarbeitern und Freunden, die ein großes Stück zum gegenseitigen Verständnis beigetragen haben. Die Tatsache, trotz dieser Hindernisse nun so viel erreicht zu haben, macht uns sehr glücklich und wir sind sicher, dass wir weiterhin kontinuierlich in kleinen Schritten vorankommen.

Auch das Engagement aller Menschen, die das Projekt hier in Deutschland unterstützen, stimmt mich hoffnungsfroh. Ohne den ehrenamtlichen Einsatz Vieler könnten Aktionen, die den Bekanntheitsgrad des Projektes erhöhen, nicht stattfinden – seien es Infostände, Vorträge, Pressearbeit, Mitgliederbetreuung und natürlich das Spendensammeln. Es ist einfach wunderbar, auf ein gemeinsames Ziel hinzuarbeiten.

*Wer die Arbeit des Vereines unterstützen möchte, wie kann er oder sie das tun?*

Da wir eine kleine Organisation sind, freuen wir uns über jegliche Art der Unterstützung. Jeder kann in den unterschiedlichsten Gebieten praktisch tätig sein oder uns mit Ideen und Anregungen helfen und ist herzlich willkommen. In Ecuador gibt es die Möglichkeit, als Volontär oder als Praktikant (auch im Rahmen eines Studiums) vor Ort zu arbeiten. Ab der Mitte diesen Jahres können wir ZDL-Stellen anbieten. Natürlich sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen und so gibt es die Möglichkeit, Vereinsmitglied zu werden, Projekt- oder Kinderpatenschaften zu übernehmen, oder Geld zu spenden. Dies kann man steuerlich geltend machen. Je mehr finanzielle Mittel uns zur Verfügung stehen, desto schneller und effektiver können wir den Kindern die nötige Hilfe ermöglichen.



Proyecto Esperanza e. V.  
Marburger Str. 55  
34127 Kassel  
[www.proyecto-esperanza.de](http://www.proyecto-esperanza.de)

Kontakt:  
Miriam Köthe  
Tel.: 05 61 / 7 01 66 92  
EMail: [miriam.koe@web.de](mailto:miriam.koe@web.de)

Spendenkonto: 225 000 652  
Kasseler Sparkasse,  
BLZ 520 503 53

# Quali

## Fortbildung

**„Qualitätsmanagement“** ist ein Schlüsselwort aus der aktuellen Debatte im Gesundheitswesen. Dahinter steht das Ziel, die Behandlungsqualität zu verbessern und auf dem Weg zu Qualitätssicherung und -verbesserung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kliniken mitzunehmen. In unserer Serie über die Zukunft der LWV-Kliniken berichtete LWV-Info in der vergangenen Ausgabe über ein Projekt zur interdisziplinären Behandlungsplanung im ZSP Philipps-hospital. Der folgende Beitrag stellt ein erfolgreiches Fortbildungsangebot zum Qualitätsmanagement im ZSP Bergstraße vor.

Bereits seit 1999 bietet das ZSP Bergstraße in Heppenheim in Zusammenarbeit mit „EQ-ZERT“, der Steinbeis Stiftung für Wirtschaftsförderung, zwei berufs begleitende Weiterbildungskurse für Qualitätsfachpersonal im Baukastensystem an. Die Veranstaltungen setzen zunächst bei der Erkenntnis an, dass die Qualifikationskriterien für die Qualitätsexperten für alle Branchen gleich sein sollen, also dass beispielsweise in der chemischen Industrie und im Maschinenbau ähnliche Kompetenzen für ein wirkungsvolles Qualitätsmanagement gebraucht werden wie bei Dienstleistern im Gesundheits- und Sozialwesen. Auf diese Basiskompetenzen setzt dann die jeweilige Fachlichkeit auf. Die Weiterbildungsangebote zum Qualitätsfachpersonal gehen auch auf diese fachlichen Anforderungen ein. Die im Modulsystem konzipierten Lehrgänge ermöglichen es den Teilnehmern, Zertifikate zu erwerben, die sie zu Qualitätsmoderatoren, Qualitätsbeauftragten, Quali-

# tät ist erlernbar –

## im ZSP Bergstraße zum Qualitätsmanagement

tätsmanager, Qualitätsauditor oder zum TQM System Auditor machen.

### Große Nachfrage

Bereits mehr als 250 Personen aus unterschiedlichen Bereichen des Sozial- und Gesundheitswesens wurden bisher im ZSP Bergstraße ausgebildet. Kliniken, Pflegeheime, Kindertagesstätten, ambulante Dienste und viele andere Arbeitgeber mehr entsandten Teilnehmer verschiedener Berufsgruppen in die Veranstaltungen. Chefärztin, Krankenpfleger, Erzieherin oder Verwaltungsangestellter – es ist auch die Mischung, die die Kurse für Teilnehmer/innen so interessant macht. Rund 60 % der Teilnehmer melden sich an, weil sie über Kollegen von den Fortbildungsangeboten erfahren haben. Ein Beleg dafür, dass



Fortbildung zum Zukunftsthema: Weiterbildungsteilnehmer/innen im ZSP Bergstraße.

Foto: ZSP Bergstraße

die Teilnehmer mit den Veranstaltungen gute Erfahrungen gemacht haben. Von den rund 250 Teilnehmer/innen haben sich 60 erfolgreich zum TQM System Auditor zertifizieren lassen, 50 schlossen ihre Fortbildung

mit dem Zertifikat Qualitätsmanager/in ab. Viele der „Ehemaligen“ möchten den Faden nicht abreißen lassen. Dazu bietet das ZSP jährliche Treffen an, die der Kontaktpflege, aber auch der Weiterbildung dienen.

Christian Schmidt-Anders/(jda)

## Bausteinmodell

Erster Baustein ist die 5-tägige Fortbildung zum **Qualitätsmoderator**. Qualitätsmoderatoren setzen an der Basis von Institutionen im Gesundheitswesen Maßnahmen zum Qualitätsmanagement (QM) um. Nach dem Besuch der Fortbildung sollen sie die Grundlagen der DIN ISO 9001:2000 sowie die Anforderungen an die DIN ISO 19011 kennen und in der Lage sein, Verfahrensweisungen und Prozessbeschreibungen zu erstellen.

Zum **Qualitätsbeauftragten** qualifiziert der zweite Baustein, zu dem die Teilnehmer sowohl praktische Erfahrungen im QM mitbringen als auch über Know-how zu Qualitätsmanagementsystemen nach ISO 9001:2000 verfügen müssen. Geschult wird in einer insgesamt zehntägigen Veranstaltung (einschließlich Baustein 1), die Kenntnisse im Sinne ständiger Verbesserung weiterzuentwickeln. Vertieft werden auch Methoden und Grundsätze zur Qualitätsverbesserung sowie die Grundlagen zum QM.

**Qualitätsmanager** darf sich nennen, wer auch den dritten Baustein erfolgreich absolviert hat. Dieses Modul erweitert das Wissen der Mitarbeiter um andere anerkannte QM-Modelle. Der künftige Qualitätsmanager soll gezielt Methoden zur Qualitätsverbesserung, wie zum Beispiel Qualitätszirkel, einsetzen können und ist in der Lage, QM-Systeme zu bewerten. Auch Präsentationstechniken werden vermittelt. 20 Tage dauert diese Fortbildung. Dabei sind wiederum die vorangehenden Bausteine mitgerechnet. Die höheren Weihen erhalten die Absolventen des vierten Bausteines und dürfen sich nach Abschluss „**TQM System Auditor/in**“ nennen. Die Aufgaben des künftigen „Auditors“ (Prüfers) lassen sich so umreißen: Der Auditor arbeitet im direkten Auftrag der Betriebsleitung und ist kompetenter Ansprechpartner in allen Fragen des QMs und kann selbst Organisationen zertifizieren. Sie oder er aktiviert und überprüft den ständigen Verbesse-

rungsprozess in der Aufbau- und Ablauforganisation, stabilisiert die Integration des Qualitätsmanagements und sichert verantwortlich die Zertifizierbarkeit. Die Qualitätsaudits nach DIN ISO 19011 in der Organisation werden von ihm verantwortet, außerdem leitet der Auditor Mitarbeiter/innen an, diese Audits in der Organisation durchzuführen. Auditoren müssen zur Zertifizierung mindestens vier Systemaudits nach DIN ISO 19011 durchführen. Das ZSP Bergstraße gibt die Gelegenheit, diese Audits im Hause zu erstellen.

Christian Schmidt-Anders/(jda)



### Weitere Informationen:

ZSP Bergstraße, Fort- und Weiterbildung, Qualitätskoordinator Christian Schmidt-Anders, Tel.: 0 62 52 / 16 – 2 73, EMail: christian.schmidt-anders@zsp-bergstrasse.de

## Teehaus erinnert an Psychiatriereformer Sioli



Die Stifterfamilie Onneken vor dem in frischem Glanz erstrahlenden Sioli'schen Teehaus.

Foto: Dieter Becker

Um eine Sehenswürdigkeit reicher ist das ZSP Hochtaunus: Das um 1900 ursprünglich im Stadtteil Dillingen erbaute Teehaus des ehemaligen Direktors der Frankfurter „Anstalt für Irre und Epileptische“ und Gründers des Waldkrankenhauses Köppern, Professor Emil Sioli, wurde im Gelände der Fachklinik originalgetreu rekonstruiert und von Marieluise Schmitz im Namen der Stifterfamilie Onneken im vergangenen Dezember übergeben. 1940 erwarb die Familie Onneken in Dillingen das Wohnhaus von Professor Emil Sioli, der auf seinem Grundstück zu Lebzeiten ein rund zehn Quadratmeter großes Teehaus hatte errichten lassen. Das Kleinod diente den Onnekens als Refugium wie auch als Behelfsquartier in der Nachkriegszeit. Später wurde es abgetragen und auf einem Grundstück in Ortenberg wiedererrichtet, wo schließlich vor vier Jahren eine 200 Jahre alte Buche den Pavillon fast vollständig zerstörte. Unversehrt blieben lediglich die Tür samt Einfassung, die Balken des Vordachs und zwei Sitzbänke, auf denen es sich einst auch Professor Sioli gemütlich gemacht haben dürfte. Die historische Bedeutung des Teehauses erkannten die Onnekens 2001 im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 100-jährigen Bestehen des Waldkrankenhauses Köppern. „Sioli muss ein wunderbarer Mann gewe-

sen sein, dieses wunderbare Teehaus an so wunderbarer Stelle errichten zu lassen“, ist sich Marieluise Schmitz sicher.

Dr. Wolfgang Müsse, Erster Beigeordneter des Hochtaunuskreises, erinnerte an die Geschichte der

Psychiatrie, die sowohl gute Ansätze als auch schreckliche Ereignisse enthalte, wie beispielsweise die sogenannte „Euthanasie“ im nationalsozialistischen Deutschland. Sioli sei mit großer sozialer Verantwortung an die Probleme der Menschen herangegangen und stehe damit für die positiven Wurzeln der Psychiatrie. Wie zuvor schon Dr. Müsse zeigte sich Friedrichsdorfs Erster Stadtrat Günter Bastian erfreut darüber, dass der Pavillon wieder nach Friedrichsdorf zurückkehre. Dem Geschäftsführer des ZSP Hochtaunus, Werner Bierschenk, oblag es schließlich, der Stifterfamilie für ihre gute Tat zu danken: „Ich bin sicher, dass in dem Pavillon so manche Tasse Tee im Gedenken an den Psychiatriereformer und an die herausragende Persönlichkeit Emil Sioli getrunken werden wird.“ Die Freude über die Wiederrichtung des Teehauses war auch der Enkelin von Emil Sioli, Dorothea Scheidel, anzumerken, die ebenfalls an der feierlichen Übergabe teilnahm.  
Dieter Becker/(jda)

## Ausstellung zeigt Bilder aus HPE Weilmünster



In der Regionalverwaltung Wiesbaden war bis Ende Januar eine Ausstellung mit Bildern zu sehen, die in der Tagesstätte der Heilpädagogischen Einrichtung (HPE) Weilmünster gemalt wurden. Ein Motiv der Ausstellung ziert die Titelseite dieser Info-Ausgabe. Die Ausstellung wurde im November von Thomas Knierim, Regionalmanager im ZGM für Menschen mit geistigen Behinderungen, und Inge Reinheimer-Thiele, Leiterin der Tagesstätte in der HPE, eröffnet. Unser Foto zeigt Bewohner und Mitarbeiter der HPE bei der Ausstellungseröffnung. (jda) Foto: Roland Wroblewski

## Eddie Rosner – Biografie spiegelt Tragik eines Jahrhunderts



Eddie Rosner (stehend mit Trompete) und sein Orchester 1936.

Foto: Privatbesitz Irina Prokofieva-Rosner

„Ein Mensch, auf den die ganze Dramatik der ersten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts herabstürzte“. So fasste LWV-Beigeordnete Liesel Thurn das Leben des Jazz-Musikers und Bandleaders Eddie Rosner zusammen, der den Ruf hatte, vor dem zweiten Weltkrieg einer der besten Jazz-Trompeter Europas zu sein. Eddie Rosners Leben und (Nach-)Wirken – Das war das Thema einer ungewöhnlichen Veranstaltung im „KuZ“ Eichberg, dem Kulturzentrum des ZSP Rheinblick, die „nichts mit dem ‚Kerngeschäft‘ des LWV zu tun hatte“, wie Thurn sagte, die aber zur Freude der zahlreichen Besucher einen bemerkenswerten historischen wie musikalischen Akzent im langen Veranstaltungsreigen des LWV-Jubiläumjahres setzen konnte. Gleichsam erschüttert wie auch fasziniert war die Ärztliche Direktorin der psychiatrischen Kinderklinik Rheinhöhe, Dr. Doris Mallmann, als sie vom Schicksal dieses Mannes aus dem Munde seiner Tochter und heutigen Kollegin, Dr. Irina Prokofieva-Rosner, hörte, dass sie beschloss, das Leben Eddie Rosners und seine heute weitgehend vergessene Musik einem breiteren Publikum vorstellen zu wollen.

Im November des vergangenen Jahres und mit Unterstützung zweier Stiftungen klappte es dann: Michael Rieth, Dramaturg und Musikkritiker, und Irina Prokofieva-Rosner schilderten die dramatischen Etappen im Leben Rosners. Das renommierte Emil Mangelsdorff-Quartett illustrierte durch ein begleitendes Konzert die Musik des exzellenten Jazztrompeters. Doch nicht nur das: Emil Mangelsdorff schilderte seine, wenn auch nicht persönlichen, so doch musika-

lischen Begegnungen mit Rosners Kompositionen, mit denen er seit Langem vertraut ist. Auch biografische Ähnlichkeiten entdeckte der Posaunist, der sich wegen seiner Liebe zur Jazz-Musik in der NS-Zeit politischer Verfolgung ausgesetzt sah.

Rosners musikalische Karriere, so schilderten Rieth und Prokofieva-Rosner, habe 1928 nach vorangehenden kürzeren Engagements in Berlin bei den Weintraub Synkopators begonnen. Danach wirkte Rosner bei zahlreichen Tourneen und Produktionen, darunter auch bei den Musikaufnahmen für den berühmten UFA-Film „Der blaue Engel“ mit Marlene Dietrich und Heinrich George, mit. Bereits Legende ist die Begegnung Rosners mit Louis Armstrong 1934 in Brüssel bei einem „Cutting contest“ (Wettbewerb): Der Musiker erspielt sich dort den zweiten Platz, Louis Armstrong schenkt ihm ein Foto mit der Aufschrift „Dem weißen Louis Armstrong“. Als Jude und Protagonist eines von den Nazis verhassten und diskriminierten Musikstils muss Rosner 1933 Deutschland verlassen. Später muss er auch aus dem okkupierten Polen fliehen und begegnet in Weißrussland dem Ersten Sekretär der weißrussischen Kommunistischen Partei, Ponomarenko, der ihn dort bei der Gründung des ersten Jazz-Orchesters unter-



Irina Prokofieva-Rosner (r.) und Emil Mangelsdorff bei der Veranstaltung im KuZ Eichberg.

Foto: Doris Mallmann

stützt. In den Kriegsjahren bereist das Orchester um Rosner die gesamte Sowjetunion, dabei kommt es auch zu einem „exklusiven“ Auftritt vor Stalin in Sotschi am Schwarzen Meer. Als Rosner mit anderen Repatriierten 1946 versucht, die Sowjetunion zu verlassen, um nach Polen zurückzu-

kehren, wird er in der berüchtigten „Lubjanka“ inhaftiert und zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt. 1954 bringt ihm eine Amnestie nach Stalins Tod die Freiheit zurück. Bis 1973 lebt er als Komponist, Dirigent und Orchesterchef in Moskau. Die letzten Jahre seines Lebens verbringt er nach einer

Ausreise in Berlin, wo er 1976 ver stirbt. Erst in den letzten Jahrzehnten seines Lebens ließen die Machthaber Eddie Rosner das tun, was er immer tun wollte und allen Widrigkeiten zum Trotz auch tat. Die Zuhörer im KuZ Eichberg erlebten eine Hommage, die alle bewegte. (jda)

## Qualitätssicherung – Leitlinien sollen helfen

Ein Symposium des ZSP Kurhessen im Kasseler Ständehaus schloss die lange Reihe von Veranstaltungen des LWV-Jubiläumsjahres 2003 ab. Bei der Veranstaltung ging es um „Leitlinien zur Behandlung von Suchtkranken“, zu der Therapeuten aus psychiatrischen und somatischen Kliniken sowie aus dem regionalen Suchthilfenetz gekommen waren. Einleitend formulierte Prof. Dr. Heinrich Kunze, Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen in Bad Emstal, die pragmatische Ausgangsfrage: „Wozu brauchen wir Leitlinien?“, denn Therapeutinnen und Therapeuten verfügten doch über ein schon lange bewährtes professionelles Repertoire und hätten ein breites Anwendungs- und Erfahrungswissen. Aber nicht alles, was die meisten schon immer so gemacht haben, halte einer empirisch-wissenschaftlichen Überprüfung stand. Die Klinik Merxhausen, so Kunze weiter, habe die Leitlinien auf die Tagesordnung gesetzt, weil sie sich in ihrem Leitbild darauf verpflichtete: „Diagnostik und Therapie basieren auf aktuellen wissenschaftlich anerkannten Standards.“ Heute seien einzelne Personen oder einzelne Kliniken allerdings nicht mehr in der Lage, die weltweiten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu verfolgen und auszuwerten. Dies sei Aufgabe von Expertenkommissionen, die das weltweit gesicherte Wissen zusammentragen.

Prof. Dr. Markus Gastpar aus Essen ist einer der beiden Leiter der Expertenkommission zur Erarbeitung von Leitlinien zur Behandlung von Suchtkranken, worüber er berichtete: Grundlage seien die Vorgaben der „Arbeitsgemeinschaft Wissenschaftlicher Medizinischer Fachgesellschaften“ (AWMF). Seine Aufgabe als Leiter der Kommission sei es, das aktuell international verfügbare Wissen systematisch zusammenzufassen sowie zu bewerten und zu jeder Aussage über Diagnostik und Therapie auch die Stufe der empirischen Sicherheit anzugeben – von Expertenberichten über kontrollierte Untersuchungen bis zur weltweiten Auswertung der Untersuchungen mit dem höchsten wissenschaftlichen Standard („1 a = Evidenz aufgrund von Metaanalysen randomisierter kontrollierter Studien“). Dies erläuterte er an Beispielen aus der Behandlung von Drogenabhängigen.



Das Podium des Symposiums (v. l.): Prof. Dr. Heinrich Kunze, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen, Bad Emstal; Prof. Dr. Markus Gastpar, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universität Essen; Prof. Dr. Wolfgang Poser, Psychiatrische Universitätsklinik Göttingen; Birgit von Hecker, Leitende Ärztin der Abteilung Sucht II (Drogen), Helmut Frömmel, Leitender Arzt der Abteilung Sucht I (Alkohol), beide Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen, Bad Emstal.  
Foto: Monika Brauns

Der Expertengruppe, die Leitlinien zur Behandlung von medikamentenabhängigen Patienten erarbeitet, steht Prof. Dr. Wolfgang Poser von der Universität Göttingen vor. Er stellte die Ergebnisse dieser Arbeit für die

Behandlung von alkohol- und medikamentenabhängigen Patienten vor. Helmut Frömmel, leitender Arzt der Abteilung Sucht I der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen, ging danach auf die AWMF-Behandlungsleitlinien „Akutbehandlung alkoholbezogener Störungen“ ein. Daneben betonte Frömmel, dass die Vernetzung aller Institutionen der regionalen Suchtkrankenhilfe außerordentlich wichtig sei, um den Patienten eine optimale Therapie zu ermöglichen. Die praktische Umsetzung der Vorgaben aus den Leitlinien wurde von Birgit von Hecker, Leitende Ärztin der Abteilung Sucht II, am Beispiel des niederschweligen Drogenentzugs in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen dargestellt. Sie schilderte, wie Vorgaben bezüglich Diagnostik und Therapie in die tägliche Arbeit integriert werden. (jda)

## LWV-Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen wurde 20 Jahre

Vor 20 Jahren wurde in Hadamar die erste Ausstellung zu den NS-„Euthanasie“-Morden in der früheren Heilanstalt eröffnet. Daran erinnerte im November eine Feierstunde in der Gedenkstätte, auf der u. a. Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard, Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, LWV-Landesdirektor Lutz Bauer und der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten zur NS-Zeit in Hessen, Prof. Dr. Dietfrid Krause-Vilmar, sprachen. In der NS-Zeit wurden in der damaligen Landesheilanstalt Hadamar mehr als 15.000 geistig behinderte und psychisch kranke Menschen durch Gaseinsatz, durch medikamentöse Überdosen, schlechte Ernährung und fehlende medizinische Versorgung getötet.

### Orte des Einspruchs

Den Bogen von der Gedenkstätte Hadamar zur Erinnerungskultur in der Bundesrepublik schlug Dietfrid Krause-Vilmar in seinem Festvortrag: In Hessen gebe es insgesamt 23 Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen als „Orte des Einspruchs und der Herausforderung, die sich diesem schwierigen Thema stellen“. Die in den achtziger Jahren einsetzende Beschäftigung mit der NS-Zeit „vor Ort“, so Krause-Vilmar, hatte sich mit heftigen Einsprüchen und Widerständen auseinander zu setzen: Häufig begann es als Ärgernis in den Kommunen wie auch bei einzelnen Berufsgruppen, die sich, obgleich dies nicht intendiert war, einer Pauschalverurteilung ausgesetzt sahen. „Die vom Nationalsozialismus veranlassten und durchgeführten Tötungsverbrechen haben den Überlebenden und ihren Nachkommen einen solchen Berg an Elend und Leiden hinterlassen, dass es für die Gegenwart und Zukunft der deutschen Gesellschaft unerlässlich ist, mit diesen hypothekarischen Belastungen klar zu kommen. Und dies geschieht am besten im Ort, in der Region selbst“, sagte Krause-Vilmar. In der Bundesrepublik habe die „Erinnerungskultur“ in der Nach-



Gäste der Gedenkveranstaltung in Hadamar mit (v. l.) Prof. Dr. Dietfrid Krause-Vilmar; Hildegard Pfaff, MdL; Landesdirektor Lutz Bauer; Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard und Wilfried Schmied, Regierungspräsident in Gießen, in der ersten Reihe. Foto: Gedenkstätte Hadamar

kriegszeit zunächst zögerlich, dann aber entschieden eingesetzt, bestätigte Joachim-Felix Leonhard in seinem Beitrag. Die in Hadamar vom NS-Regime verübten Untaten stünden dabei für ein ganzes „Netz des Grauens“. Die Gedenkstätte betreibe heute eine erfolgreiche „kulturelle Erinnerungsarbeit“, die das Land für unterstützenswert halte. „Dass die in den vergangenen 20 Jahren hier in Hadamar organisierte Bildungsarbeit mit Nachdruck fortgesetzt werden muss, dass wir uns das unvorstellbare Leid der Menschen auch 58 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur immer wieder vor Augen führen müssen, das beweisen nicht nur die Bemerkungen gewisser Politiker in unserem Lande in den vergangenen Wochen“, stellte Leonhard klar und bezog sich dabei auf die umstrittenen Aussagen des Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann.

### Historischer Reflex

Durch seine Gedenkstättenarbeit in Hadamar und an anderen Orten habe sich der LWV bereits bei seiner Gründung vor 50 Jahren den grausamen Geschehnissen, die in den Einrichtungen zweier Rechtsvorgänger stattfanden, zugewandt. „Die Gedenkstättenarbeit, wie wir sie an wichtigster Stelle

in Hadamar praktizieren, scheint mir die einzig mögliche und vertretbare Form eines aufklärerischen und nach vorne weisenden Umgangs mit unserer deutschen Geschichte zu sein“, sagte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer in seinem Redebeitrag. Bauer erinnerte auch an die Gründung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen vor 50 Jahren, dem zahlreiche Aufgaben der „sozialen Fürsorge“ übertragen wurden, darunter auch Heilanstalten, die in das menschenverachtende Programm der NS-„Euthanasie“-Morde eingebunden waren. Die Gründung des LWV 1953 könne auch als Reflex auf diese schreckliche Periode der deutschen Geschichte gesehen werden.

Weitere Grußworte richteten der Erste Kreisbeigeordnete des Landkreises Limburg-Weilburg, Manfred Michel, der Hadamarer Bürgermeister Hans Beresko, Margret Hamm vom Bund der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten, der örtliche Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch, Michael Thiele, Geschäftsführer des Internationalen Bundes und der Leiter der Gedenkstätte PD Dr. Georg Lilienthal an die Gäste. Für die musikalische Umrahmung sorgten die „Fürsten-Teenies“, der Chor der Fürst-Johann-Ludwig-Schule Hadamar. (jda)

## Auftakt zu LWV-Modellprojekt



Startschuss für das Modellprojekt (v. l.): Heide Marwede, Schulleiterin der Schule am Sommerhoffpark; Doris Aumüller, Sozialpädagogin des Modellprojektes zur Schulsozialarbeit, und Wilfried Bornscheuer, Verwaltungsleiter der Schule. Foto: Gabriele Burkert-Böhm

Ein inhaltlicher Schwerpunkt des Veranstaltungsreigens im Jubiläumsjahr war die Arbeit mit sinnesgeschädigten Kindern und Jugendlichen in den Schulen und Förderstellen des LWV. Zog eine Fachtagung im Juli des vergangenen Jahres eine Zwischenbilanz zur Frühförderung, standen im November bei einer Veranstaltung in der Frankfurter Schule am Sommerhoffpark die veränderten Rahmenbedingungen im Mittelpunkt: „Die Kinder und Jugendlichen haben sich verändert – und wir?“ lautete daher der Titel einer eintägigen Fachtagung in der Schule für Hörgeschädigte. Die von rund 70 Fachleuten besuchte Tagung bildete zugleich den Auftakt zu einem vom LWV initiierten Modellprojekt zur Schulsozialarbeit an dieser Schule, mit dem das bestehende Hortangebot qualifiziert werden soll. Ein Ziel der Veranstaltung: Für das Modellprojekt sollte ein Anforderungskatalog erarbeitet werden.

Die Lebenswelten von Schülerinnen und Schülern in Ballungsräumen wie Frankfurt haben sich in den vergan-

genen Jahren stark verändert. Schwierige wirtschaftliche Verhältnisse in den Familien und soziale Probleme führen u. a. dazu, dass sich Eltern und Erzieher zunehmend überfordert sehen. Erhöhte Gewaltbereitschaft, Drogenmissbrauch und psychische Auffälligkeiten bei Jugendlichen sind häufig auftretende Hinweise dafür. Gemeinsame Projekte von Jugendhilfe und Schule, wie etwa die Schulsozialarbeit, sollen die Probleme abfedern helfen. Am Beginn der Tagung stand daher eine Bestandsaufnahme: Trotz der besonderen sozialen Problemlagen eines Ballungsraumes wie Frankfurt gebe es keine speziellen Jugendhilfeangebote für hörgeschädigte Mädchen und Jungen, so Schulleiterin Heide Marwede bei der Eröffnung. Sie seien aber aufgrund ihrer Behinderung häufig mit mehr bzw. zusätzlichen Schwierigkeiten als ihre Altersgenossen konfrontiert. Labile familiäre Verhältnisse, Gefährdungen, die in der sozialen Umwelt auf die Kinder warten, seien fast „Normalität“. Hinzu komme ihre Behinderung in einem

multiethnischen Umfeld: 153 hörgeschädigte Schülerinnen und Schüler besuchten die Schule am Sommerhoffpark in Frankfurt. Sie kämen aus 21 Nationen, mehr als die Hälfte von ihnen sprächen eine nichtdeutsche Muttersprache, erläuterte die Pädagogin. Ihre Kommunikationsmöglichkeiten seien nicht allein durch ihre Hörschädigung, sondern auch durch ihre Herkunftssprache begrenzt – eine Herausforderung für die Pädagogen an der Schule, die Schülerinnen und Schüler im ganzen Spektrum der Sprachmöglichkeiten zwischen gebärdensprachorientiert und lautsprachorientiert auf unterschiedlichen Niveaus auszubilden. Nicht abdecken könnten die Sonderpädagogen einen darüber hinausgehenden Betreuungsbedarf vieler Kinder und Jugendlicher an der Schule, bestätigte auch Erster Beigeordneter Uwe Brückmann. Hier solle nun das zunächst auf drei Jahre befristete, durch den LWV und die Stadt Frankfurt finanzierte Modellprojekt zur Schulsozialarbeit ansetzen. (rvk/jda)

### Was soll das Projekt zur Schulsozialarbeit leisten?

- den Unterricht ergänzende, sozialpädagogische Gruppenarbeit mit schwierigen hörgeschädigten Kindern und Jugendlichen
- Elternarbeit mit Problemfamilien, besonders im Hinblick auf deren Umgang mit ihrem hörgeschädigten Kind
- Qualifizierung der Horterzieherinnen
- Kooperation mit Institutionen und Einrichtungen der Jugend- und Sozialhilfe
- Wissenstransfer für andere Schulen

## Top Stories?

„Für den Rotenburger Kannibalen reiste eigens ein Reporter aus Berlin an. Und ich? Ich saß an meinem Schreibtisch in Kassel, schrieb eine später nie gedruckte Meldung über den Landeswohlfahrtsverband und dachte darüber nach, wie ich beinahe den größten Tag meines Journalisten-Lebens erlebt hätte.“

Joachim F. Tornau, Frankfurter Rundschau

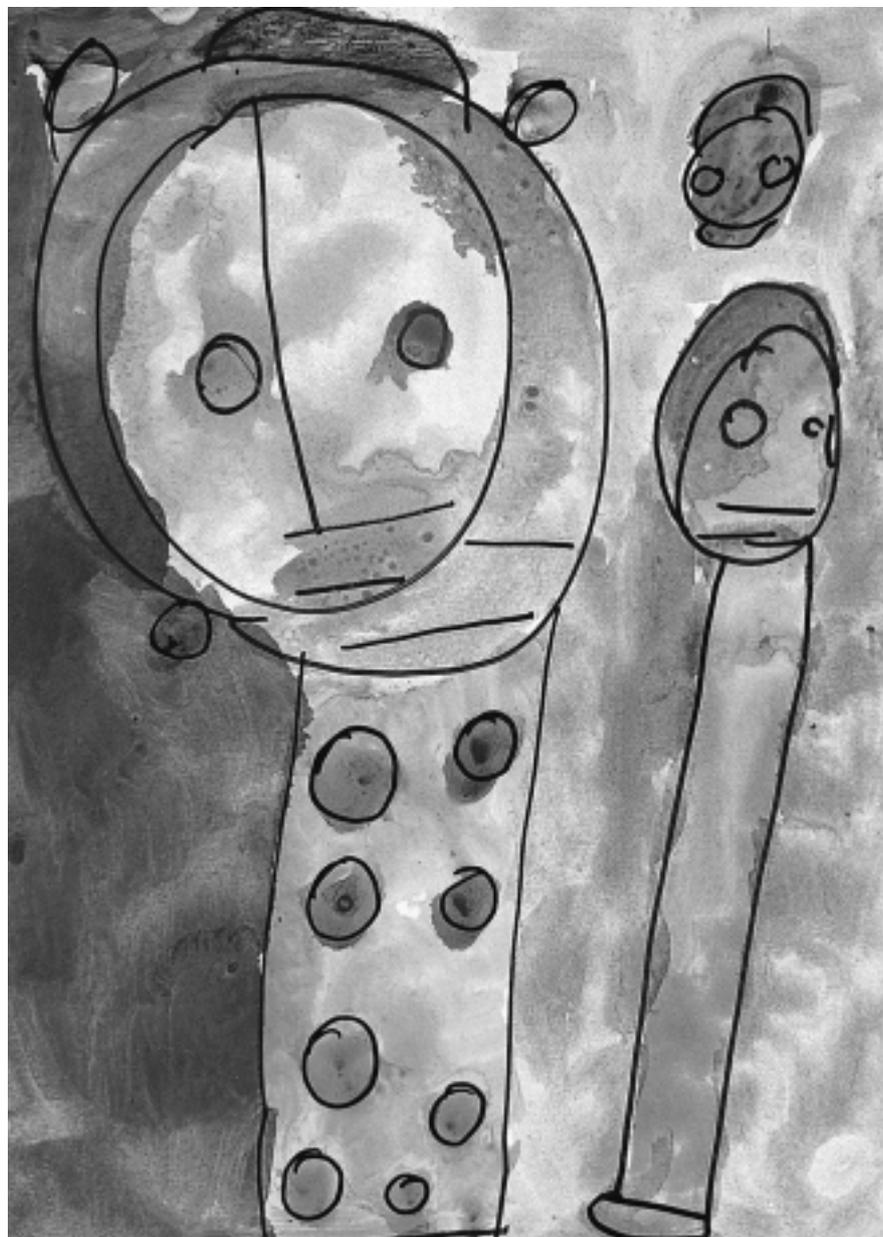
Im Jubiläumsjahr hatten wir auf die ganz großen Schlagzeilen gehofft: Endlich einmal mit der 50-jährigen Erfolgsbilanz des LWV zur „Prime Time“ ins Fernsehen kommen, endlich einmal zum Geburtstag den Aufmacher bei den überregionalen Blättern stellen. Ganz gereicht hat es dazu nicht – und trotzdem fiel die Bilanz über das von uns ermittelte Interesse der Medien am LWV-Jubiläum so schlecht nicht aus: Das Presseecho in den Printmedien war deutlich größer als in den Vorjahren, mehr Berichte entstanden vor allem ohne vorausgehende Pressemitteilung. Beim Wachstumsmedium Nummer 1, dem Internet, waren enorme Zuwächse bei den Besuchszahlen zu verzeichnen – auch dort waren Jubiläumsthemen zu finden. Wendet man sich mit seinen Informationen und Botschaften an die Massenmedien, hat man es mit einem veränderten und umkämpften Markt für Themen, die Öffentlichkeit suchen, zu tun. Themen, die nach unglamourösem Alltag oder gar staubiger Institution aussehen, haben schwindende Chancen, publiziert zu werden. Diese Erfahrung macht nicht nur der LWV, es ist sicher auch die Erfahrung aller Organisationen, die sich im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen an die Öffentlichkeit oder an die Medien gewandt haben.

Doch eines fällt auf: Häufig setzen wir Öffentlichkeit mit den Medien gleich, identifizieren das Interesse der Leser, Zuschauer und Hörer mit dem Interesse der Medien und ihrer Vertreter, getreu dem Satz, nach dem das nicht vorkommt, was nicht in den Medien vorkommt. Das dem nicht so sein muss, bewiesen viele Veranstal-

tungen im langen Veranstaltungsprogramm des LWV-Jubiläumjahres: Erfolgreich versuchten sie, Menschen direkt anzusprechen: Tausende Besucher bei Tagen der offenen Tür und beim Hessestag, Hunderte Teilnehmer bei Fachtagungen und Fortbildungsveranstaltungen, einige Dut-

zend Gesprächspartner beim Erfahrungsaustausch und bei der Mitarbeiterveranstaltung. Begegnungen, Gespräche, der menschliche Austausch gehörten zum LWV-Jubiläumsjahr und wirken sicher länger als das flüchtige Überlesen einer Überschrift. (jda)

## Ausstellung zeigt Bilder aus HPE Weilmünster



Mit einigen seiner Bilder war auch Hans-Jürgen Eichhorn in der Wiesbadener Ausstellung vertreten (siehe auch S. 24). Eichhorn porträtiert in seinen Bildern vor allem reale oder seiner Fantasie entsprungene (Mit-)Menschen. (jda)

Foto: Klaus Baumann



Andrea Winnerl, Sekretärin des Schwerbehindertenvertreters der Fraport AG.

Foto: Katrin Schander

**D**ie 34-jährige Andrea Winnerl bewegt sich sicher durch den weitläufigen Sitzungssaal, begrüßt den Gast, sucht Broschüren heraus, bedient das Telefon und druckt die benötigten Texte aus. Ganz normale Sekretärinnenarbeit. Dass die junge Frau von Geburt an fast blind ist, fällt dem Besucher kaum auf. Ein Bildschirmlesegerät, schriftliche Vermerke in der Blindenschrift Braille und ein perfekt aufgeräumtes Büro helfen der gelernten Fremdsprachensekretärin im Büroalltag. Dass nirgends ein Stuhl unvorhersehbar herumsteht, keine Schranktür aufklafft und keine Kabel auf dem Boden liegen, dafür sorgt Andrea Winnerls Chef: Lothar Bertrand, Schwerbehindertenvertreter bei der Fraport AG, dem Betreiber des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens.

## Beispielhafter Arbeitgeber

Das Unternehmen leistet bundesweit eine beispielhafte Arbeit für behinderte Arbeitnehmer. Erstmals gelang es der Fraport 2002, die gesetzliche Pflichtquote für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen zu erfüllen. „Ganz knapp lagen wir damals über den vorgeschriebenen fünf Prozent“, betont Bertrand. Und der Trend setzt sich fort: 2003 stieg die Quote sogar auf 6,09 Prozent, damit arbeiten auf 736 der 12.500 Arbeitsplätze bei der Fraport schwerbehinderte Männer oder Frauen.

„Das ist keineswegs selbstverständlich“, bestätigt LWV-Landesdirektor Lutz Bauer die Anstrengungen des Unternehmens, nur wenige hessische Arbeitgeber dieser Größenordnung würden die durch das Gesetz vorgegebene Quote schaffen. Laut Gesetz müssen alle Arbeitgeber mit mindestens 20 Beschäftigten auf fünf Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen anstellen. Tun sie das nicht, müssen sie für jeden nicht besetzten Platz eine Ausgleichsabgabe zwischen 105 und 260 Euro im Monat an das Integrationsamt zahlen. „Dieses Geld darf nur dazu verwendet werden, dass andernorts schwerbehinderte Menschen am Arbeitsleben teilhaben können“, versichert Walter Pohl, Zielgruppenmanager des LWV-

Integrationsamtes. Fast zehn Millionen Euro gibt das Amt im Jahr aus, um in Hessen neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen und Arbeitsplätze behindertengerecht zu gestalten.

## Integrationsgedanke mit Leben gefüllt

„Die Fraport ist ein besonders wichtiger Partner des LWV“, hebt LWV-Chef Bauer hervor. „Das Teilhabegebot für Menschen mit Behinderung wird hier wirklich mit Leben gefüllt.“ Seit fast zehn Jahren ist das Engagement bei der Eingliederung behinderter Menschen in das Arbeitsleben auf dem Frankfurter Flughafen mit dem Namen von Lothar Bertrand verbunden. Mit nie nachlassender Energie kümmert sich der 54-Jährige um „seine“ Beschäftigten, führt Gespräche, initiiert „Runde Tische“, macht Hausbesuche, inspiziert Arbeitsplätze und wirbt bei Vorgesetzten und Vorstand um Mut, es immer wieder mit behinderten Arbeitnehmern zu versuchen.

Keine leichte Aufgabe in einem Unternehmen, das seit zwei Jahren an der Börse notiert ist. „Auf der einen Seite haben wir als großes Unternehmen natürlich mehr Möglichkeiten, Schwerbehinderte einzusetzen“, weiß Bertrand, „auf der anderen Seite hat der Druck auf die Mitarbeiter im Zuge der wirtschaftlichen Flaute in Deutschland auch bei den Flughafenmitarbeitern zugenommen.“ Allein im operativen Bereich sind 7.000 Menschen bei der Fraport beschäftigt. Ihre Dienstpläne sind so strukturiert, dass die Männer und Frauen oft am oberen Limit ihrer Kräfte arbeiten müssen. „Viele haben heute Angst um ihren Arbeitsplatz“, weiß Bertrand. Die psychische Belastung lasse viele Kollegen krank werden: Depressionen,

# PORT AG – für berufliche Karrieren

Angststörungen, psychosomatische Erkrankungen hätten dramatisch zugenommen.

Die Abteilungsleiter zu überzeugen, dass sie den Kollegen Zeit lassen, ihnen noch eine Chance geben, ist für Bertrand oft mühsame Überzeugungsarbeit. Manche der kranken Kollegen fallen für Jahre aus – eine Katastrophe in Zeiten, wo um jeden Arbeitsplatz hart gerungen wird. Trotzdem hat Bertrand mit seinem hartnäckigen Einsatz Erfolg: „Vor zwei Jahren“, erzählt er, „konnten wir die Kündigung für einen psychisch kranken Kollegen nur mit Mühe zurückstellen, die Führungskräfte gaben ihm zwei Jahre zur Erholung. Jetzt arbeitet er wieder, wenn auch zunächst nur in einer Abteilung für leistungsgeminderte Mitarbeiter.“ Trotzdem ein Erfolg, denn ohne Bertrands Einsatz wäre der Mann seinen Arbeitsplatz längst ganz los.

## Nischen gibt es nicht mehr

Auch die körperliche Belastung der Mitarbeiter nimmt immer mehr zu. Gerade die vielen hundert Beschäftigten draußen auf dem Rollfeld, die die schweren Koffer der Passagiere in die Maschinen wuchten müssen, gehören zu den „Sorgenkindern“ der Schwerbehindertenvertretung. „Man kann so einen harten Job nicht Jahrzehnte durchhalten“, weiß Bertrand, „das macht der menschliche Knochenbau einfach nicht mit.“ Aber die Männer, die diesen Knochenjob machen, sind oft schlecht ausgebildet, können kaum Deutsch. Nischen, die es früher vielleicht noch gab, als Pförtner oder Nachtportier, bleiben heute verschlossen. Trotzdem bemüht sich Bertrand um jeden einzelnen Mitarbeiter.

So etwas spricht sich herum um auf dem Flughafen. Mittlerweile werden

Bertrand und sein Stellvertreter Christian Somogyi ganz selbstverständlich gerufen, wenn einer der Kollegen nicht mehr kann. Die 2001 mit dem Arbeitgeber abgeschlossene Integrationsvereinbarung sieht vor, dass unverzüglich ein „Runder Tisch“ einberufen werden muss, wenn ein behinderter Mitarbeiter nicht mehr an seiner Dienststelle eingesetzt werden kann. „Angefangen haben wir mit 30 solcher Gesprächsrunden im Jahr“, erzählt Bertrand, „im vergangenen Jahr hatten wir schon 100 ‚Runde Tische‘.“ Arbeitsmedizin und Personalabteilung, Führungskraft und Betriebsrat, Integrationsamt und der Betroffene selbst sitzen hier zusammen: „Da geht es nicht ums Rauskicken, da steht echte Hilfe im Vordergrund“, betont Bertrand. Kürzlich sei es zum Beispiel gelungen, drei Mitarbeitern eine externe Ausbildung zugute kommen zu lassen, damit sie bei der

Fraport beschäftigt bleiben können.

## Über die Mitleidschiene läuft nichts

Dabei halten Bertrand und Somogyi überhaupt nichts von der „Mitleidschiene“: „Wer auf der Mitleidsschiene eingestellt wird, kommt auf lange Sicht ohnehin unter die Räder.“ Nach Bertrands Erfahrung ist es immer sinnvoller, mit den eigenen Stärken zu punkten als die Schwächen herauszukehren. „Um Arbeitsplätze wird heute hart gefochten, darauf müssen sich auch die behinderten Bewerber einstellen“, betont er. „Wir legen großen Wert auf ein reguläres Einstellungsverfahren, mit Entgegenkommen aus sozialen Gründen tut man den Bewerbern keinen Gefallen.“ Die Führungskräfte müssten überzeugt werden, dass genau dieser Bewerber der richtige sei. Was dann an Erleichter-



Eine Betriebsversammlung der Fraport AG mit Gebärdendolmetscherin (v. l. sitzend): Frank Difer, Stefan Afonso (beide gehörlose Kollegen); Schwerbehindertenbeauftragter Lothar Bertrand; Gebärdendolmetscherin Pia Dosch und Jürgen Dehler (gehörloser Kollege). Foto: Reinhard Stroh



Stippvisite beim Praktikanten in der Küche (v. l.): Maximilian Meßmer von der Frankfurter Ernst-Reuter-Schule; Helmut Heinz, Geschäftsführer des Airport-Cater-Service (ACS) und Schwerbehindertenvertreter Lothar Bertrand.

Foto: Reinhard Stroh

rungen bei der Einrichtung des Arbeitsplatzes getan werden könne, das geschehe ohne Probleme in Absprache mit dem Integrationsamt. Vieles ist inzwischen selbstverständlich auf Rhein-Main. So gibt es keine Betriebsversammlung ohne Gebärdendolmetscher. Zusätzlich finden regelmäßig während der Arbeitszeit Infogespräche für hörbehinderte Mitarbeiter statt, bei denen in kleinerer Runde über aktuelle Themen wie Versicherungsfragen oder Rentenansprüche diskutiert werden kann. Immer mehr Aufzüge werden mit einer Sprachausgabe ausgerüstet, damit sich blinde Menschen ohne fremde Hilfe im Lift orientieren können. Zwar beklagt Bertrand, dass es auch bei der Fraport AG noch lange nicht selbstverständlich ist, bei Neueinstellungen und bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen Menschen mit Behinderungen gleichermaßen zu berücksichtigen. Dennoch hat er eine Reihe von Beispielen parat, die zeigen, dass es durchaus möglich ist, auch mit schweren Behinderungen Karriere im Unternehmen zu machen. Zuletzt konnten zwei gehörlose junge Männer ihre Ausbildung als Vermessungstechniker bei der Fraport abschließen und im Unternehmen übernommen werden. „Dann lohnt sich der große Kraftaufwand bei der Ausbildung,“ unterstreicht Bertrand. So wurden eigens Gebärdendolmetscher vom Integrationsamt gestellt, um die jungen Leute anzuleiten. Auch

die moderne Technik mit EMail bietet große Vorteile, mussten früher doch spezielle Schreibtelefone angeschafft werden, um die Mitarbeiter zu informieren. „Aber oft ist es die Persönlichkeit der Bewerber, die Chefs und Kollegen überzeugt, dass man auf diesen oder jenen Mitarbeiter nicht verzichten möchte“, weiß Bertrand und berichtet voller Stolz von der blinden Sabine Grünschwitz. „Die kam als ganz junge Frau hierher und es war ein hartes Stück Arbeit, bis wir ihre Einstellung durch hatten. Mittlerweile hat sie aus eigener Kraft Karriere gemacht und ist jetzt Aufgabenleiterin Marktforschung in der Frachtlogistik.“ Eindruck gemacht hat auch der junge Mann mit Down-Syndrom, der zum Betriebspraktikum in der Küche antrat. Zugetraut hatten ihm die Betreuer allenfalls eine einfache Tätigkeit im Hintergrund, aber mit Charme und Witz nahm der neue Kollege alle für sich ein und bewährte sich an der Essensausgabe im direkten Kontakt mit allen anderen.

### Im Verbund für mehr Integration

Doch für Bertrand und sein Team sind nicht nur Einzelfälle aus dem eigenen Unternehmen wichtig. Im Verbund mit anderen Firmen werben sie für einen möglichst selbstverständlichen Umgang mit behinderten Mitarbeitern. Mehr als ein Dutzend großer deut-

scher Unternehmen wie die Lufthansa, das ZDF, die Deutsche Bank oder die Bahn beteiligen sich an dem „Unternehmensforum für schwerbehinderte Mitarbeiter und Kunden“, das die Fraport vor zwei Jahren initiiert hat. „Konsequente Unternehmenspolitik für schwerbehinderte Arbeitnehmer und Kunden“, heißt es da, „ist nicht nur wirtschaftlich und unternehmenspolitisch sinnvoll, es berücksichtigt auch die soziale Dimension von Unternehmen.“ Dazu tauschen die beteiligten Firmen ihre Erfahrungen mit beispielhaften Aktivitäten zugunsten von Behinderten aus und erstellen gemeinsame Leitlinien, um den Zugang zu Arbeitsplätzen für Menschen auch mit schweren Behinderungen zu erleichtern.

Auch am europäischen Projekt EQUAL „Keine Behinderung trotz Behinderung“ beteiligt sich die Fraport. Mit seiner Hilfe soll der Übergang zwischen Schule und Beruf verbessert werden. „Gerade für junge Menschen mit Behinderungen verstärken sich die Barrieren, wenn sie nach Schulende lange arbeitslos bleiben“, sagt Bertrand. „Bei der beruflichen Qualifizierung und Eingliederung gibt es noch riesigen Nachholbedarf in Deutschland.“

Einzigartig in Deutschland ist die „Agenda für eine neue Unternehmenspolitik für behinderte Kunden und Mitarbeiter“ bei der Fraport, die mittlerweile sogar Bestandteil des Qualitätsmanagements im Unternehmen ist. Das heißt, dass sich erstmals auch Führungskräfte daran messen lassen müssen, was sie für behinderte Mitarbeiter und Kunden zu tun bereit sind.

Maritta Menkhoff, die sich selbst im Rollstuhl fortbewegt, kümmert sich bereits seit fünf Jahren darum, dass der Frankfurter Flughafen auch für behinderte Besucher und Fluggäste so barrierefrei wie möglich gestaltet wird. „Der Fraport ist es zu danken, dass am Rhein-Main-Flughafen für Besucher und Mitarbeiter mit Behinderungen langsam eine Normalisierung in Gang kommt, die beispielhaft ist“, lobt LWV-Zielgruppenmanager Pohl das Bemühen der Fraport. „Man versucht, nicht immer Sonderlösungen zu finden, sondern Menschen mit Behinderungen einfach selbstverständlich zu begegnen.“  
Doris Wiese-Gutheil

# „You say good bye and i say hello“ – Abschied und Begrüßung beim LWV



Gleich geht der Schoppen richtig los – Jörg Oehmichen, Hannelore Fiedler und Gabriele Koch (v. l.) warten in Darmstadt auf Kundschaft.

Foto: Rainer Löbig

Begeisterung für ein Bühnenprogramm, was zunächst gar nicht stattfinden sollte: Neujahrsgelächel in Kassel. Foto: Jörg Daniel



Der LWV sucht den Supersachbearbeiter: Ulrike Jorzik singt sich im Ständesaal an die Spitze. Dahinter die gestrenge Jury.

Foto: Jörg Daniel



Hut ab zum Getränk – stilvolles Gruppenbild aus der Regionalverwaltung Wiesbaden.

Foto: Michael Cuttala

Die einen begrüßen oder empfangen das neue Jahr, die anderen verabschieden das alte. Warum das so ist, wird später einmal eine nicht versiegende Quelle für Wissenschaftler sein, die sich zur Erforschung der Vor- und Frühgeschichte des Verbandes berufen fühlen. Bis dahin bleibt es dabei: In Kassel kommen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jährlich im Jänner zu einer kultischen Neujahrsgelächelung zusammen, bei der neben rituellen Beschwörungen des Wetters („gutes Betriebsklima“) meist Fernseh-

sendungen auf der Bühne des Ständesaales imitiert werden. Ähnlich, nur etwas handfester, in Wiesbaden: Da es keinen richtigen Chef gibt, ist die Stimmung ohnehin bombig. Bomben, Rauch und Pistolen gaben auch das Thema für den Neujahrsempfang 2004: Mit „Country und Western“ wollte man einen Beitrag zur Wiederbelebung deutsch-amerikanischer Partnerschaft leisten und hatte zahlreiche Künstler aus dem transatlantischen Kulturkreis als Double zu Gast. Wenn in Kassel und Wiesbaden Mitarbeiter-

innen und Mitarbeiter in Zweireiher, „kleines Schwarzes“ und eben poppig-peppiges Kostüm schlüpfen, hat man in Darmstadt schon lange fertig, denn man feiert vor – oder nach. Wobei der besinnlich-herbstliche „Abschluss-schoppen“ vormaliger Provenienz auch im sonst eher gemütlichen Darmstadt längst einer nervenaufreibenden Late-Night-Party Platz gemacht hat: Das Motto des letztjährigen Zusammentreffens, „Cirkus Exitus“, lässt ahnen, wie turbulent es dort zugeht. (jda)

# Großmut und Mildttätigkeit – Vor einem halben Jahrhundert wurde Landgraf



Philippstein von 1542 in der Hainaer Klosterkirche. Foto: LWV-Archiv

2004 ist „Philipp-Jahr“. Der Geburtstag des „Vaters des politischen Protestantismus“, Landgraf Phillip von Hessen, mit dem Beinamen „Der Großmütige“, jährt sich am 13. November 2004 zum 500. Mal. Auch für den LWV bedeutet das Leben und Wirken Philipps viel: Fast alle Klosterkonvente in Hessen löste er im Zuge der Reformation auf, aus den Klöstern Merxhausen, Haina und Gronau sowie aus der Pfarrei Hofheim machte Philipp durch Stiftungsakt Hospitäler für die Armen- und Krankenfürsorge. Drei von diesen Hospitälern bestehen als durch den LWV betriebene Zentren für Soziale Psychiatrie noch heute, eines trägt seinen Namen: Das Philippshospital im heutigen Riedstadt, früher Hofheim. Bereits im vergangenen September begann der Veranstaltungsreigen zum „Philipp-Jahr“ mit dem vom LWV mitgetragenen Kolloquium „Das europäische Hospital am Beginn der Neuzeit“, bei dem die Hospitalstiftungen Landgraf Philipps im Mittelpunkt standen (siehe auch LWV-Info Nr. 4/2003).

## Führer der Reformation

Landgraf Philipp, geboren am 13. November 1504, war zweifellos der

bedeutendste und europäischste unter den hessischen Fürsten überhaupt. Er führte bereits 1526 den evangelischen Glauben in Hessen ein und wurde bald zum politischen Führer der Reformation (Stichwort Schmalkaldischer Bund). Im Jahre 1527 eröffnete er die erste protestantische Universität in Marburg an der Lahn, Hohe Schule genannt. 1529 gelang es ihm, die wichtigsten theologischen Vertreter der Reformation auf dem Marburger Schloss zu einem Religionsgespräch zusammenzubringen, das allerdings in der Abendmahlsfrage erfolglos blieb. In den Jahren 1533 bis 1542 stiftete er die vier landgräflichen Hohen Hospitäler in Hessen als Armeneinrichtungen.

Mit der Stiftung der Hospitäler gelang Philipp eine Kaiser, Papst wie Öffentlichkeit gleichermaßen überzeugende Verwendung der Klostergüter, das Lob des mildtätigen Herrschers sollte die gesamte Frühe Neuzeit prägen. Andererseits bildete die Armenfürsorge auch eine zentrale Aufgabe der lutherisch gläubigen Obrigkeit, die sich „um Gottes Willen“ für Arme einsetzen sollte. Besonders für die bedürftigen Landbewohner stellte man nach Aufhebung der Klöster mit ihren Armenspenden und Krankensälen fest, dass nun jede institutionelle

Hilfe fehlte. Die Gründung von eigenen Spitälern für die Landbevölkerung war die praktische Antwort auf dieses Problem.

## Seelsorge dominierte

Das Aufnahmeverfahren für den Hospitaleintritt war von Anfang an reglementiert. Nur Untertanen protestantischen Glaubens und mit dauerhafter Hilfsbedürftigkeit infolge von Behinderung, Krankheit oder hohem Alter aus den Dörfern der Landgrafschaft konnten zunächst in den Hohen Hospitälern versorgt werden. Da es sich um Hospitalinsassen handelte, die nicht zur Therapie kamen, sondern Zeit ihres Lebens in den Hospitälern verblieben, spielte die medizinische Versorgung im engeren Sinne eine nachgeordnete Rolle. Jedoch fehlte die Krankenhausfunktion nicht völlig, schon der erste Pater des Hospitals Haina wurde als guter Medicus gerühmt. Ausgaben für Arzneien, Löhne für wandernde Spezialärzte sowie Bader, Baderinnen und Wundärzte sind in den Hospitalsrechnungen belegt. Trotzdem blieb noch bis zum 19. Jahrhundert die Seelsorge vorrangig, die besonders den Bettlägerigen und Gefangenen, aber auch den „Schwachen im Haupte“ und vor allem den schwermütigen Insassen zugute kam. Nicht zu unterschätzen waren schließlich gute Ernährung, warme Kleidung, das eigene Bett sowie das gemeinschaftliche Wohnen, Beten, Singen und Arbeiten.

Die Versorgung von psychisch kranken und behinderten Menschen

# Philipp von Hessen geboren

spielte von Anfang an eine bedeutende Rolle (Geistesranke und Geisteschwache machten etwa ein Viertel der Insassen aus). So entwickelten sich die als Armenhäuser konzipierten Hohen Hospitäler im Laufe der Frühen Neuzeit gleichermaßen sowohl zu Versorgungseinrichtungen für hilfsbedürftige Dorfbewohner wie später auch für geistesranke Städter, ranke Staatsdiener, invalide Soldaten, elternlose Kinder und Pensionäre.

Von den städtischen Bürgerspitälern übernahmen die Hohen Hospitäler nicht nur ihre sozialpolitische Ausrichtung, sondern auch die geringe Medikalisierung. Der Verzicht auf systematische Heilungsversuche und Festanstellung eines Arztes waren für die meisten Bürgerspitäler ebenso wie für die Hohen Hospitäler symptomatisch. Neu war für den deutschsprachigen Bereich die Größe der Hohen Hospitäler (sie boten nämlich bis zu 500 Plätzen). Für die schon am Ende des 15. Jahrhunderts sehr gut ausgebaute Verwaltung in Hessen war es offensichtlich kein Problem, auch Einrichtungen dieser Größenordnung zu leiten. Der Landgraf konnte insbesondere das in Hessen vorhandene enge Netz von Ämtern zur Überprüfung der Antragsteller und Antragstellerinnen einsetzen. Neben der Größe ist auch die Komplexität der Hohen Hospitäler zu betonen, denn die Stiftung brachte unterschiedliche Typen von Spitälern in einen administrativen und lokalen Zusammenhang, die bis dahin im städtischen Bereich getrennt waren.

## Anfänge der Psychiatrie

Zieht man den Vergleich, dann war die Zahl Geistesranke in den hessischen Hohen Hospitälern nun allerdings absolut und relativ nicht nur sehr hoch, ihre Versorgung nahm vielmehr auch einen eigenen herausragenden Stellenwert ein. Diese frühen Anfänge der „Psychiatrie“ in Hessen bedürfen der Erklärung. Das Vor-

kommen von Geisteskrankheiten in der Familie des Landgrafen ist wahrscheinlich für den Landesherrn ein Beweggrund gewesen, sich dieser Hilfsbedürftigen besonders anzunehmen. Für den deutschsprachigen Raum nahmen die Hohen Hospitäler nun zweifellos eine Vorreiterrolle in der psychiatrischen Versorgung ein.

An der Wende zur Moderne gerieten die Hohen Hospitäler erneut in den Blickpunkt des Interesses: Es waren nun gerade diese in Zeiten des religiösen Umbruchs am Beginn der Neuzeit entstandenen sozialen Einrichtungen, die im Rahmen einer durch Aufklärung und Romantik des 19. Jahrhunderts bestimmten Psychiatrie wegen der „natürlichen Harmonie“ und ihrer ländlichen Lage eine ganz neue therapeutische Bedeutung erlangten. Diese ländliche Lage war es auch, die Haina, Merxhausen und Hofheim, das dann ab 1904 zu Ehren Philipp des Großmütigen Philippshospital hieß, alle Umbrüche der Zeit überstehen ließen. Denn hier war eine Beschäftigung der Patienten in der Landwirtschaft, in Mühlen und Backstuben, in Gärtnereien und zahlreichen Werkstätten als Arbeits- und Beschäftigungstherapie problemlos möglich. Erst nach 1945 können wir dann von einer Medikalisierung der ehemaligen Landeshospitäler tatsächlich sprechen. Konsequenterweise hat der Landeswohlfahrtsverband im Jahre 1957 daher die Anstalten in Psychiatrische Krankenhäuser umbenannt. Seit einigen Jahren sind Haina, Merxhausen und das Philippshospital nun wie andere Einrichtungen des LWV Zentren für Soziale Psychiatrie. Der ursprüngliche Auftrag des Landgrafen, armen, ranke und hilfsbedürftigen Menschen zu helfen, wirkt nach wie vor, wenn auch in modernem Gewand. Christina Vanja/(jda)



**INFO** Weitere Informationen im Internet unter [www.philipp-von-hessen.de](http://www.philipp-von-hessen.de).



## Wichtige Veranstaltungen im Philipp-Jahr

- Wanderausstellung „Hessens prägende Zeit. Landgraf Philipp der Großmütige 1504 – 1587“; Eröffnung am 21. März 2004 in Biedenkopf. Die Ausstellung ist danach an weiteren Orten in Hessen zu sehen.
- Interdisziplinäres Symposium: „Landgraf Philipp von Hessen und seine Residenz Kassel“, Universität Kassel, 17. – 18. Juni 2004
- Landesausstellung „Landgraf Philipp der Großmütige – Hessen im Zentrum der Reform“, Marburger Schloss, 4. September – 28. November 2004
- Festveranstaltung im ZSP Kurhessen, Bad Emstal, 10. – 12. September 2004
- Tag der hessischen Landesgeschichte, Kassel, 17. – 19. September 2004
- Geburtstagssymposium der Historischen Kommission für Hessen, Marburg, auch mit einem Beitrag zur Sozialpolitik Landgraf Philipps, Universität Marburg, 10. – 13. November 2004  
epd/(jda)

## Dichtes Panorama der sozialpolitischen Wirklichkeit

Seit Charcot, Breuer und Freud den Begriff Hysterie definierten, haben sich nicht nur die Kategoriensysteme der Psychiatrie gewandelt, sondern auch die institutionellen Formen ihrer administrativen bis therapeutischen Eingriffe und Hilfeformen. Was einst als Paradebeispiel eines psychischen Phänomens, denen gynäkologische, neurologische oder organische Störungen zu Grunde liegen sollten, auch mit dem damals neuen Medium der Photographie dargestellt wurde, ist heute als eine wenig abgrenzbare Neuroseform anerkannt, der eine bestimmte Konfliktverarbeitung zu Grunde liegt, die sich nur aus einer spezifischen Gesellschafts- und Kulturabhängigkeit verstehen lässt.

Dazu hat die Autorin Karen Nolte einen besonderen, neuen Beitrag geleistet. Sie hat mit Exzerpten aus insgesamt 236 erhaltenen handschriftlichen Krankenakten der vormaligen Landesheilanstalt Marburg das subjektive Erleben der Patientinnen darzustellen versucht.

Das zu Grunde liegende Verwaltungshandeln erscheint aus heutiger Sicht deutlich obrigkeitstaatlich geprägt, entspricht aber in seinen Konsequenzen und Strukturen relativ exakt den damaligen Vorstellungen und den daraus abgeleiteten Zielen für therapeutisches Handeln, zumal aus dieser Sicht auch die Selbstbeschreibungen der Patientinnen gezielt berücksichtigt wurden.

Nun handelte es sich bei der Landesheilanstalt keineswegs um eine aus heutiger Sicht durchschnittliche Verwahranstalt der beginnenden Sozialpolitik für psychisch Kranke, sondern um „die erste wohl gelungene öffentliche deutsche Pavillon-Irrenanstalt“, die im Gegensatz zu Häusern mit Korridorsystem die ursprünglich aus Schottland stammende neue Richtung des „no restraint“ (ohne Zwangsmittel) verwirklichen wollte. Geisteskranke sollten in eine „wohl organisierte Anstalt“ kommen, die ihnen die erforderlichen leiblichen und geistigen Mittel zu ihrer Gesundheit zu gewähren hatte. Medikamente,

Bäder und anderes hatten in ihrer Heilpotenz in zweiter Reihe zu stehen, während ein guter Anstaltsorganismus die Kranken „in sanitärisch richtiger Weise zu beherbergen, sie entsprechend zu ernähren, zu kleiden, zu beschäftigen und zu unterhalten“ hatte und so vorrangig für das Heilgeschehen verantwortlich sein sollte.

### Hysterie-Begriff

Dabei war für die arbeitsfähigen Kranken ein etwa sechsständiger Arbeitstag Teil dieser angeblich gesundheitsfördernden Organisation. Ohne den weiteren Rahmen des Anstaltsalltags referieren zu können, lässt sich vorstellen, dass aus heutiger Sicht elementare Prinzipien und Ziele psychiatrischer und medizinischer Versorgung fehlten. Andererseits enthalten die erhaltenen Krankenakten sowohl Realitätsschilderungen als auch unmittelbare oder mittelbare Darstellungen der Patienten und des Pflegepersonals, so dass der Leser einen sehr kompakten Eindruck des einstigen Anstaltsalltags in den Jahren von 1876 bis 1918 gewinnen kann. Die Autorin berücksichtigt neben den Krankenakten und deren Entstehen ausführlich die Rahmenbedingungen für die Einrichtung, die Verwissenschaftlichung der Psychiatrie durch die gleichzeitige Professur des Anstaltsleiters an der Universität Marburg und nicht zuletzt die Einflüsse der jeweiligen Zeitgeschichte, insbesondere des Ersten Weltkrieges. Auch erste Stimmen zur „Antipsychiatrie um 1900“ und die speziellen Hysteriekonzepte der Landesheilanstalt werden erörtert. Die Wiedergabe der Krankenakten-Inhalte ist auch in ihrer besonderen Form als „männliche Hysterie“ dargestellt und wird später auf Neurasthenie und Geschlecht erweitert. Schon diese ersten Kapitel werden weitgehend mit Zitaten aus den Krankenakten belegt. Es folgen Darstellungen von beispielhaften Krankengeschichten.

Für heutige Leser dürften nicht so sehr die unterschiedlichen Formen

des Hysteriebegriffs interessieren als vielmehr die Vielzahl der damaligen, heute kaum vorstellbaren institutionellen Abhängigkeiten, unter denen stationäre psychiatrische Einrichtungen ihre Aufgaben zu lösen suchten. Der Autorin gebührt das Verdienst, nicht nur altes, schwierig zu erschließendes Krankenakten-Material unter dem Aspekt der „gelebten Hysterie“ darzustellen, sondern auch die oft übersehenen theoretischen Implikationen ihrer Entstehung und die administrativen Rahmenbedingungen in allen Verästelungen der institutionellen Psychiatrie vor über hundert Jahren differenziert dargestellt zu haben. Selten genug wird ein derartig dichtes Panorama der sozialpolitischen Wirklichkeiten vorgestellt.

### Zusammenhang Diagnose und Therapie

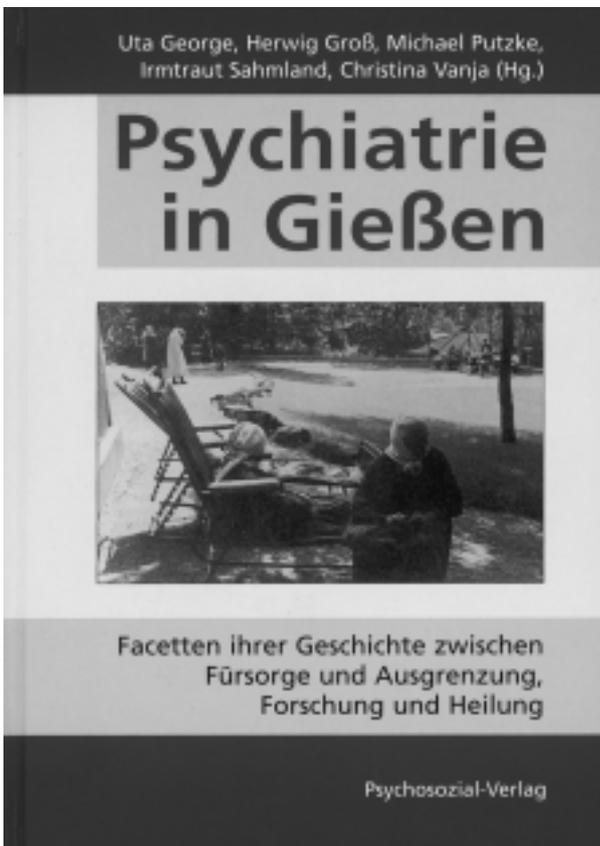
Insofern ist die Lektüre nicht nur anregend und teilweise aufregend. Ferner lässt sich vorstellen, dass in hundert Jahren auch Inhalte heutiger digitaler Patientenakten daraufhin analysiert werden können, ob sie denn besser die wirklich für Diagnose und Therapie relevante Zusammenhänge aufzeigen und erkennen lassen, es sei denn, Systemwechsel der Digitalisierung lassen das nicht mehr zu.

Für alle Mitarbeiter/innen in den heutigen Zentren für Soziale Psychiatrie dokumentiert sich ferner eindrucksvoll, wie offensichtlich der Anstaltsalltag durch administrative Vorgaben geprägt war und in gänzlich anderer Weise auch bis heute geprägt bleibt. Dadurch bietet das Buch zahlreiche Ansätze zu vergleichbaren Studien aus heutiger Sicht im Rahmen der Fort- und Weiterbildung.

Dr. Peter Barkey

Karen Nolte: Gelebte Hysterie. Erfahrung, Eigensinn und psychiatrische Diskurse im Anstaltsalltag um 1900 Frankfurt/New York 2003 (Campus Verlag), 351 Seiten, 39,90 €

## Umfangreicher Sammelband zur Gießener Psychiatrie



Kurz nach Eröffnung der Dauerausstellung „Vom Wert des Menschen. Die Geschichte der Heil- und Pflegeanstalt Gießen von 1911 bis 1945“ im März 1998 war bereits die Idee entstanden, nicht nur einen Ausstellungskatalog, sondern ein ausführliches Buch zur geschichtlichen Entwicklung der „Psychiatrie in Gießen“, so auch der Titel, herauszubringen. Im Dezember des vergangenen Jahres wurde das mehr als 600 Seiten umfassende Werk in den Ausstellungsräumen in der Licher Straße 106 offiziell vorgestellt.

Mehr als 20 Autoren aus dem Bereich der Medizingeschichte und der Psychiatrie waren am Entstehen dieses in der historischen Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen erschienenen Bandes beteiligt. Wie die Herausgeber erklärten, sollte damit ein 200 Jahre umfassender Bogen von den Anfängen der Psychiatrie in Gießen, deren Veränderungen durch historische Ereignisse bis hin zum heutigen Stand

gespannt werden. Und so werden auch dunkle Kapitel der Gießener Psychiatrie, etwa zur Zeit des Dritten Reiches, nicht verschwiegen.

„Erstmals wird in diesem Buch die Geschichte der Gießener Psychiatrie und deren einzelner Kliniken und Institute komplett behandelt“, sagte Privatdozentin Dr. Irmtraut Sahmland. Gemeinsam mit drei anderen Herausgebern gab die an der Justus-Liebig-Universität lehrende Historikerin einen kurzen Überblick bedeutender geschichtlicher Daten. Dabei erläuterte sie, dass die Einrichtung der ersten Gießener Psychiatrischen Klinik im Jahre 1896 ein

Novum in Hessen dargestellt habe. „Zuvor gab es keine geregelten Anstalten, denn psychisch Kranke wurden nicht als therapiebedürftig verstanden.“ Noch heute seien die meisten Gebäude der damals harmonisch in die Landschaft eingefügten pavillonartigen Bauten in ihrer alten Form erhalten.

### **Krieg und NS-Zeit**

Während des Ersten Weltkrieges und danach seien in der Licher Straße vor allem Soldaten wegen traumatischer Neurosen behandelt worden, erklärte Dr. Michael Putzke, stellvertretender Chefarzt der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Bürgerhospital Friedberg. „Man ist dabei mit sehr drakonischen Mitteln vorgegangen, die man heute in die Nähe von Folter rücken würde.“ Verbesserungen bei Verständnis und Therapie sowie erste Ansätze offener Formen und von Familientherapie seien von den Nazis

dann aber grob abgeschnitten worden. „Auf Anweisung des neu eingerichteten Instituts für Erb- und Rassenpflege wurden 222 Patienten nach Hadamar gebracht und dort schließlich getötet. 121 jüdische Patienten ereilte das gleiche Schicksal in Brandenburg“, nannte Uta George schreckliche Fakten. Laut der Pädagogin und Mitarbeiterin der dortigen Gedenkstätte habe man sich damals in Gießen zwar intensiv an Zwangsabtreibungen beteiligt, jedoch nicht am Euthanasieprogramm der Nazis. „Bis zum Kriegsende war die Kooperation der Anstaltsleitung sehr zurückhaltend“, konnte sie nach Einsicht in Dokumente bestätigen. Über die schnellen Fortschritte in der psychiatrischen Behandlung in der Nachkriegszeit bis hin zu Reformen in den 70-er Jahren berichtete zum Abschluss Herwig Groß, Leiter der Psychiatrischen Tagesklinik am Zentrum für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn. Gießener Experten hätten, so Groß, bei der Entwicklung neuer Therapiemodelle häufig eine entscheidende Rolle gespielt. Aber auch das heimliche Eindringen eines „Stern“-Mitarbeiters im Jahr 1972, der sich vier Wochen lang als Hilfspfleger tarnete, habe seinen Platz im Buch gefunden.

Begleitend zur Ausstellung und zum Erscheinen des Buches gab es im Januar und Februar eine sechsteilige Vorlesungsreihe mit Vorträgen einzelner Autoren. Veranstalter waren der LWV Hessen, das Institut für Geschichte der Medizin der JLU, das Gießener Stadtarchiv sowie der Oberhessische Geschichtsverein. Frank Docter (mit freundlicher Genehmigung des Gießener Anzeigers)

George, Uta; Groß, Herwig; Putzke, Michael; Sahmland, Irmtraut; Vanja, Christina (Hg.): Psychiatrie in Gießen. Facetten ihrer Geschichte zwischen Fürsorge und Ausgrenzung, Forschung und Heilung. Psychosozial-Verlag, 606 Seiten, 29,20 €

## Mobbing – Nein, danke!



*Dialog statt Mobbing. Unser Archivfoto zeigt eine Besprechung im Rechnungsprüfungsamt des LWV in den neunziger Jahren.*

Foto: Rolf Gerner

Vor wenigen Jahren hielt ein neues Wort für ein altbekanntes unkollegiales Verhalten Einzug in die Arbeitswelt: Mobbing. Mobbing kann Vieles sein und wird für noch mehr gehalten. Tatsache aber ist: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Betrieben und Verwaltungen sind häufig Anfeindungen, Schikanen und Diskriminierungen aus dem Kreis ihrer Kollegen ausgesetzt. In den schlimmsten Fällen artet Mobbing in einen Psychoterror am Arbeitsplatz aus. Gesundheitswesen und Arbeitsgerichte setzen sich immer häufiger mit den Folgen von Mobbing auseinander. Mobbing verursacht nicht nur Leid, sondern richtet auch betriebs- und volkswirtschaftliche Schäden an. Experten sprechen von 1,5 Mio. Mobbingopfern in Deutschland. Präventive Ansätze sollen es ermöglichen, immer wieder auftretende innerbetriebliche Konflikte, die einseitig zu Lasten der Opfer gehen, friedlicher und konstruktiver zu bearbeiten. Auch beim LWV wurde dazu jüngst eine Dienstvereinbarung unterzeichnet. Ihr Titel ist Programm: „Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz“ soll Mobbing, Diskriminierung und sexueller Belästigung ein Ende

bereiten. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden darin zu einem vertrauensvollen und partnerschaftlichen Miteinander verpflichtet, sollen zum Erhalt des Arbeitsfriedens beitragen und eine gesunde Streitkultur entwickeln. Doch die Betriebsvereinbarung enthält nicht nur Appelle, auch ein neues Mediationsverfahren wird eingeführt. Die LWV-Dienststellen richten danach in Kürze Anlaufstellen ein, an deren Mitglieder man/frau sich bei Vorfällen oder einem Verdacht wenden kann. Die Anlaufstellen sollen dann im ersten Schritt unterstützen, beraten und auf eine einvernehmliche Lösung zwischen den Beteiligten hinwirken. Werden Mobbing, Diskriminierung oder sexuelle Belästigung trotz dieser Intervention fortgesetzt oder neu aufgenommen, werden weitere Schritte eingeleitet, die am Ende auch ernsthafte arbeitsrechtliche Konsequenzen für den „Mobbenden“ nach sich ziehen können. Bis es dazu kommt, hatte der Verursacher allerdings mehrfach Gelegenheit, sein Verhalten zu ändern und auf den Weg einer zivilisierten betrieblichen Umgangsform zurückzusteuern. (jda)

## „Der Ludwig“ informiert in Heppenheim

Eine Referenz an den Gründer der „Großherzoglichen Landesirrenanstalt Heppenheim“, den mehr als 30 Jahre (1865 – 1897) amtierenden Anstaltsdirektor Dr. Georg Ludwig, ist die Hauszeitung des Zentrums für Soziale Psychiatrie Bergstraße in Heppenheim, denn sie trägt den Namen „Der Ludwig“.

„Der Ludwig“ wird von einem sechsköpfigen Redaktionsteam des ZSP herausgegeben, dem auch Betriebsleiterin Anke Berger-Schmitt und Ursula Detig, Frauenbeauftragte und Öffentlichkeitsarbeiterin des ZSP, angehören. Die Redaktionsmitglieder kommen aus verschiedenen Berufsgruppen, diese Zusammensetzung gewährleistet die Themenvielfalt der Hauszeitung. So sind Fachbeiträge ebenso vertreten wie aktuelle Informationen aus dem und über das ZSP. Ab und zu gehen die Beiträge auch über das Dienstliche hinaus, beispielsweise laden kulinarische Empfehlungen für das Festtagsessen zum häuslichen Nachkochen ein. Bisher erschien das auch optisch bunte Blättchen viermal im Jahr und wurde an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen einen Kostenbeitrag von 50 Cent abgegeben. Für 2004 sind einige Änderungen geplant: Auf einen Kostenbeitrag soll nun verzichtet werden, der Ludwig erscheint aber nur noch mit drei regulären Ausgaben und Extrablättern nach Bedarf. Dafür möchte die Redaktion das Blatt breiter als bisher verteilen: Auch Patienten, Besucher und andere Interessierte möchte man mit dem Ludwig künftig ansprechen.

Ursula Detig/(jda)



Kontakt: Ursula Detig, Frauenbeauftragte des ZSP Bergstraße, Tel.: 0 62 52 / 16 – 2 89,  
E-Mail: [Frauenbeauftragte@zsp-bergstrasse.de](mailto:Frauenbeauftragte@zsp-bergstrasse.de)

## Zivis – (Hoffentlich k)ein Auslaufmodell



Zivis Dimitri (l.) und Andreas in Köppern: „Wir warten auf Verstärkung!“. Foto: Dieter Becker

Nicht immer genossen Zivildienstleistende die Wertschätzung, die ihnen heute angesichts schrumpfender Dienstzeiten und verwaister Plätze in vielen sozialen Einrichtungen zuteil wird. Erst jetzt spürt die Gesellschaft so richtig, wie unentbehrlich die „Zivis“ an den Stellen geworden sind, wo sie für etwas mehr Menschlichkeit neben den oftmals unter stetem Druck arbeitenden „Profis“ sorgen. Ein hilfreicher Handgriff, ein gutes Gespräch, ein gemeinsamer Gang über den Flur oder auch mal ein Ausflug nach draußen. Zivildienstleistende sind wichtig für Menschen, die auf Betreuung angewiesen sind. Schon jetzt entstehen Überlegungen, wie es einmal weiter geht, wenn die Zivildienstzeit von 10 auf 9 Monate absinkt oder Wehr- und Zivildienst einmal sogar ganz abgeschafft sein sollten. Auch in den Zentren für Soziale Psychiatrie wirken Zivis bei pflegenden, betreuenden und organisatorischen Aufgaben mit. LWV-Info hat sich zu diesem Thema einmal umgehört.

Von den 41 anerkannten Plätzen für Zivildienstleistende im ZSP Rehbergpark Herborn gGmbH seien momentan 30 besetzt, teilt uns dort Steffen Bickel mit. Das ZSP stelle einen starken Nachfragerückgang nach Zivil-

dienststellen fest, was nach Bickels Einschätzung daran liege, dass nur noch solche jungen Männer Wehr- oder Zivildienst leisten müssten, die mit „eins“ oder „zwei“ gemustert seien. Die meisten Zivis seien im Pflegebereich tätig, manche auch in der Werkstatt und bei der Dienstleistung „Essen auf Rädern“. Auch in der Gärtnerei verrichte ein Zivi seinen Dienst. Das ZSP Bergstraße halte an den Standorten Heppenheim, Erbach und Bensheim insgesamt 26 Plätze bereit. Davon seien momentan 23 Plätze besetzt, erfahren wir vom Zivildienstbeauftragten Thomas Sütterle. In Heppenheim habe man, auch um den schwindenden Zivildienstkapazitäten entgegen zu wirken, bereits Plätze für ein freiwilliges soziales Jahr eingerichtet. Neben dem Pflegebereich seien die Zivis auch bei logistischen Aufgaben und in der Küche eingesetzt. Wie in Herborn arbeite ein Zivildienstleistender im Grünbereich.

Skepsis, ob der Rückgang bei den Zivildienststellen durch andere freiwillige Dienste aufgefangen werden könne, äußert Winfried Steinmacher, Leiter der Personalabteilung im ZSP Rheinblick, Eltville. Solche Möglichkeiten könne man sich in Eltville vorstellen, jedoch habe er die Erfahrung gemacht, dass viele Jugendliche wenig Interesse an Freiwilligendiensten hätten. Schon jetzt seien immer weniger Jugendliche bereit, Ehrenämter zu übernehmen. Auch im ZSP Rheinblick klappt eine Lücke zwischen anerkannten und besetzten Zivildienststellen: Über 20 Plätze, überwiegend im Pflegebereich, verfü-

man, gegenwärtig seien aber nur 12 Plätze besetzt, Mitte des Jahres würden 11 Zivis ausscheiden, eine Wiederbesetzung sei noch unsicher. Daneben biete die Klinik auf dem Eichberg auch noch Plätze für das freiwillige soziale Jahr an: Fünf junge Menschen könnten im Pflegebereich erste berufliche Erfahrungen sammeln, ergänzt Steinmacher.

Auf Bedenken, den Zivildienst durch Freiwilligendienste zu ersetzen, stoßen wir auch im ZSP Hochtaunus in Köppern: „Wir begrüßen zwar grundsätzlich den Gedanken, stärker auf freiwilliges Engagement zu setzen, sehen darin aber gegenwärtig keine Alternative zum Zivildienst“, sagt uns der kaufmännische Direktor Edwin Kaiser, dessen Einrichtung zehn Plätze für Zivildienstleistende anbiete, von denen gegenwärtig sechs besetzt seien. Er führt an, dass der Druck auf junge Menschen, möglichst frühzeitig in das Berufsleben zu starten, zunehme und es daher schwer fallen dürfte, sie von einem zusätzlichen Freiwilligendienst zu überzeugen. Für aussichtsreicher hält Kaiser daher Freiwilligendienste, die mit immateriellen, monetären und geldwerten Anreizen einher gingen. Immerhin würden sich viele Zivildienstleistende aufgrund der positiven Erfahrungen, die sie während ihrer Dienstzeit sammeln, für einen beruflichen Werdegang im Sozialwesen entscheiden.

Tanja Partosch/(jda)

Mike Cunningham, ZDLer im ZSP Bergstraße, beim Blutdruckmessen. Foto: Ursula Detig





Szene aus den Proben: Zacharias Kohlhiesel mit Tochter. Foto: Klosterspiele Merxhausen e. V.

## „Kohlhiesels Töchter“ Neue Spielsaison der Klosterspiele Merxhausen

In ihrem 20. Theaterspieljahr präsentieren die Klosterspiele Merxhausen auf ihrer Freilichtbühne die heitere Komödie „Kohlhiesels Töchter“, angelehnt an den bekannten Film mit Lieselotte Pulver.

Folgende Aufführungstermine sind geplant:

### Premiere:

Sa.,	26. Juni 2004,	20 Uhr
Sa.,	3. Juli 2004,	20 Uhr
So.,	4. Juli 2004,	16 Uhr
Sa.,	10. Juli 2004,	20 Uhr
So.,	11. Juli 2004,	16 Uhr
Sa.,	17. Juli 2004,	20 Uhr
So.,	18. Juli 2004,	20 Uhr

Sa.,	14. August 2004,	20 Uhr
So.,	15. August 2004,	20 Uhr
Sa.,	21. August 2004,	20 Uhr
So.,	22. August 2004,	20 Uhr
Sa.,	28. August 2004,	20 Uhr
So.,	29. August 2004,	16 Uhr

Sa.,	4. September 2004,	20 Uhr
So.,	5. September 2004,	16 Uhr

### Eintritt

Kinder bis 14 Jahre:	4 €
Erwachsene:	8 €
(Vorverkauf 7 €)	
(Preise für Gruppen auf Anfrage)	

Die Karten sind im Vorverkauf erhältlich bei:

Foto-Schwarz  
Kasseler Straße 29  
34308 Bad Emstal  
Tel.: 0 56 24 / 52 76  
oder  
Buchhandlung Mander  
Schützeberger Straße 29  
34466 Wolfhagen  
Tel.: 0 56 92 / 57 03



Weitere Informationen über den Verein und die aktuelle Spielzeit finden Sie unter [www.klosterspiele-merxhausen.de](http://www.klosterspiele-merxhausen.de). (mbr)

## Elektronischer Medieneinsatz und das Ideenmanagement beim LWV

In einem Projekt haben sich Studenten der Fachhochschule Darmstadt mit dem elektronischen Medieneinsatz beim LWV-Integrationsamt beschäftigt. Ziel des Projektes unter der Betreuung von Prof. Dr.-Ing. Bernhard Ohl war es, Vorschläge zur Reorganisation des elektronischen Medieneinsatzes zu erarbeiten sowie die nicht verbesserungsfähigen Komponenten darzustellen. Dabei ging es vor allem um den innerbetrieblichen Datenaustausch, da Arbeitsabläufe heute weitgehend EDV-gestützt verlaufen.

Eingeleitet wurde die abschließende Projektarbeit mit einem weitschweifigen lehrbuchartigen „theoretischen“

Teil, der einen Bezug zum Untersuchungsobjekt LWV weitgehend vermissen lässt. Die Ist-Analyse, gestützt durch die empirischen Methoden Interview, Stellenbeschreibung und Auswertung von „Berichten“, ergab zunächst „nicht verbesserungsbedürftige“ Kommunikationsinstrumente. Dazu zählen die Projektbearbeiter etablierte Standardtools, wie zum Beispiel das Programm MS-Outlook oder das Videokonferenzsystem. Die Erkenntnis, dass das installierte Videokonferenzsystem eine „hervorragende Möglichkeit zum Informationsaustausch zwischen den Regionalverwaltungen“ bietet, ist zwar richtig. Interessant wäre es hingegen gewe-

sen zu erfahren, ob das System auch optimal eingesetzt wird oder ob dem noch immer Hemmnisse auf Seiten der möglichen Nutzer entgegen stehen. Länger ist die Liste der „verbesserungsbedürftigen Komponenten“, die Detailfreude beweist, wenn es beispielsweise um zu lange Laufmappenwege (Lösung: Fachzeitschriften ins Intranet stellen) oder den Einsatz konventioneller Diktiergeräte (Lösung: Einsatz von digitalen Wave-Recordern) geht. Sicher findet sich hier manch erwägenswerter Vorschlag.

Erquicklich: Der Exkurs zum „Ideenmanagement“. Die Projektbearbeiter monieren hier mit Recht das

schwach entwickelte Vorschlagswesen oder neudeutsch: Ideenmanagement im öffentlichen Dienst. Während in der Kautschukindustrie jährlich 294 Verbesserungsvorschläge pro 100 Mitarbeiter eingehen, trifft im öffentlichen Bereich jährlich gerade mal ein Vorschlag pro 100 Mitarbeiter ein. Die Gründe dafür: Schlechtes Ideenmanagement, langer Instanzenweg, weder Honorierung noch Umsetzung der Vorschläge. Leider haben sich die Projektbearbeiter nicht die Mühe gemacht, einmal zu überprüfen, wie's

beim LWV aussieht. Sie hätten erfahren können, dass sie Recht haben. Ansonsten schon seit Jahren auf dem Weg steter Qualitätsverbesserungen, will das Vorschlagswesen nicht recht in Schwung kommen, hebt sich der soziale Dienstleister LWV hier nicht über die bescheidenen Quoten des öffentlichen Dienstes hinweg.

Daher an dieser Stelle ein Verbesserungsvorschlag des Autors zum scheinbar beliebten Thema „Lauf-

mappen“: Warum müssen Laufmappen immer wieder leer an den Absender retour geschickt werden? Kein Spediteur der Welt könnte so seinen Fuhrpark finanzieren. Nach vergeblichen Dienstgängen entsteht so immer wieder Frust angesichts eines Berges von „Eingangspost“, der (fast) nur aus leeren Laufmappen besteht. Überzeugt? Gern gebe ich dem Servicebereich Organisation meine Bankverbindung bekannt. (jda)

## Rund 569.000 € für neue Werkstattplätze in Eschwege



Gute Stimmung bei der Übergabe des Bewilligungsbescheides: Werkstattleiter Matthäus Mihm (r.), Erster Beigeordneter Uwe Brückmann (3. v. r.), Landrat Dieter Brosey (5. v. r.) und Aufwind-Mitarbeiter.

Foto: Elisabeth Bennighof

Das LWV- Integrationsamt beteiligt sich mit 569.300 € (zum Teil als Darlehen) am Aufbau einer Werkstatt für seelisch behinderte Menschen mit 60 Plätzen in Eschwege-Niederrhone. Die Mittel erhielt der Träger der Werkstatt, der Verein für seelische Gesundheit e. V. „Aufwind“. Der Erste Beigeordnete des LWV, Uwe Brückmann, überreichte im Dezember – in Anwesenheit des Landrates des Werra-Meißner-Kreises, Dieter Brosey – den entsprechenden Bewilligungsbescheid an Matthäus Mihm, Leiter

der Werkstatt und Geschäftsführer der Vorstand. „Mit dem neuen Werkstattangebot wird dem sehr hohen Bedarf in der Region Rechnung getragen und ein wertvoller Beitrag zur Integration seelisch behinderter Menschen im Werra-Meißner-Kreis geleistet“, so Erster Beigeordneter Uwe Brückmann bei der Übergabe des Bescheides.

Der Verein „Aufwind“ e. V. unterhält bereits seit 1996 eine Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) mit 60

Plätzen, die seit 1998 am jetzigen Standort „Am Baumesrain“ untergebracht ist. Die neue Werkstatt in der Thüringer Straße entsteht in einem ehemaligen Büro-, Montage- und Lagergebäude. Nach einigen notwendigen Umbaumaßnahmen werden vier größere Werkstatträume mit jeweils 12 – 15 Arbeitsplätzen sowie verschiedene Funktionsräume zur Verfügung stehen. 24 Arbeitsplätze sind derzeit vom LWV anerkannt. In den Produktionsräumen sollen Verpackungs- und Montagearbeiten ohne besondere technische materielle Ausstattung ausgeführt werden. Außerdem werden in einem der Werkstatträume Bildschirmgeräte und Monitore entsprechend der Elektronikschrottverordnung im Auftrag des Werra-Meißner-Kreises demontiert. Die Altgeräte werden entsprechend den Auflagen für zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe zwischengelagert.

Der Verein „Aufwind“ für seelische Gesundheit e. V. ist auch in anderen Bereichen bei der Integration seelisch behinderter Menschen tätig. So ist er Träger von zwei Wohnheimen mit 20 Plätzen, von zwei Tagesstätten mit 39 Plätzen sowie 41 Plätzen im Betreuten Wohnen und zwei Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstellen in Eschwege und Witzenhausen. (rvk)

## Innovatives Lebensräume-Konzept für Kreis Groß-Gerau



Stellten gemeinsam das Handlungskonzept für den Kreis Groß-Gerau vor (v. l.): Liesel Thurn, Lebenshilfe Groß-Gerau und LWV-Beigeordnete; Prof. Dr. Elisabeth Wacker, Universität Dortmund; Ulrike Cramer, Stabstelle Sozialplanung Kreis Groß-Gerau; Thomas Will, Erster Kreisbeigeordneter Kreis Groß-Gerau; Winfried Kron, Hessisches Sozialministerium, und Christa Schelbert, Zielgruppenmanagement für Menschen mit geistigen Behinderungen der LWV-Hauptverwaltung.

Foto: Kreis Groß-Gerau

Der demografische Wandel in der Behindertenhilfe – ein wichtiges Thema, das seit Jahren in der Fachwelt beraten und beplant wird. Was passiert, wenn Menschen mit geistigen Behinderungen aus dem Erwerbsleben ausscheiden? Wie können passende Hilfeangebote für geistig behinderte Senioren aussehen, die deren Lebensqualität im Alter erhalten? Zu diesem Themenkreis legten LWV und das Hessische Sozialministerium vor drei Jahren ihre gemeinsamen Leitlinien und Empfehlungen für Lebensräume älterer Menschen mit Behinderungen vor. Auch die Verbandsversammlung des LWV erklärte das Thema zu einem wichtigen Entwicklungsbereich der Behindertenhilfe und hält es für notwendig, hessenweit ein Netz von Angeboten für behinderte Menschen in dieser Lebensphase vorzusehen. Im Kreis Groß-Gerau wurde nun ein Umsetzungsvorschlag auf örtlicher Ebene erarbeitet, der auf den Leitlinien basiert.

### Zielgruppe wächst

Um ein zuvor erarbeitetes Handlungskonzept zu verabschieden, kamen im November des vergangenen Jahres Kostenträger und Anbieter in einer regionalen Planungskonferenz zusammen. Zunächst, um den entstehenden quantitativen Bedarf, auch im Hinblick auf die regionale Verteilung im Kreisgebiet, einzuschätzen. Ein dort vorgelegtes Papier belegt, dass die Gruppe der älteren Menschen mit einer geistigen Behinderung auch im Kreis Groß-Gerau in den kommenden Jahren deutlich stärker als die Gesamtbevölkerung wachsen wird: Um 100 % wächst die Zahl der geistig behinderten Menschen über 50 bis zum Jahr 2013, während sich die Gesamtzahl der Menschen über 50 im Kreis nur um 15 % erhöhen wird. Eine ganze Palette Maßnahmen bieten die Teilnehmer der Planungskonferenz im Anschluss an diese Bestandsaufnahme. So ging der Auftrag an die Werkstätten für behinderte Menschen,

Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung zu schaffen und darüber hinaus zu prüfen, ob Arbeits- und Beschäftigungszeiten auch anderweitig flexibilisiert werden können. Träger von Wohnstätten sollen künftig für ältere Menschen mit Pflegebedarf auch Wohnplätze mit tagesstrukturierenden Angeboten bereithalten.

### Integrative Angebote

Die Anbieter in der Region, darunter vor allem Wohn- und Werkstätten, sollen die älteren behinderten Menschen auf ihrem Weg in den dritten Lebensabschnitt mit vorbereitenden Angeboten unterstützen. Auch bei der Freizeitgestaltung möchte man auf die neue wachsende Zielgruppe Rücksicht nehmen. Gemeinsam mit externen Anbietern wie Vereinen und Volkshochschule sollen integrative Angebote entstehen: Treffpunkte zum geselligen Beisammensein, Sport- und Bewegungsgruppen und Vieles mehr ist vorstellbar. Vor allem geht es um Angebote, in denen behinderte Menschen mit ihren nichtbehinderten

### Tagung zum Thema

Mit diesem Thema beschäftigt sich auch eine Tagung des Rehabilitationszentrum Bathildisheim e. V. in Bad Arolsen. Bei der Veranstaltung „Praktizierte Modelle in der Arbeit mit älteren Menschen mit geistiger Behinderung“ geht es sowohl um konzeptionelle Fragen als auch um gute Beispiele. Die Tagung findet am 15. Juni 2004 in Bad Arolsen im Rahmen des 75-jährigen Bestehens der Heilpädagogischen Wohnheime des Bathildisheim e. V. statt.



**Weitere Infos:** Bathildisheim e. V., Herr Michels, Bathildisstr. 7, 34454 Bad Arolsen, Tel.: 0 56 91 / 89 90, EMail [seminare@bathildisheim.de](mailto:seminare@bathildisheim.de)

Altersgenossen zusammenkommen können. Um das alles ins Werk zu setzen, sollen Träger, Anbieter und Planer künftig stärker zusammenarbeiten. Vernetzung heißt auch hier das Zauberwort. Zu den Anbietern, die auf diesem Feld schon seit einiger Zeit aktiv sind, gehört die Heilpädagogische Einrichtung (HPE) des ZSP Riedstadt. Einen Seniorentreff, so schildert es ihr Leiter, Alexander Kurz-Fehrlé, gebe es schon seit 1994. An solchen Angeboten wolle man dort weiterarbeiten.

Positiv bewertet Christa Schelbert vom Zielgruppenmanagement für Menschen mit geistigen Behinderungen, dass sich alle Beteiligten in die Pflicht genommen fühlen, den Maßnahmekatalog umzusetzen. Auch die Anbieter ambulanter und teilstationärer Dienste hätten dies bekundet. Zur Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzeptes wurden mehrere Arbeitsgruppen gebildet. (jda)

## Tagung zu Belastungsstörungen

Mit „akuten Belastungsstörungen im Kindes- und Jugendalter“ befasst sich das 10. Herborner Arbeits- und Begegnungsforum des ZSP Rehbergpark gGmbH. Am 12. Mai 2004 von 14 bis 18 Uhr bietet der Veranstalter, die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters des ZSP, Fachvorträge und einen Erfahrungsaustausch zu diesem aktuellen praktischen Thema an. Akute Belastungsstörungen nehmen im klinischen Alltag in Institutsambulanzen wie auch in Tageskliniken breiten Raum ein. (jda)



**Informationen und Anmeldungen bei:** Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters im ZSP Rehbergpark, Austraße 40, 35745 Herborn, Tel.: 0 27 72 / 50 42 12, EMail: [ute.benner@rehbergpark.com](mailto:ute.benner@rehbergpark.com)

## Veranstaltungen der Gedenkstätte Hadamar

Die LWV-Gedenkstätte Hadamar, die an die Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen erinnert, bietet auch in den kommenden Monaten wieder eine Reihe von interessanten Veranstaltungen an:

**Freitag, 12. März, bis Sonntag, 14. März  
(Fr. 18 Uhr – So., 13 Uhr)**

Lehrer/innen-Fortbildung:

„Konfrontationen-Seminar ‚Ausschluss‘“

(in Kooperation mit dem Fritz-Bauer-Institut und dem Help Limburg-Weilburg)

Fokus ist die Frage nach Entscheidungen der Einzelnen im Alltag des Nationalsozialismus.

**Donnerstag, 4., 11., 18., 25. März und 22. April,  
jeweils 17.30 bis 19.30 Uhr**

Workshop „Schwarzes Theater für Menschen von 9 – 99 Jahren“  
Die Methode des Schwarzlicht-Theaters wird erlernt und ausprobiert. Mit Texten und Bildern von Überlebenden der NS-„Euthanasie“ werden Gefühle und Gedanken zum Ausdruck gebracht.

**Mai**

Workshop für die Praxis im sozialen Bereich

(in Kooperation mit der Universität Kassel und der Gedenkstätte Breitenau)

(*Genauer Termin und Thema standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest*)

**Freitag, 28. Mai bis Montag, 31. Mai  
(Fr. 16 Uhr – Mo. 13 Uhr)**

(in Kooperation mit der Ernst-Ludwig-Chambré-Stiftung, Lich)

Pfingstprojekt: „Kinder – leben und lernen in der Gedenkstätte Hadamar“

für Kinder im Alter von 10 – 13 Jahren zum Thema „Vom Tatort zur Gedenkstätte – eine Entwicklungsgeschichte“

**Samstag, 3. Juli, 14 – 18 Uhr**

Tag der offenen Tür der Gedenkstätte, der Internationalen Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte und der Kunsttherapie des ZSP Am Mönchberg



**INFO**

**Nähere Informationen zu den Veranstaltungen sowie ein ausführliches Programm erhalten Sie bei:**

Gedenkstätte Hadamar,

Mönchberg 8,

65589 Hadamar

Tel.: 0 64 33 / 9 17 – 1 72,

Fax: 0 64 33 / 9 17 – 1 75,

EMail: [gedenkstaette-hadamar@lwv-hessen.de](mailto:gedenkstaette-hadamar@lwv-hessen.de)

(mbr)

## Informationsbesuch bei Werraland-Werkstätten



Ein Blick in die Küche der Werraland-Werkstätten zeigt gute Laune (v. l.): Sebastian Herentin, Linda Senf, Wolfgang Wenkel und Harald Gossmann. Foto: René Grahl/Werraland-Werkstätten

Der Erste Beigeordnete des LWV, Uwe Brückmann, und der Landrat des Werra-Meißner-Kreises, Dieter Brosey, besuchten im Dezember vergangenen Jahres gemeinsam die Werraland-Werkstätten für Behinderte e. V. in Eschwege. Die Werraland-Werkstätten sind ein anerkannter Partner des LWV bei der Betreuung geistig behinderter Menschen im Werra-Meißner-Kreis. Im Anschluss an eine Besichtigung verschiedener Einrichtungsteile diskutierten Uwe Brückmann und Dieter Brosey mit dem Geschäftsführer der Werraland-Werkstätten, Gerd Hoßbach, und Vorstandsmitgliedern über notwendige Entwicklungen und Perspektiven für die Zukunft von Behinderteneinrichtungen. „Die Werraland-Werkstätten haben die Chance genutzt, alternative Entwicklungen im Wohn- und Beschäftigungsbereich für behinderte Menschen aufzugreifen. So verfügen sie heute über differenzierte Wohn- und Betreuungsangebote, die den unterschiedlichen Hilfebedarfen der Menschen mit geistiger Behinderung in der Region gerecht werden und dabei die größtmögliche Selbst-

ständigkeit der behinderten Menschen gewährleisten“, so Erster Beigeordneter Uwe Brückmann.

Die Werraland-Werkstätten für Behinderte e. V. unterhalten 240 Werkstattplätze für Menschen mit geistiger Behinderung. Zudem sind sie Träger von drei Wohnangeboten mit 116 stationären Plätzen sowie von 30 Plätzen im Betreuten Wohnen und bieten einen Familienentlastenden Dienst an. Die laufenden Kosten dieser Angebote werden überwiegend vom LWV finanziert.

### Alternative Angebote

Der Verein zeichnet sich durch ein hohes Engagement bei der Schaffung alternativer Wohn- und Betreuungsangebote aus. So haben sie beispielsweise gemeinsam mit Unternehmen der freien Wirtschaft zwei sog. Integrationsunternehmen, die WeBeG (Werraland-Beschäftigungsgesellschaft) und die BeGe (Beschäftigungsgesellschaft Metall GmbH) gegründet. Die Unternehmen wurden mit Hilfe des LWV 2001 und 2002 ins-

Leben gerufen. Außerdem planen sie, einige Plätze einer stationären Wohneinrichtung zu reduzieren und durch ein Angebot des „Intensiv Betreuten Wohnens“ im Rahmen des Gesamtkonzeptes „Wohnen im Verbund“ zu nutzen. Damit wird eine weitere Differenzierung der Angebote für Menschen mit geistiger Behinderung im Bereich Wohnen im Werra-Meißner-Kreis sichergestellt. (rvk)

### Neu erschienen

#### Fortbildungsprogramm 2004 des Bathildisheim e. V., Bad Arolsen

Das Bathildisheim e. V., Bad Arolsen, bietet für das Jahr 2004 verschiedene Seminare und Lehrgangsserien, u. a. zu den Themenbereichen

- Methoden und Medien zur Entwicklungsförderung
- Entwicklungsstörungen, Behinderungsformen und spezielle Fragestellungen aus heilpädagogischen Handlungsfeldern
- Kommunikation und Leitung
- Angebote für Menschen mit Behinderungen, Eltern, Angehörige

an.



**INFO**

Nähere Informationen zu den Lehrgängen sowie das komplette Fortbildungsprogramm erhalten Sie bei: Bathildisheim e. V., Herrn Michels, Bathildisstraße 7, 34454 Bad Arolsen, Tel.: 0 56 91 / 8 99 – 0, Fax: 0 56 91 / 8 99 – 2 96, EMail: [seminare@bathildisheim.de](mailto:seminare@bathildisheim.de) [www.bathildisheim.de](http://www.bathildisheim.de)

## Über 500 Selbsthilfe- gruppen im Internet

Die Hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger hat den Startschuss für einen neuen Internetauftritt gegeben: Seit einigen Wochen stellen die Selbsthilfegruppen und Selbsthilfekontaktstellen in Hessen sich und ihre Arbeit im Netz vor. „Die Information über und die Kontaktaufnahme zu den Selbsthilfegruppen werden durch dieses neue Serviceangebot erleichtert“, erklärte die Ministerin. Selbsthilfegruppen, so die Ministerin weiter, seien ein wichtiger Baustein im Gesundheitswesen, der vielen bei der Bewältigung ihrer Krankheit helfe. Deshalb fördere das Hessische Sozialministerium zusammen mit den Hessischen Betriebskrankenkassen die neue Datenbank für Selbsthilfegruppen im Sozialnetz.

Über 500 Selbsthilfegruppen zu 200 verschiedenen Krankheitsbildern und sozialen Problemen sind derzeit unter [www.selbsthilfe-hessen.net](http://www.selbsthilfe-hessen.net) zu finden. Die Selbsthilfegruppen können in diese Datenbank selbstständig ihre Gruppen, Treffpunkte sowie Aktivitäten eintragen. Der Eintrag in die Datenbank ist kostenlos und kann jederzeit von den Gruppen aktualisiert werden. Soweit die Selbsthilfegruppen oder Selbsthilfeorganisationen über eine eigene Homepage verfügen, werden Verknüpfungen hergestellt.



**INFO** Die Datenbank ist ein Gemeinschaftsprojekt der 21 Hessischen Selbsthilfekontaktstellen. Bei Fragen stehen die Selbsthilfekontaktstellen in der Nähe oder der Chefredakteur für die Internetseiten unter folgender Adresse zur Verfügung: Reiner Stock, Selbsthilfe-Kontaktstelle Frankfurt, Jahnstraße 49, 60318 Frankfurt am Main, Tel.: 0 69 / 5 59 – 4 44, EMail: [reiner.stock@selbsthilfe-frankfurt.net](mailto:reiner.stock@selbsthilfe-frankfurt.net) (hsm/rvk)

## Betreutes Wohnen für Menschen mit körperlicher Behinderung



Stellten das Betreute Wohnen vor (v. l.): Bardo Bayer, Sozialdezernent des Wetteraukreises; Uwe Brückmann, Erster Beigeordneter des LWV; Gerhard Wolf, Leiter des Diakonischen Werks Wetterau; Marion Hein, Dipl.-Pflegerin; Herman Terweiden, Initiator der Parkinson-Selbsthilfegruppe „Schneckenhaus“ und Dipl.-Sozialpädagoge Bernhard Derecek. Auf dem Foto nicht zu erkennen: Anette Frenz vom LWV-Zielgruppenmanagement „Menschen mit körperlicher Behinderung“.

Foto: Jürgen Wagner

Das erste ambulante Betreuungsangebot für Menschen mit körperlicher Behinderung im Wetteraukreis stellten Ende Januar gemeinsam das Diakonische Werk Wetterau, der Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) und der Wetteraukreis vor: 12 Plätze im Betreuten Wohnen.

Das Betreute Wohnen, das den Menschen mit körperlichen Behinderungen ein hohes Maß an Selbstbestimmung und Selbstständigkeit außerhalb eines Heims ermöglicht, wird im Wetteraukreis im Auftrag des LWV vom Diakonischen Werk angeboten. Ein Dipl.-Sozialpädagoge und eine Dipl.-Pflegerin mit jeweils einer halben Stelle unterstützen die behinderten Menschen in ihren eigenen vier Wänden. Derzeit sind sechs von zwölf genehmigten Plätzen besetzt. Finanziert werden Personal-, Regie- und Verwaltungskosten vom LWV als überörtlichem Sozialhilfeträger. Benö-

tigten Klienten im Betreuten Wohnen örtliche Sozialhilfe, so wird diese vom Landkreis finanziert.

„Dieses Angebot kommt den Bedürfnissen der betroffenen Menschen entgegen. Es ist aber auch kostengünstiger als beispielsweise ein Heimplatz. Dies ist für uns als Kostenträger auch ein zu beachtender Aspekt beim Aufbau neuer Plätze“, so der Erste Beigeordnete des LWV, Uwe Brückmann.

Gemeinsam mit dem Kreisbeigeordneten und Sozialdezernenten Bardo Bayer und dem Leiter des Diakonischen Werkes Wetterau, Gerhard Wolf, war Brückmann sich einig, dass im Wetteraukreis ein Bedarf an differenzierten Betreuungsangeboten für Menschen mit körperlicher Behinderung besteht. Der LWV hat mit der Schaffung des Angebots zum Betreuten Wohnen einen ersten Schritt für eine Versorgungsstruktur im Kreis geschaffen. (rvk)

## Erfolge

**Wir gratulieren den Kolleginnen und Kollegen zur bestandenen Prüfung**

**Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf  
Verwaltungsfachangestellte/r**

Regionalverwaltung Darmstadt  
VANESSA KRÜGER

**Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf  
Fachinformatiker/in – Anwendungsentwicklung –**

Hauptverwaltung Kassel  
MAURUS EICHENBERG  
RILANA PIPPERT

**Prüfung zum Nachweis berufs- und arbeitspädagogischer Kenntnisse**

Regionalverwaltung Darmstadt  
MEIKE HÖHENBERGER

**Staatsexamen in der Krankenpflege  
ZSP Am Mönchberg, Hadamar**

NICOLE BAUER  
ANNEGRET DUDA  
NICOLE HOFMANN  
INKA HUHNOLD  
ALLA MÄHLER  
KIRSTEN MENK  
OLGA MÜLLER  
DESIREE SCHWARZ  
LILIJA TRAIBER  
NATALJA WALTER

ANETTE GERTH-DUISBERG  
Angestellte in der Frühförderung  
Schule am Sommerhoffpark,  
Frankfurt am Main 1.8.2003

RALF PFISTER  
Krankenpfleger  
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1.10.2003

UWE SIEGFRIED  
Stellv. Stationsleiter  
ZSP Haina (Kloster) 1.10.2003

KLAUS THIELEMANN  
Krankenpfleger  
ZSP Haina (Kloster) 1.10.2003

BODO BORNSCHEUER  
Krankenpfleger  
ZSP Haina (Kloster) 1.10.2003

VERONIKA HARTEL  
Krankenschwester  
ZSP Haina (Kloster) 1.10.2003

UTE THIELEMANN  
Krankenschwester  
ZSP Haina (Kloster) 1.10.2003

UTE RANFT  
Krankenschwester  
ZSP Haina (Kloster) 1.10.2003

MARION SEIBEL  
Gruppenleiterin  
ZSP Haina (Kloster) 1.10.2003

ANDREA RUCKERT  
Krankenschwester  
ZSP Haina (Kloster) 1.10.2003

SIGRID KAUFMANN  
Erzieherin  
ZSP Haina (Kloster) 1.10.2003

CHRISTIANE BOUCSEIN  
Krankenschwester  
ZSP Haina (Kloster) 1.10.2003

RALF OCHSE  
Stationsleiter  
ZSP Haina (Kloster) 15.10.2003

HANS-CHRISTOF WABMUTH  
Krankenpfleger  
ZSP Haina (Kloster) 3.11.2003

HANNELORE SIEBERT  
Hausgehilfin  
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 6.11.2003

HANS LANG-HAGEL  
Pädagogischer Leiter  
SPZ Kalmenhof, Idstein 13.11.2003

HANS IMMEL  
Dipl.-Psychologe  
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 15.11.2003

KARLA THEELEN  
Verwaltungsangestellte  
HV Kassel 16.11.2003

IRIS RUHWEDEL  
Amifrau  
HV Kassel 19.11.2003

WOLFGANG HAFERKORN  
Verwaltungsangestellter  
HV Kassel 1.12.2003

DR. HANS-PETER HARTMANN  
Stellvertretender Betriebsleiter  
und Ärztlicher Direktor  
ZSP Bergstraße, Heppenheim 1.12.2003

JANI KIRCHNER  
Krafffahrer  
HV Kassel 1.12.2003

BRIGITTE STAAT  
Verwaltungsangestellte  
RV Wiesbaden 1.12.2003

GERHARD KRONENBERGER  
Verwaltungsdirektor  
RV Darmstadt 4.12.2003

ANNEROSE SEIDEL  
Hausgehilfin  
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 5.12.2003

HEINRICH HÖHLE  
Krafffahrer  
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 16.12.2003

URSULA VON KIECKEBUSCH  
Dipl.-Psychologin  
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 21.12.2003

GUDRUN BÜCHNER  
Verwaltungsangestellte  
RV Darmstadt 22.12.2003

## 25-jähriges Dienstjubiläum

MARIA RIEDEL  
Angestellte in der Frühförderung  
Schule am Sommerhoffpark,  
Frankfurt am Main 1.3.2003

Die Personalien werden uns von der Personalabteilung der LWV-Hauptverwaltung und den LWV-Einrichtungen direkt geliefert. Die Redaktion trägt für diese Rubrik keine inhaltliche Verantwortung.

CHRISTIANE MÜLLER  
Amtsrätin  
HV Kassel 23.12.2003

JUTTA GRANDT  
Dipl.-Psychologin  
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 30.12.2003

GÜNTER HENSCHKE  
Krankenpfleger  
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1. 1.2004

THOMAS ALLENDORF  
Stationspfleger  
ZSP Rheinblick, Eltville 2. 1.2004

HELENE REINHARDT  
Hausgehilfin  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 16. 1.2004

RAINER SCHIKORA  
Technischer Angestellter  
HV Kassel 30. 1.2004

RALPH PITTEL  
Regionalmanager  
RV Wiesbaden 31. 1.2004

BERND TORBOHM  
Oberamtsrat  
HV Kassel 1. 2.2004

BRIGITTE BOTSCH  
Ltd. Abteilungsschwester  
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 2. 2.2004

#### 40-jähriges Dienstjubiläum

HUBERT LUCKHARDT  
Oberinspektor  
RV Wiesbaden 5. 1.2004

#### Nach mehr als 10 Dienstjahren aus dem LWV ausgeschieden

CHRISTOPH ROGGE  
Dipl.-Psychologe  
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 30. 9.2003

HERBERT KUHLBÖRSCH  
Pfortner und Telefonist  
Johann-Peter-Schäfer-Schule,  
Friedberg 31.10.2003

DR. GERHARD HEMMEN  
Ltd. Arzt  
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 31.12.2003

#### Nach mehr als 10 Dienstjahren gingen in Rente

KARL-HEINZ LEMPE  
Elektriker  
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 30. 6.2003

INGRID GARTHOFF  
Beschäftigungstherapeutin  
ZSP Rheinblick, Eltville 30. 9.2003

URSULA FIEDLER  
Pflegerin  
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 31.10.2003

ERIKA OCHSE  
Krankenpflegehelferin  
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 30.11.2003

CHRISTA KLOTZ  
Verwaltungsangestellte  
HV Kassel 30.11.2003

BEATE SCHWARZ  
Verwaltungsangestellte  
HV Kassel 30.11.2003

JUTTA WORZISCHEK  
Schreibkraft  
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 31.12.2003

FRIEDRICH DIETZE  
Krankenpfleger  
ZSP Rheinblick, Eltville 31.12.2003

HANS-PETER GAWINSKI  
Krankenpflegehelfer  
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 31.12.2003

KURT MÜLLER  
Stationspfleger  
ZSP Haina (Kloster) 31.12.2003

HORST SCHLIDT  
Gartenarbeiter  
ZSP Haina (Kloster) 31.12.2003

WILHELM GEISE  
Waldarbeiter  
Stiftungsförster Kloster Haina  
31.12.2003

JOHANNA HOFMANN  
Verwaltungsangestellte  
HV Kassel 31.12.2003

MARIA MÜLLER  
Hausgehilfin  
Johannes-Vatter-Schule,  
Friedberg 31.12.2003

RAINER PODLICH  
Verwaltungsangestellter  
RV Darmstadt 31.12.2003

HELMUT DINKLAGE  
Desinfektor  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 31.12.2003

CHRISTA KLUGE  
Stenotypistin  
RV Wiesbaden 31. 1.2004

RENATE NOWAK  
Stellv. Therap. Leiterin  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 31. 1.2004

#### In den Ruhestand traten

HORST JACOB  
Amtmann  
HV Kassel 1.12.2003

HELGA FINKE  
Amtsrätin  
HV Kassel 1.12.2003

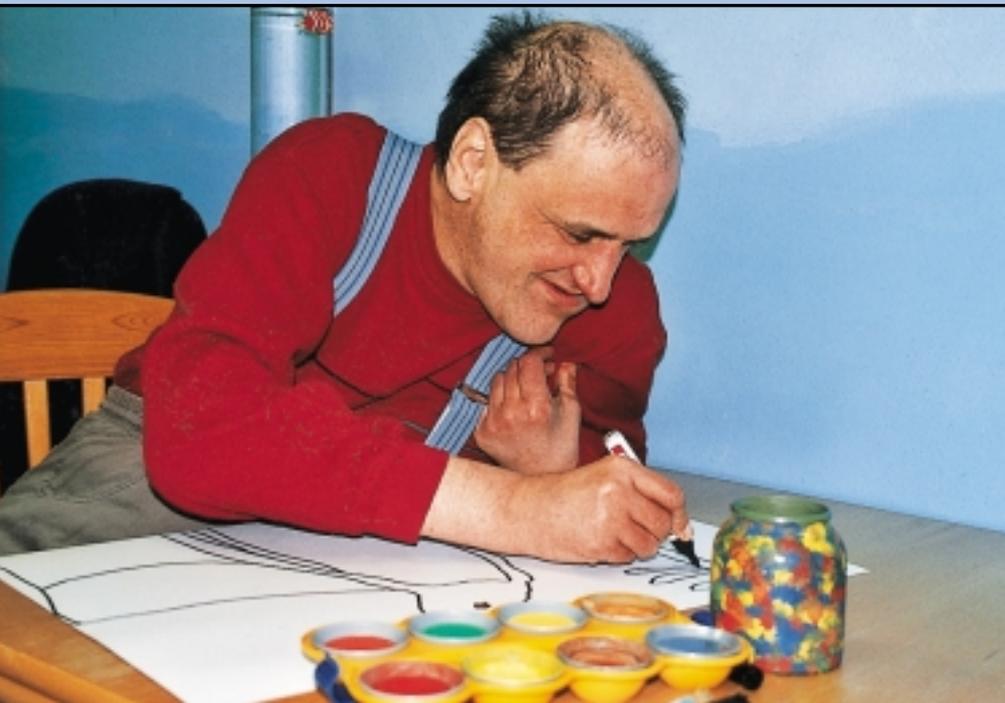
#### Neue Namen Neue Positionen

TIMO MAUSEHUND  
Regionalmanager für Menschen  
mit einer körperlichen oder  
einer Sinnesbehinderung  
RV Darmstadt 1. 1.2004

#### Wir trauern um unsere verstorbenen Kollegen

WOLFGANG DIETZ  
Angestellter im Wach-  
und Sicherheitsdienst  
ZSP Mittlere Lahn, KfP Hanau

THOMAS WOLLENHAUPT  
Mitarbeiter im PC-Service-Team  
HV Kassel



*Paul-Otto Braungard im Malraum der Tagesstätte.*

Foto und Titelfoto: Klaus Baumann

Zum Angebot der Tagesstätte des Walter-Adlhoch-Heimes, der Heilpädagogischen Einrichtung (HPE) im Klinikum Weilmünster gGmbH, gehört seit 2001 auch ein Malraum, in dem sich die Tagesstättenbesucher unter sachkundiger Anleitung kreativ entfalten können. Mit diesem vielgenutzten Angebot hat Klaus Baumann, Mitarbeiter der Tagesstätte, gute Erfahrungen gemacht: „Bei allen Besuchern der Tagesstätte, die unser kunsttherapeutisches Angebot nutzen, können wir eine deutlich positive Persönlichkeitsentwicklung feststellen. Wir erleben immer wieder, wie sich Konzentrationsfähigkeit und Feinmotorik verbessern.“ Gern greifen die Hobbykünstler zum Pinsel, doch nicht ausschließlich: Tamara Schindler macht das Knüpfen von Wollfäden besonders viel Spaß. Jürgen Eichhorn – er malt am liebsten Menschen – kann bereits mit zwei eigenen Ausstellungen aufwarten. Auch hängen einige seiner Bilder in den Fluren des Klinikums und der Tagesstätte. Das Titelbild dieser Info-Ausgabe stammt von Paul-Otto Braungard, der zu den produktivsten Künstlern der Tagesstätte gehört. In den vergangenen Wochen waren Bilder der malenden Bewohner der HPE Weilmünster in der Regionalverwaltung Wiesbaden zu sehen. Ein wachsendes Interesse stellen die Mitarbeiter der Tagesstätte an den ausgestellten Bildern fest. So überlegt man gegenwärtig, Karten und Kalender mit Motiven der Hobbykünstler herzustellen. (jda)